

Protokoll 13 des Grossen Stadtrates

von Luzern

– Donnerstag, 26. Juni 2025, 08.15 – 15.30 Uhr

– Rathaus am Kornmarkt

Vom Grossen Stadtrat genehmigt am 18. September 2025

Vorsitz	Ratspräsident Simon Roth
Präsenz	Anwesend sind 44-45 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Mirjam Fries (ganzer Tag) Martin Huber (ganzer Tag) Zoé Stehlin (ganzer Tag) Kurt Stadelmann (Nachmittag)
Präsenz Stadtrat	Der Stadtrat ist vollständig erschienen.
Präsenz Stadtschreiberin	Michèle Bucher
Protokoll	Nadine Mathis

Verhandlungsgegenstände

1	Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2	Genehmigung der Protokolle 9 vom 27. März 2025 und 10 vom 10. April 2025	3
3	Bericht und Antrag 13 vom 9. April 2025: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024	3
4	Bericht und Antrag 14 vom 9. April 2025: Abrechnung von Sonderkrediten der Baudirektion	11
5	Bericht und Antrag 40 vom 25. September 2024: Aufhebung Bebauungsplan B 139 Kantonsspital und Erlass Bebauungsplan B 145 Kantonsspital. Mit Einsprachebehandlung	13
6	Bericht und Antrag 15 vom 16. April 2025: Neubau Fuss- und Veloweg Ruopigenmoos. Sonderkredit für die Bauausführung	20
7	Bericht und Antrag 18 vom 16. April 2025: Vorzone Allmend: Entsiegelung und Aufwertung. Sonderkredit für die Ausführung	26
8	Bericht und Antrag 16 vom 16. April 2025: Personelle Ressourcen Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg. Sicherstellung der Betreuung an Wochenenden und während der Ferien. Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente	30

9	Bericht und Antrag 17 vom 16. April 2025: Musikschule der Stadt Luzern. Reglement für die Musikschule der Stadt Luzern vom 25. Juni 2009. Änderung	33
10	Bericht und Antrag 19 vom 7. Mai 2025: Abschreibung von Motionen und Postulaten. 1. Halbjahr 2025	36
11	Motion 379, Jona Studhalter und Selina Frey namens der G/JG-Fraktion vom 27. Juni 2024: Zusätzliche Lehrstellen und Praktika durchgehend ermöglichen	38
12	Postulat 28, Adrian Häfliger und Monika Weder namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Anna-Lena Beck und Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion, Luzi Meyer und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion, Patricia Lang und Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion, Chantal Brauchli und Anna-Sophia Spieler sowie Timo Lichtsteiner und Jürg Häcki namens der SVP-Fraktion vom 17. Dezember 2024: Chancen von Open Source Software nutzen	42
13	Interpellation 25, Mirjam Fries und Luzi Andreas Meyer namens der Mitte-Fraktion vom 5. Dezember 2024: Entwicklung des öffentlichen Raumes im Stadtteil Littau	46
14	Interpellation 31, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion und Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 19. Dezember 2024: Wie stehts um die Begegnungszonen auf Antrag der Bevölkerung?	49
15	Postulat 68, Elias Steiner, Chiara Peyer und Judit Aregger namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 16. April 2025: Berechnung der abzubauenen Parkplätze	49
16	Interpellation 43, Marta Lehmann und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion vom 10. Februar 2025: Evaluation der Fortschritte bei der Umsetzung der Massnahmen aus dem B+A 17/2018 «Planungsbericht Pflegeversorgung» in der Stadt Luzern	55

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Simon Roth begrüsst zur 13. Sitzung des Grossen Stadtrates hier im Rathaus am Kornmarkt. Tele 1 hat angekündigt, bei Traktandum 5 betreffend Bebauungsplan LUKS Videoaufnahmen zu machen. Eine entsprechende Zustimmung wurde erteilt.
Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

2 Genehmigung der Protokolle 9 vom 27. März 2025 und 10 vom 10. April 2025

Die Protokolle 9 vom 27. März 2025 und 10 vom 10. April 2025 werden genehmigt.

3 Bericht und Antrag 13 vom 9. April 2025: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024

EINTRETEN

GPK-Präsident Adrian Albisser: Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates beriet an ihrer Sitzung vom 6. Juni 2025 den Bericht und Antrag 13/25, Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024 und genehmigte ihn einstimmig. Die laufende Rechnung der Stadt Luzern schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 124,8 Mio. Franken ab. Budgetiert war ein Gewinn von 1,6 Mio. Franken. Erneut führten hohe Steuererträge bei juristischen Personen zu diesem eklatanten Überschuss. Von den geplanten Bruttoinvestitionen von 96 Mio. Franken liessen sich 89 Mio. Franken realisieren. Was einer Ausschöpfung von 93 Prozent entspricht. Der Erreichungsgrad der geplanten Investitionen, sowie die hohe Ausgabegenauigkeit wertete die Kommission als positiv und sprach der Verwaltung entsprechenden einen Dank aus. Die Direktionen gehen aus Sicht der Kommission umsichtig und effektiv mit ihren Globalbudget um. Die GPK schätzt die Umsetzung der Legislaturziele mehrheitlich als erfreulich ein – seien das die Massnahmen in den Bereichen Klima- und Energiestrategie oder auch in der Schulraumplanung. Kritisch beurteilt eine Mehrheit der Kommission das generelle Ausgabewachstum. So forderten mehrere Fraktionen Augenmass bei der Ausgabenentwicklung und verlangten eine laufende Beurteilung der Wirkung der öffentlichen Ausgaben. Eine Minderheit der Fraktionen erachten das Ausgabewachstum als gerechtfertigt, weil es sich an den Lebensrealitäten der Bevölkerung orientiert. Sie fordern beispielsweise angesichts des Preisdrucks auf dem Wohnungsmarkt eine aktive städtische Wohnpolitik. Alle Fraktionen sind sich einig, dass es weiterhin angezeigt ist, sorgfältig mit den Finanzen der Stadt umzugehen. Ein grosser Teil des Überschusses geht auf wenige, besonders steuerstarke Unternehmen zurück. Das ist eine Konzentration, welche auch ein Klumpenrisiko mit sich bringt.

Roland Z'Rotz dankt für den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2024. Die GLP-Fraktion dankt ausdrücklich den Mitarbeitenden der Verwaltung für den grossen Einsatz. Ihre engagierte Arbeit ist die Grundlage und die Voraussetzung für den sehr erfreulichen Abschluss. Seite 8 des Geschäftsberichts, Gesamtüberblick mit der zusammengefassten Jahresrechnung, könnte man ausdrucken oder rausreissen und sollte man einrahmen. Es ist historisch! Die Stadt präsentiert einen Gewinn von 124'818'000 Franken. Das sind Fr. 1'444.– pro Einwohnerin und Einwohner. Das kann man auch einmal bewusst geniessen, dankbar und auch ein Stück weit glücklich darüber sein. Natürlich kann man sagen, dass es pures Glück oder Zufall war. Ein paar wenige Unternehmen in der Stadt tragen einen wesentlichen Beitrag zu diesen Mehreinnahmen bei. Das greift aber definitiv zu kurz. Die Stadt Luzern und auch der Kanton machten in den letzten Jahren strategisch sehr viel richtig. Mutig, planvoll und vorausschauend. Der Erfolg ist also kein Zufall und was man heute sieht, sind die konkreten Erfolge dieser langfristigen Planung. Hervorzuheben ist auch die eindeutige Zustimmung der Luzerner

Bevölkerung zur Steuerstrategie und zur Steuersenkung. Im Januar 2025 sagten 77 Prozent der Stimmbevölkerung Ja zur Reduktion des Steuerfusses um einen Zwanzigstel. Im Dezember 2024 waren es sogar 79 Prozent der Stimmbevölkerung, die Ja zur Steuersenkung im Budget 2025 sagten. Das ist ein eindeutiges Zeichen und zeigt klar, dass die Luzernerinnen und Luzerner eine verantwortungsvolle Finanzpolitik schätzen. Sie erwarten, dass die zum Teil zu hohen Einnahmen korrigiert und in einem ausgewogenen Umfang als Steuerentlastung bzw. Steuersenkung zurückgegeben werden. Jeder weiss, tiefe Steuern schaffen finanziellen Spielraum für den Mittelstand, für Familien und für Unternehmen. Erfreulich ist auch, dass die Investitionsoffensive langsam richtig Fahrt aufnimmt. Im Jahr 2024 wurden 90 Mio. Franken investiert – verglichen mit 70 Mio. Franken im Vorjahr. Die GLP-Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass die Stadt die geplanten und budgetierten Investitionen tatsächlich auch umsetzen kann. So bleibt die Infrastruktur nicht nur à jour, sondern kann auch fortschrittlich ausgebaut werden – z. B. durch den Ausbau des Velonetzes oder Investitionen in Schulanlagen. Positiv ist auch der Blick auf den Umsetzungsstand der Massnahmen aus dem Legislaturprogramm 2025. Wichtige Projekte konnten im Jahr 2024 realisiert werden, darunter die Verabschiedung des Wirtschaftsleitbildes, oder Smart City Massnahmen insbesondere im Bereich Datenmanagement. Natürlich bleibt ein grosser Wermutstropfen: Der Projektierungskredit für das neue Luzerner Theater, welcher leider vom Volk abgelehnt wurde. Auch der Energiefonds ist ein Kritikpunkt und löst bei der GLP-Fraktion keine Freudensprünge aus. Der Fonds wächst und wächst. Aus Sicht der GLP-Fraktion wäre es an der Zeit, die im Energiefonds thesaurierten Mittel in grösserem Umfang effizient und zielführend einzusetzen.

Der Sprechende kommt nun noch zum obligatorischen Aber zu dem sehr positiven Ergebnis: Die Ausgaben wachsen zu schnell und zu stark. In den Direktionen sind die Ausgaben um neun Prozent gestiegen, der Personalbestand stieg um 74 Vollzeitstellen, bzw. es wurden zusätzlich 136 Anstellungsverhältnisse geschaffen. Insgesamt ein betrieblicher Mehraufwand von rund 50 Mio. Franken. Das sind definitiv eindrückliche Zahlen, und langfristig ist es zu viel, wenn es so bleibt. Das ist nicht nachhaltig. Die Zahlen sollten Anlass zum Decken, bzw. zum Überdenken geben. Der Sprechende weiss, dass das auf linker Ratsseite weniger der Fall ist, aber für die GLP-Fraktion ist dieses Ausgabewachstum tatsächlich problematisch, weil es nicht nachhaltig ist. Der Sprechende wagt einen Ausblick auf die bevorstehenden Debatten: Wenn die Ausgaben weiter steigen, steht für die GLP-Fraktion eine Steuersenkung zur Debatte, bzw. wird sicher diskutiert. Nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung. Einerseits um die finanzielle Nachhaltigkeit der Stadt zu sichern, und andererseits wägen der Fairness gegenüber den Steuerzahlenden – sie zahlen aktuell jedes Jahr zu viel Steuern. Die hohen Gewinne führen auch zu einem unnötigen Vermögensaufbau, für welchen der Steuerzahler auch keine Gegenleistung erhält. Das Ziel der Stadt darf nicht sein, Geld zu horten, sondern Wirkung zu erzielen. Abschliessend spricht der Sprechende einen grossen Dank für die Arbeit und das grosse Engagement der Verwaltung aus – er bittet die Stadträte, diesen Dank den Teams weiterzugeben. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung zu.

Monika Weder bedankt sich im Namen der GRÜNE/JG-Fraktion für den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2024. Der Bericht zeigt sehr eindrücklich den Umfang der Aktivitäten der Stadt. Die Fraktion dankt allen Beteiligten herzlich für die grosse und gute Arbeit.

Auf den Seiten 10 und 11 lässt sich auf einen Blick der Stand der Zielerreichung in Bezug auf das Legislaturprogramm ablesen. Sehr erfreulich stehen die meisten Massnahmen bei der Umsetzung auf Grün. Im Bericht ist detailliert aufgeführt, wie es in den einzelnen Bereichen bezüglich der einzelnen Massnahmen aussieht. Da zeigt sich ein etwas gemischteres Bild.

Die Wohnungsknappheit steigt. Der Leerwohnungsbestand ist auf 1,07 gesunken, gleichzeitig sind die Wohnbevölkerung und Arbeitsplätze gestiegen. Das zeigt, wie dringend notwendig die beiden Wohnrauminiciativen doch sind.

Fortschritte gab es auch bei der Umsetzung der Klima- und Energiestrategie. Da die entsprechenden Stellen nun besetzt werden konnten, ist zu hoffen, dass die Umsetzung weiter und schneller vorangehen wird. Denn es gibt im Jahresbericht auch noch ausgewiesene Defizite, so etwa der Zubau von PV-Anlagen, der noch nicht auf dem Zielpfad ist.

Bei den digitalen Dienstleitungen gibt es noch Herausforderungen. Mit Besorgnis nimmt die GRÜNE/JG-Fraktion zur Kenntnis, dass das Digitalisierungsprojekt my.lu.ch, das digitale Serviceportal, sistiert ist.

Digitale Projekte haben oftmals Verzögerungen und kosten gelegentlich auch mehr. Zur kundenfreundlichen Dienstleistung der Stadt gehört ein digitales, datenschutzkonformes Serviceportal zwingend dazu.

Die Jahresrechnung 2024 der Stadt Luzern schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 124,8 Mio. Franken ab. Das Ergebnis liegt um 123,2 Mio. Franken über Budget. Die Abweichung ist hauptsächlich auf die markant höheren Steuereinnahmen einzelner Unternehmen zurückzuführen. Dies ist für die Stadt wiederum ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Steuereinnahmen bei den juristischen Personen sind stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Die Entwicklung der vergangenen Jahre kann nicht auf die kommenden extrapoliert werden. Das heisst, es besteht ein Klumpenrisiko.

Der budgetierte Aufwand von 473,4 Mio. Franken wird um 4,1 Mio. Franken oder 0,9 Prozent unterschritten. Das ist eine sehr genaue Budgetierung für eine so grosse Organisation. Es ist sehr Anspruchsvoll Einnahmen und Ausgaben genau im Lot zu halten. Die GRÜNE/JG-Fraktion dankt für die Ausgabedisziplin.

Die Investition konnten wie budgetiert gesteigert werden. Die Bruttoinvestitionen liegen um 12,5 Mio. Franken über dem Vorjahr. Die budgetierten Bruttoinvestitionen konnten zu 92,8 Prozent ausgeschöpft werden, was sehr erfreulich ist. Es ist eine gute Nachricht. Die meisten der geplanten Vorhaben konnten auch umgesetzt werden. Ein grosser Teil der Investitionen fliesst in den Bildungsbereich bzw. in verschiedene Schulhaus- und Betreuungsinfrastrukturen. Die GRÜNE/JG-Fraktion begrüsst, dass die Vorhaben umgesetzt werden. Sie sind wichtige Investitionen in die Zukunft.

Die dringend notwendige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes und eine Verbesserung im Velonetz begrüsst die Fraktion sehr.

Gemäss den Prognosen wird die Stadt in den kommenden Jahren kräftig weiterwachsen. Dies bedeutet, dass nur schon deshalb ein Ausbau und weitere Investitionen notwendig sein werden.

Man steht vor grossen Herausforderungen, welche jetzt angegangen werden müssen. Man darf diese nicht einfach auf die nächste Generation abschieben. Das betrifft vor allem die Umsetzung im Bereich Klima und Energie, aber auch die digitale Entwicklung.

Es gibt auch Bereiche, für die auch ohne Bevölkerungswachstum Investitionen notwendig werden – z. B. betreffend Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen, im Bereich Mobilität Ausbau von Fussverkehr und Velospuren, aber auch in der Förderung von Wohnraum.

Wie in allen Organisationen sind auch in der Stadt die Mitarbeitenden ein wichtiger Teil des Vermögens. Die Stadt ist sehr gut aufgestellt, für die kommenden Jahre zeichnet sich aufgrund anstehender Pensionierungen eine grössere Herausforderung ab.

Gar nicht teilen kann die Sprechende die Einschätzung des Vorredners, dass ein Stellenwachstum einfach schlecht ist. Wenn man mehr Investitionen tätigen möchte, und die Aufgaben nicht der nächsten Generation übergeben möchte, und wenn man das Personal nicht verheizen möchte, muss man auch die entsprechenden Ressourcen sprechen. Auch nicht verstehen kann die Sprechende, dass ein Gewinn auf Vorrat keine Gegenleistung sein soll. Es ist sicher klug, wenn man eine gewisse Reserve für die künftigen Herausforderungen hat, welche jetzt angepackt und geplant werden müssen.

Die GRÜNE/JG-Fraktion tritt auf das Geschäft ein, genehmigt den Jahresbericht und die Abrechnung und wird dem Sonderkredit zustimmen. Ebenso wird sie der Überführung der Teilfläche des Grundstückes 361 zustimmen.

Mark Buchecker: Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für den sehr informativen Geschäftsbericht, die transparente Jahresrechnung und für die geleistete Arbeit.

Der Sprechende unterteilt sein Votum in Punkte:

1. Überschüsse sind kein Freipass für neue Begehrlichkeiten

Die Steuererträge liegen dank den Steuereinnahmen bei den juristischen Personen mit knapp 125 Millionen Franken massiv über Budget. Auch ausgabenseitig hat eine hohe Budgetdisziplin geherrscht. Das ist erfreulich – aber einnahmenseitig ist es auch volatil. Die FDP-Fraktion warnt davor, diese ausserordentlichen Einnahmen als Dauerzustand zu betrachten. Wer jetzt neue Strukturen schafft, riskiert künftige Defizite. Man konnte der Presse kürzlich entnehmen, dass die Stadt Luzern zu den reichsten Städten der Schweiz gehört. Das ist erfreulich, weckt jedoch neue Begehrlichkeiten. Die FDP-Fraktion fordert Ausgabendisziplin statt Wunschkonzert.

2. Investitionen: Ja – aber mit Fokus und Wirkung

Die Investitionen der Stadt müssen zielgerichtet, priorisiert und effizient sein. Die geplanten 1,3 Milliarden Franken Investitionen bis 2034 sind ambitioniert. Die FDP-Fraktion erwartet ein klares Projektcontrolling, transparente Prioritäten und eine konsequente Nutzenorientierung. Investitionen führen immer zu Folgekosten. Dem ist prospektiv Rechnung zu tragen.

3. Wachstum braucht Effizienz – nicht nur mehr Personal

Der Nettoaufwand der Direktionen ist um über neun Prozent gestiegen – bei einem Bevölkerungswachstum von 1,1 Prozent, wie vom Vorredner der GLP-Fraktion bereits erwähnt. Das passt nicht zusammen. Die FDP-Fraktion sieht das diametral anders als die Sprecherin der Grünen. Es kann nicht sein, dass der Aufwand dermassen überproportional zum Bevölkerungswachstum steigt – auch nicht bei neuen Aufgaben. Die FDP-Fraktion fordert mehr Wirkung pro Steuerfranken statt mehr Stellen pro Jahr.

Digitalisierung, Prozessoptimierung und moderne Führung müssen konsequent umgesetzt werden. Es muss diesbezüglich betont werden, dass die Bearbeitung der Baubewilligungen weiterhin zu langsam erfolgt und ein historischer Rückstau besteht. Auch die Wohnsituation ist unbefriedigend – es gibt viel zu wenig Wohnbauten.

4. Freiheit, Verantwortung und Leistung – auch in der Stadtverwaltung

Die FDP-Fraktion steht für eine Stadt, die Chancen schafft – nicht für eine, die alles reglementiert. Die Fraktion erwartet, dass Eigenverantwortung, Unternehmertum und Leistung auch in der Verwaltung gefördert werden. Luzern soll smart, agil und verlässlich bleiben.

5. Ist jetzt der Moment die Steuern erneut zu senken?

Die Stadt hat ein Nettovermögen von über 450 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei über 200 Prozent. Auch wenn die Schuldenbremse mit Zielband erst letztes Jahr verabschiedet worden ist, zeichnet sich bereits jetzt ein klares Erreichen des oberen Plafonds ab. Gespannt wartet die FDP-Fraktion auf den AFP 2026 und die Hochrechnung vor der Debatte, um dann die Frage definitiv zu beantworten, ob der Zeitpunkt gegeben ist, den Steuerfuss um einen weiteren Zehntel zu senken. Finanzpolitisch wäre es tragbar, wirtschaftlich sinnvoll und gesellschaftlich fair. Eine Senkung des Steuerfusses stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Luzern, entlastet den Mittelstand und setzt ein Zeichen: Luzern ist verlässlich – auch gegenüber seinen Steuerzahlenden.

FDP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2024 ein und wird beides genehmigen.

Patricia Almela dankt im Namen der SP/JUSO-Fraktion herzlich für den vorliegenden Geschäftsbericht und die Jahresrechnung. Die SP/JUSO-Fraktion ist beeindruckt, was im Jahr 2024 alles realisiert werden konnte. Der anhaltende Fachkräftemangel bleibt herausfordernd und daher bedankt sich die Fraktion insbesondere für das grosse Engagement der Mitarbeitenden.

Es ist erfreulich, dass die Stadt konsequent vorangeht und wichtige Projekte realisiert wurden. Der hohe Realisierungsgrad der budgetierten Bruttoinvestitionen erreicht fast 93 Prozent. Es wurden diverse Massnahmen der Klima- und Energiestrategie umgesetzt. Es gibt neu neun weitere behindertengerechte Bushaltestellen, im Bildungsbereich wurde viel investiert u.a. in verschiedene Schulhaus- und Betreuungsinfrastrukturen und der Spatenstich für die neue Bahnhofsstrasse wurde endlich gesetzt. Es stehen jedoch auch weiterhin grosse Herausforderungen an, sei das bei der Umsetzung der Klima- und Energiestrategie, der Tagesschule, der Abschaffung der Billettsteuer, beim bevölkerungsverträglichen und nachhaltigen Tourismus oder auch beim bezahlbaren Wohnraum. So hinkt die Stadt beim Zielwert des Anteils an gemeinnützigem Wohnraum weiterhin hinterher. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Familien führte unter anderem zur Verleihung der sauren Zitrone des Kinderparlaments. Die SP/JUSO-Fraktion fragt sich, was die Strategie des Stadtrates ist, um den geforderten Zielwert von 16 Prozent bis 2037 zu erreichen.

Erfreulicherweise ist die Stadt aufgrund der erneuten hohen Gewinne handlungsfähig und hat die Möglichkeit, diese Herausforderungen anzupacken.

Die Sprechende zitiert an dieser Stelle aus dem Eintreten der Fraktionskolleg*innen der letzten Jahre: «Erneut werden alle letztjährigen Resultate getoppt». Auch dieses Jahr kann die Stadt mit einem Ertragsüberschuss von 124.8 Mio. Franken auf ein äussert erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Es gilt auch in Zukunft Sorge zu den Finanzen der Stadt zu tragen, insbesondere auch, da ein beträchtlicher Anteil der Gewinne von einer kleinen Zahl besonders steuerkräftigen Unternehmen kommt. Die SP/JUSO-Fraktion ist gespannt, wie die Stadt mit diesem Geldsegen umgehen wird und welche Erkenntnisse etwa die Zugerisierungs-Studie liefern wird.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Haltung des Stadtrates: Die angepasste Schuldenbremse wird ab dem Budget 2026 gelten und definiert neu ein Zielband für das Nettovermögen. Diese 400 Mio. Franken Grenze wurde nun erstmals überschritten – das ist kein Anlass für erneute Forderungen nach Steuersenkungen.

Von bürgerlicher Seite wird immer wieder das hohe Ausgabenwachstum angesprochen. Das möchte die Sprechende hier relativieren. Das Ausgabenwachstum ist berechtigt, resultiert aus sich verändernden Lebensrealitäten der Bevölkerung und hat diverse Gründe, sei das die demographische Entwicklung, gesetzlich gebundene Ausgaben oder dringend benötigte Mehrausgaben z.B. bei der Prämienvverbilligung, den Ergänzungsleistungen und der Pflegefinanzierung.

Viele Menschen in Luzern stehen nach wie vor unter Druck. Sie leiden unter den steigenden Krankenkassenprämien und Erhöhungen der Mietkosten, welche wirklich gravierend sind. Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass die Stadt gegenüber ihrer Bevölkerung in dieser schwierigen Lage eine Verantwortung trägt und diese wahrnehmen muss, damit Luzern weiterhin ein lebenswertes Zuhause für alle bleibt.

Die in der Jahresrechnung aufgeführten Zahlen und Ergebnisse sind für die SP/JUSO-Fraktion schlüssig, nachvollziehbar und transparent. Auch die Sprechende würdigt die Budgetdisziplin und dankt für diese Arbeit.

Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung ein und genehmigt beides.

Marko Hotz: Die SVP-Fraktion nimmt die Erfolgsrechnung 2024 mit grosser Anerkennung zur Kenntnis. Der Abschluss weist einen sensationellen Ertragsüberschuss von 124,8 Mio. Franken aus und übertrifft das Budget um beachtliche 123,2 Mio. Franken.

Die Steuererträge belaufen sich auf 565,1 Mio. Franken – 114,3 Mio. Franken mehr als budgetiert. Besonders die Steuererträge juristischer Personen mit einem Zuwachs von 86,6 Mio. Franken und einem Anteil von 39,5 Prozent am gesamten Fiskalertrag unterstreichen die starke wirtschaftliche Position einzelner Unternehmen am Standort Luzern und zeigt, dass es nicht nur Glück ist, sondern das sich ein gutes Wirtschaftsleitbild und Steuersenkungen langfristig positiv auswirken und die Stadt attraktiv als Arbeits- als auch als Wohnort ist.

Auf der Ausgabenseite stellt die SVP-Fraktion fest, dass der Nettoaufwand der Globalbudgets trotz Ausgabenwachstums unter dem Budget lag. Dies zeigt, dass die Direktionen verantwortungsvoll wirtschaften – 33 von 40 Globalbudgets schliessen unter dem Budget ab.

Die Investitionstätigkeit mit Bruttoinvestitionen von 89,1 Mio. Franken und einer hohen Realisierungsquote von 97,2 Prozent ist effizient. Der Selbstfinanzierungsgrad von 202 Prozent und die Zunahme des Nettovermögens auf 452,7 Mio. Franken bestätigen die gesunde Finanzlage der Stadt. Auch das Eigenkapital wächst markant auf neu 1,86 Milliarden Franken.

Die SVP-Fraktion stellt mit Genugtuung fest, dass sämtliche kantonalen und städtischen Finanzkennzahlen eingehalten werden. Die Verdoppelung des Nettovermögens innerhalb von vier Jahren ist Ausdruck einer soliden und vorausschauenden Finanzpolitik. Gleichzeitig betont die SVP-Fraktion aber die Notwendigkeit, bei weiter steigenden Ausgaben und anstehenden Investitionen in der Grössenordnung von rund 1,3 Milliarden Franken (bis 2034) eine haushälterische Planung und Priorisierung sicherzustellen. Es braucht künftig eine bessere Aufgabenüberprüfung und -konsolidierung, denn jetzt gilt es das überproportionale Ausgabenwachstum zu stoppen und an das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum anzugleichen!

Der Sprechende geht mit seinen Vorrednern Roland Z'Rotz & Mark Buchecker einig, dass man nun unternehmerisch handeln muss und Aufgaben klar priorisiert, anstatt blind weitere Stellen schafft, weil das Geld heute da ist. Verantwortungsvoll bedeutet, Aufgaben oder Projekte zu priorisieren oder gar zurückzustellen, um Mitarbeitende nicht zu verheizen, anstatt Stellen zu schaffen, welche bei schlechter Finanzlage abgebaut werden müssen.

Die SVP-Fraktion würdigt den ausgezeichneten Rechnungsabschluss und die sorgfältige Finanzführung, aber auch die Arbeit aller beteiligten Personen und spricht allen den Dank für die hervorragend geleistete

Arbeit aus. Für die kommenden Jahre erachtet die SVP-Fraktion eine strategische Konsolidierung bei Investitionen und Ausgaben als zentral, um die finanzielle Stabilität und Handlungsfähigkeit der Stadt Luzern nachhaltig zu sichern und die Steuern tief zu halten und noch weiter senken zu können. Eine Senkung des Steuerfuss um weitere Einheiten wäre eine Anerkennung und ein Dank an alle Steuerzahlenden Personen und Unternehmen. Eine Steuersenkung in dieser Grössenordnung ist auch langfristig vertretbar. Entscheidend ist dabei das Ausgabenwachstum im Auge zu behalten. Die SVP-Fraktion tritt ein, stimmt dem Geschäftsbericht zu und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Elena Wiss: Der Geschäftsbericht 2024 zeigt eine starke Stadt. Man sieht beeindruckende Zahlen, mutige Projekte und grosse Herausforderungen. Ein Rekordüberschuss von fast 125 Millionen Franken und ein Eigenkapital von über 1,8 Milliarden – das ist ein starkes Zeichen. Es zeigt: Luzern funktioniert. Die Verwaltung arbeitet gut, und auch die Wirtschaft trägt viel dazu bei.

Der Geschäftsbericht zeigt: Die Stadt Luzern ist finanziell sehr gut unterwegs. Die Mitte-Fraktion dankt der gesamten Stadtverwaltung herzlich für diese Leistung. Hinter all dem stehen Menschen, die mit viel Einsatz tagtäglich dafür sorgen, dass Luzern lebt, wächst und funktioniert.

Luzern ist Stadt – und Hauptort: Luzern ist mehr als eine Gemeinde. Luzern ist Stadt – und Hauptort des Kantons. Das bringt Vorteile, aber auch Verantwortung. Mehr Menschen, mehr Verkehr, mehr Kosten – das gehört dazu. Im Bericht sieht man, was es heisst, urbanes Zentrum zu sein. Zum Beispiel bei Sicherheit, Tourismus, Infrastruktur oder den sozialen Diensten. Luzern trägt eine Ballungslast – und das ist Teil ihres Wesens. Wer Stadt will, muss auch Stadt aushalten können.

Finanzpolitik mit Verantwortung: Die hohen Steuereinnahmen sind erfreulich. Aber die Mitte-Fraktion bleibt vorsichtig. Ein grosser Teil kommt von wenigen grossen Firmen. Das kann sich schnell ändern. Deshalb braucht es eine Finanzpolitik mit Verantwortung. Der Bericht zeigt einen Rekordüberschuss. Es steht deshalb klar zur Debatte, dass eine weitere Steuersenkung möglich ist – wenn sie solide finanzierbar bleibt. Gleichzeitig darf der Personalbestand nur dort wachsen, wo es Aufgaben und Wirkung rechtfertigen.

Infrastruktur für alle: Luzern muss für alle funktionieren. Für Familien, Junge, Senior*innen, Handwerker*innen, Unternehmen und Touristen. Der Bericht zeigt grosse Investitionen in die Mobilität – in Velowege, Fussgängernetze, Verkehrsberuhigungen. Diese Massnahmen sind sinnvoll. Die Mitte-Fraktion unterstützt im Grundsatz die Stossrichtung. Den motorisierten Verkehr braucht es insbesondere für Menschen, welche auf das Auto angewiesen sind. Für Zulieferdienste, Handwerksbetriebe und ältere Personen. Stadt heisst Vielfalt – auch in der Mobilität.

Ein neues Kapitel für das Luzerner Theater: Alle sind enttäuscht, dass das neue Theaterprojekt abgelehnt wurde. Die Mitte-Fraktion äusserte sich selbstkritisch. Man sah, dass die Bevölkerung nicht überzeugt war. Der Geschäftsbericht zeigt, was an Vorbereitung in dieses Projekt geflossen ist. Luzern braucht weiterhin ein Theater – als kulturelles Rückgrat der Stadt. Und es braucht verschiedene Formen von Kultur: alternative wie klassische. Die Mitte-Fraktion macht konkrete Vorschläge für ein neues Kapitel – mit mehr Einbindung, mehr Erklärung und mehr Vertrauen.

Zusammenhalt statt Spaltung: Die Mitte-Fraktion steht für eine Stadt, die hilft, wo Hilfe gebraucht wird – aber auch Verantwortung einfordert, wo sie möglich ist. Der Staat soll begleiten, nicht bevormunden. Das bedeutet: Stärken, was Menschen selbst können – und stützen, wo es nötig ist.

Im Geschäftsbericht sieht man zahlreiche Programme, etwa in der Sozialhilfe, im Bereich Integration, im Bereich Gleichstellung, Diversität und im Ausbau der Bildungsangebote. Das ist gut und wichtig. Die Mitte-Fraktion steht hinter diesen Entwicklungen. Aber warnt davor, an der Lebensrealität vieler Menschen vorbeizuregieren. Es bringt nichts, wenn man im Parlament Themen vorantreiben, welche in weiten Teilen der Bevölkerung gar nicht verstanden, oder nicht mitgetragen werden. Wer Wandel will, muss alle mitnehmen. Wer Menschen erreichen will, muss ihnen zuhören.

Gesetze und Reglemente müssen nicht nur verabschiedet werden – sie müssen im Alltag ankommen, sie müssen gelebt werden können. Das gelingt nur, wenn man das richtige Tempo wählt. Nicht alles gleichzeitig. Nicht mit dem moralischen Zeigefinger. Sondern mit Vertrauen, mit Geduld – und in einer Sprache, welche alle verstehen.

Die Mitte-Fraktion fordert hier auch von sich selbst: Mehr Demut, mehr Dialog, weniger Abwertung von anderen Meinungen. Wer Toleranz einfordert, muss sie auch selbst leben. Wer Vielfalt will, muss auch die Vielfalt an Haltungen aushalten.

Zusammenhalt heisst: Keine Spaltung der Bevölkerung und der Politik. Sondern ein echtes Miteinander – getragen von gegenseitigem Respekt.

Politik mit Stil: Zum Schluss ein Wunsch ans Parlament: Die Mitte-Fraktion wünscht sich mehr Respekt im politischen Umgang. Die Mitte-Fraktion findet, dass der Ton im Parlament härter geworden ist. Meinungen werden schneller abgewertet. Das schadet dem Vertrauen. Der Geschäftsbericht erzählt von Projekten, die nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Auch die Politik soll so funktionieren: lösungsorientiert, sachlich, kompromissbereit.

Das Fazit: Die Mitte-Fraktion will kein Luzern der Extreme. Kein Ort, welcher sich ideologisch verbeisst, sondern einer, der pragmatisch wächst. Offen, verantwortungsvoll, solidarisch.

Der Geschäftsbericht gibt gute Grundlagen. Jetzt braucht es politischen Willen, das Richtige daraus zu machen. Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht ein und stimmt ihm zu.

Ratspräsident Simon Roth: Mit 12 Jahren Erfahrung hat der Sprechende nicht den Eindruck, dass der Stil hier im Parlament wirklich viel bösartiger wurde – im Gegenteil.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub hat etwas Hemmungen, nach diesem staatspolitischen Statement wieder in die Niederungen der Finanzen und Zahlen zurückzukommen.

Die Sprechende dankt für die Beratung bereits in der Kommission und auch heute hier im Grossen Stadtrat. Manchmal vergisst man, dass es ein neues Parlament ist. In dieser Zusammensetzung berät es zum ersten Mal einen Geschäftsbericht – rückblickend auch auf die Arbeit der Vorgängerinnen und Vorgänger. Den Dank an die Verwaltung, welcher als Anerkennung und Wertschätzung aufgenommen wurde, wird gerne in die Direktionen weitergeleitet.

Viele Zahlen wurden schon genannt. Es war erneut ein besonderes Jahr. Es gab einen unerwarteten und sehr erfreulichen Gewinn von fast 125 Mio. Franken. Aber auch das Thema Zentrumslast wurde einmal mehr durch eine Studie bestätigt. Sie beträgt netto, also nach Abzug des Zentrumsnutzens noch immer 27 Mio. Franken pro Jahr. Im Jahr 2024 gab es auch übergeordnet wichtige Projekte. Der kantonale Finanzausgleich wurde teilrevidiert. Auch das hatte Auswirkungen auf die Stadt Luzern. Die Stadt konnte aber auch im Rahmen des VLG mitarbeiten. Das ist wichtig, weil man sich da frühzeitig einbringen kann und nicht erst am Schluss, wenn das Paket schon geschnürt wurde.

Es gibt auch eine andauernde Diskussion über die OECD-Mindeststeuer – über die Ausgestaltung der Standortattraktivierung, bzw. wie hoch die Ergänzungssteuer letztendlich sein wird und auch über den Verteilmechanismus in den Gemeinden. Bei all diesen Themen versucht sich die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv einzugeben.

Der erfreuliche Gewinn ist, wie bereits gehört, auf Steuererträge der Unternehmungen zurückzuführen. Die Steuererträge von juristischen Personen sind erneut sehr stark gestiegen. Man muss aber die Details anschauen. Es gibt sehr hohe Nachträge, weil gewisse steuerkräftige Unternehmen zwei Jahre miteinander veranlagt wurden – also die Jahre 2022 und 2023 im Jahr 2024. Das darf man also für die Zukunft nicht auf das jährlich Wiederkehrende übertragen.

Nichtsdestotrotz ist der Anteil der Steuererträge der juristischen Personen auf knapp 40 Prozent angestiegen – 39,5 Prozent – im Vorjahr waren es noch 34,5 Prozent – und als die Sprechende vor rund acht Jahren in dieser Funktion anfang, lag der Wert noch bei 15 Prozent.

Die Investitionen konnten auf fast rund 90 Mio. Franken gesteigert werden. Es gibt auch einen guten Realisierungsgrad. Es ist wichtig, dass das Geld, welches zur Verfügung steht, auch in Projekten umgesetzt werden kann. Alle kennen aber die Gründe, warum es nicht zu 100 Prozent möglich ist. Insgesamt steht die Stadt Luzern finanziell sehr gut da, und hat inzwischen ein Nettovermögen von rund 452,7 Mio. Franken.

Zum Thema Differenz zwischen Budget und Rechnung führt die Sprechende aus, dass die Basis für das Budget 2024, die Ist-Zahlen aus dem Jahr 2022 waren – also zum Zeitpunkt, als das Budget gemacht wurde, lagen die Zahlen aus dem Jahr 2023 noch nicht vor und die massiven Mehrerträge der Unternehmen wurden im Sommer 2023 bekannt. Daher ja, es ist eine grosse Abweichung.

Auch zum Budget 2025 wurden bereits intensive Diskussionen geführt. In einem Zusatzprozess wurden Chancen und Risiken der Entwicklung aufgezeigt – also Szenarien der Finanzplanung – und der Steuerfuss wurde einmal mehr um eine Zehnteileinheit auf 1,55 reduziert. Die obligatorische Volksabstimmung zum Budget 2025 fand Mitte Dezember 2024 statt und sie wurde mit einem Ja-

Stimmenanteil von 79 Prozent gutgeheissen. Dank diesem beschleunigten Prozess, welcher auch dieses Jahr durchgeführt wird, ist eine Abstimmung im Dezember möglich, damit man mit einem rechtsgültigen Budget ins Jahr starten kann.

Fazit und Ausblick in die Zukunft: Der Stadtrat ist recht zuversichtlich, dass die Steuererträge in den kommenden Jahren hoch bleiben. Das ist immer eine Einschätzung und man sieht die geopolitischen Turbulenzen. Vom bisherigen Wachstum darf nicht ausgegangen werden. Ein hohes Niveau, aber nicht mehr gleichbleibendes Wachstum. Grundsätzlich ist der Finanzhaushalt im Gleichgewicht und die Mehrerträge können für Investitionen und je nach dem für Steuersenkungen verwenden werden.

Auch das laufende Jahr 2025 hat wieder ein paar Besonderheiten. Zum ersten Mal wird für die Erarbeitung des Budget 2026 die neue Schuldenbremse angewendet. Der Stadtrat stellte in Aussicht, dass er aufgrund der aussergewöhnlichen Entwicklung eine separate Finanzperspektive erarbeitet – also einen Bericht zusätzlich zum normalen AFP. Der Bericht und Antrag «Gemeindestrategie und Legislaturprogramm» ist zurzeit in Erarbeitung – wie immer nach den Gesamterneuerungswahlen des Stadtrates ist die strategische Ausrichtung in Diskussion, welche wegleitend sein soll für die Priorisierung der Projekte und damit auch für die Finanzplanung.

Der Budgetprozess ist so festgelegt, dass man im Dezember, falls nötig, eine Abstimmung durchführen könnte. Es wird also wieder ein spannendes und herausforderndes Jahr – es ist kein Jahr wie das andere – obwohl jedes Jahr wieder über das Budget und den Geschäftsbericht gesprochen wird. Projekte ändern sich und auch die Rahmenbedingungen.

Bei den Voten hörte die Sprechende noch ein Missverständnis heraus. Es wurde gesagt, dass das Serviceportal my.lu.ch sistiert sei. My.lu.ch ist ein Projekt des Kantons und die Webseite existiert.

Weiter wurde erwähnt, dass man den Medien entnehmen konnte, dass Luzern zu den reichsten Städten gehöre. Selbstverständlich haben die Medien immer recht – vor allem beim kritischen Mitdenken. Es ist aber mit diesen Vergleichen zu relativieren. Z. B. verglich man die Stadt Luzern mit heute und vor zehn Jahren. Inzwischen wurde die Rechnungslegungsmethodik geändert von HRM1 zu HRM2 und damit das gesamte Verwaltungsvermögen neu bewertet. Es gab auch Aufwertungen, welche aber keinen Franken mehr in der Kasse generierten. Wenn man einfach zehn Jahre zurück vergleicht, ist das nicht korrekt oder nicht aussagekräftig. Inzwischen wurden auch Dinge reorganisiert. Auch der Vergleich mit anderen Städten ist schwierig. Z. B. die Stadt Zürich, welche sämtliche Werke, wie Verkehrsbetriebe oder Strom noch in der eigenen Verwaltung hat – und auch Heime und Spitäler – und die haben Schulden. Da kann man nicht einfach miteinander vergleichen. Was drinsteckt ist manchmal etwas anderes.

Als letztes sagt die Sprechende noch etwas zur Steuersenkungsdiskussion: Die Sprechende bittet alle, die damit liebäugeln, und das ist bei einem solchen Überschuss naheliegend, dass man heute noch nicht über die Zukunft diskutiert, sondern über den Geschäftsbericht. Nach den Sommerferien wird der Stadtrat in der GPK darlegen, wie die Finanzplanung aussieht, die Ausgangslage analysieren und danach kann man über Zeitpunkt und Höhe allfälliger weiterer Steuersenkungen diskutieren. Man muss es längerfristig betrachten. Es stehen grosse Investitionen an und es gibt Unsicherheiten. Die Sprechende bittet, bevor man hier voreilig reagiert, und Steuersenkungen bereits beim Geschäftsbericht fordert, dass der Stadtrat nach den Sommerferien zuerst die Ausgangslage darlegen darf.

Die Sprechende möchte nicht schlechte Stimmung verbreiten, aber wenn man die Steuern senken möchte, um allen etwas zurückzugeben, also der Bevölkerung und den Unternehmen, ist das schwierig. Die Unternehmen, welche am meisten zahlen, sind von der OECD-Mindeststeuer betroffen. Sie zahlen 15 Prozent. Ob die Stadt nun einen Steuerfuss von 1,55 oder 1,45 hat – sie zahlen 15 Prozent. Die Differenz nimmt einfach jemand anderes – nämlich der Kanton oder der Bund, und das Geld ist nicht mehr in der Stadt. Wenn man die Idee hat, man könnte mit Steuerfussenkungen auf Gemeindeebene den grössten Steuerzahlenden etwas zurückgeben, muss man darüber auch nachdenken.

Die Sprechende möchte aber heute auch nicht zu fest über die Zukunft sprechen – heute geht es um den Geschäftsbericht.

Der Grosse Stadtrat tritt auf den Bericht und Antrag 13 vom 9. April 2025: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024» ein.

DETAIL

Seite 249 *Beschluss*

Der Grosse Stadtrat genehmigt den Jahresbericht (Geschäftsbericht und Jahresrechnung) für das Jahr 2024 und die Abrechnungen der Sonderkredite (Kapitel. 6.2.3.1), und überführt folgendes Grundstück mit einem Buchwert von Fr. 355'700 per 1. Juli 2025 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen: Teilfläche von 446 m2 des Grundstücks 361, GB Luzern, r. U., für die Abgabe im Baurecht der Villa Auf Musegg 1 und Remise.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 13 vom 9. April 2025 betreffend

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, die den zusammenfassenden Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von § 17, § 41 Abs. 1 und § 46 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 30 Abs. 1 lit. a und Art. 69 lit. c Ziff. 1 und lit. e Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der Jahresbericht (Geschäftsbericht und Jahresrechnung) für das Jahr 2024 wird genehmigt.
- II. Die Abrechnungen der Sonderkredite (Kapitel. 6.2.3.1) werden genehmigt.
- III. Folgendes Grundstück wird mit einem Buchwert von Fr. 355'700 per 1. Juli 2025 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt: Teilfläche von 446 m2 des Grundstücks 361, GB Luzern, r. U., für die Abgabe im Baurecht der Villa Auf Musegg 1 und Remise.

**4 Bericht und Antrag 14 vom 9. April 2025:
Abrechnung von Sonderkrediten der Baudirektion**

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Genehmigung von abgerechneten Sonderkrediten obliegt dem Grossen Stadtrat, und in diesem Bericht und Antrag geht es um sechs Sonderkredite in der Baudirektion. Das Geschäft wurde in der Baukommissionssitzung vom 5. Juni 2025 behandelt. Der Sprechende darf vorausschicken, dass die Genehmigung von allen abgerechneten Sonderkrediten unbestritten war, und dass in der Baukommission keine Protokollbemerkungen beantragt wurden. Die Kommission hat sich darum darauf geeinigt, dass die Fraktionen auf individuelle Eintretensvoten verzichten.

Im Bericht und Antrag werden die Schlussrechnungen von folgenden Projekten vorgelegt: Neubau Schulhaus Staffeln, Erweiterung Schulhaus Würzenbach, Ersatz Pavillon 99 beim Schulhaus Ruopigen, Errichtung eines Schulraummoduls Typ Luzern am Abendweg beim Schulhaus Felsberg sowie die

Überführung eines Grundstücks beim Schulhaus Felsberg vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen. Zusätzlich sind zwei Kreditabrechnungen zu Schulhäusern in Reussbühl im Bericht und Antrag enthalten: Die Erhöhung des Stellenetats beim Schulhaus Staffeln (weil dieses mit dem Neubau deutlich grösser wurde) und ein zusätzliches Budget für Raumrochaden im Schulhaus Ruopigen, welche im Hinblick auf die anstehende Gesamtanierung vorgezogen werden musste. Insgesamt kann man feststellen, dass die bewilligten Sonderkredite gut eingehalten wurden. Herausgreifen möchte der Sprechende einen Sonderkredit, nämlich denjenigen für den Neubau beim Schulhaus Staffeln. Das ehemalige Sekundarschulhaus wurde in den Jahren 2018 bis 2020 neu als Primarschulhaus gebaut. Der Sonderkredit wurde im Parlament und an der Urne schon 2017 bewilligt. Hier sieht man, wie lange es dauert, wenn ein Schulhaus gebaut wird. Der genehmigte Kredit von 53,7 Mio. Franken konnte um fast 5 Millionen Franken unterschritten werden. Das ist bemerkenswert, weil das Ende der Bauzeit voll in die Zeit der Corona-Pandemie gefallen ist. Die Preise entwickelten sich wegen der Lieferprobleme in der Bauwirtschaft rasant, und die Baubudgets wurden oft deutlich überschritten. Der Stadt Luzern gelang es trotzdem, die Kosten zum Schluss deutlich zu unterschreiten. Was lernt man aus dieser und den anderen Sonderkrediten? 1. Die Stadt Luzern investiert viel Geld in die Schulanlagen und damit in eine gute Infrastruktur für die Bildung. 2. Die Kreditabrechnung in der Stadt Luzern kommt fast vollständig ohne Überschreitungen aus. 3. Die Stadtverwaltung geht sorgfältig mit den budgetierten Mitteln um. Es wäre natürlich einfach zu sagen, dass der Stadtrat einfach zu hoch budgetierte, und sich das Leben so einfacher macht. So einfach ist es aber in der Realität nicht. Denn Bauen ist immer mit Unsicherheiten verbunden. Diese lassen sich auch nicht vermeiden. Es geht vielmehr darum, die Unsicherheiten seriös einzukalkulieren und durch viel Engagement und laufende Rechnung im Griff zu behalten. Es wird also auch in Zukunft ein gewisses Stück weit normal und notwendig sein, dass die Kredite tendenziell leicht zu hoch sind und die Mittelverwendung sorgfältig gemacht werden muss. Im vorliegenden Bericht und Antrag wird auch detailliert aufgezeigt und begründet, wo jeweils Abweichungen zum bewilligten Sonderkredit entstanden sind – und zwar nach oben wie nach unten.

Die Baukommission des Grossen Stadtrats stellt fest, dass bei allen sechs abgerechneten Sonderkrediten sorgfältig mit den Mitteln umgegangen worden ist. Die Baukommission dankt den engagierten Mitarbeitenden in der Baudirektion für ihren Einsatz und erwartet, dass der Umgang mit den Steuergeldern in der Stadtverwaltung auch in Zukunft sorgfältig bleibt. Die Baukommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat einstimmig, die Abrechnung aller sechs Sonderkrediten zu genehmigen.

Der Grosse Stadtrat tritt auf den Bericht und Antrag 14 vom 9. April 2025: «Abrechnung von Sonderkrediten der Baudirektion» ein.

DETAIL

Seite 29 f. 8 Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat genehmigt einstimmig

- I. Die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Staffeln, Ersatzbau: Neubau»,**
- II. die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Staffeln: Stellennachvollzug»,**
- III. die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Würzenbach, Erweiterung: Realisierung»,**
- IV. die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Ruopigen, Ersatz Pavillon 99: Neubau Realisierung»,**
- V. die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Ruopigen, Gesamtanierung: Raumrochaden», und**

VI. die vorgelegte Abrechnung über die Sonderkredite «Schulhaus Felsberg/Abendweg, Neubau: Überführung Grundstück Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen» und «Schulraummodul Typ Luzern: Ausführung Standort Abendweg».

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 14 vom 9. April 2025 betreffend

Abrechnung von Sonderkrediten der Baudirektion,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 41 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 69 lit. c Ziff. 2 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Staffeln, Ersatzbau: Neubau» wird genehmigt.
- II. Die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Staffeln: Stellennachvollzug» wird genehmigt.
- III. Die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Würzenbach, Erweiterung: Realisierung» wird genehmigt.
- IV. Die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Ruopigen, Ersatz Pavillon 99: Neubau Realisierung» wird genehmigt.
- V. Die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit «Schulhaus Ruopigen, Gesamtsanierung: Raumrochaden» wird genehmigt.
- VI. Die vorgelegte Abrechnung über die Sonderkredite «Schulhaus Felsberg/Abendweg, Neubau: Überführung Grundstück Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen» und «Schulraummodul Typ Luzern: Ausführung Standort Abendweg» wird genehmigt.

**5 Bericht und Antrag 40 vom 25. September 2024:
Aufhebung Bebauungsplan B 139 Kantonsspital und Erlass Bebauungsplan B 145
Kantonsspital. Mit Einsprachebehandlung**

Ratspräsident Simon Roth: Am 30. Januar 2025 wurde dieses Traktandum bereits behandelt. Die Schlussabstimmung des B+A 40/2024 wurde jedoch aufgrund des angekündigten Gegenvorschlags für ein konstruktives Referendum aufgeschoben und die Vorlage sistiert.

Die Vorlage wurde bis Kapitel 7 beraten und anschliessend wurde die Beratung unterbrochen, um dem Kantonsspital das rechtliche Gehör zu gewähren.

Die Schlussabstimmung wurde aufgeschoben und die Vorlage sistiert.

Das Luzerner Kantonsspital hat am 28. Februar 2025 eine Stellungnahme abgegeben.

Zusätzlich wurde von der Baudirektion im Auftrag der Stadtkanzlei, Sekretariat des Grossen Stadtrates, ein Gutachten zur Zulässigkeit des gestellten Antrags der SP/JUSO-Fraktion in Auftrag gegeben. Der Gutachter kommt in seinem Kurzgutachten vom 10. April 2025 zum Schluss, dass mit der Formulierung von Art. 35 Abs. 2 Bebauungsplan gemäss dem damaligen Antrag der SP/JUSO-Fraktion eine unzulässige Ausweitung des durch übergeordnetes Recht vorgegebenen Zonenzwecks vorgenommen werden soll. Ohne vorgängige Zonenplanänderung könne ein Bebauungsplan übergeordnetes Recht nicht übersteuern bzw. umgehen. Zudem stehe die vorgesehene Regelung betreffend Abbruchbewilligung nicht im Einklang mit dem übergeordneten Recht und sei unzulässig.

Die Stadtkanzlei hat in der Folge der Geschäftsleitung des Rates empfohlen, über einen Ordnungsantrag auf die Abstimmung über den Antrag der als Gegenvorschlag für ein konstruktives Referendum dienen soll, zurückzukommen. Dies, weil über den Antrag der SP/JUSO-Fraktion an der Januar-Sitzung bereits abgestimmt worden ist. Bei Zustimmung zu diesem Ordnungsantrag ist gestützt auf Art. 93a Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000 über die Zulässigkeit des Antrags als Gegenvorschlag abzustimmen.

Die Geschäftsleitung hat an ihrer Sitzung vom 12. Juni 2025 über das Gutachten und die Empfehlung der Stadtkanzlei diskutiert. Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion beantragt **Rückkommen auf die Detailberatung**. Die Begründung wurde vom Ratspräsidenten bereits erwähnt. Das von der Stadt in Auftrag gegebene Rechtsgutachten kommt zum Schluss, dass das von der SP/JUSO-Fraktion formulierte konstruktive Referendum nicht rechtskonform ist. Aus diesem Grund beantragt die FDP-Fraktion, auf die Detail-Beratung zurückzukommen.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag zu.

DETAIL

S. 9 ff 4.1 Testplanung 2019

Yannick Gauch: Die SP/JUSO-Fraktion ist froh, dass heute voraussichtlich der Bericht und Antrag 40 zum Bebauungsplan des LUKS zu Ende diskutiert wird. Eine Weiterentwicklung des Spitals ist zentral, was die SP/JUSO-Fraktion auch immer betonte. Der Standort Luzern braucht eine zeitgemässe Infrastruktur, welche den aktuellen Ansprüchen an Spitaldienstleistungen und Beherbergungen, aber auch die Entwicklung hin zu immer mehr ambulanten Eingriffen gerecht wird. Die Patientinnen und Patienten und die über 8'500 Mitarbeitenden am LUKS haben das Recht auf eine intakte Infrastruktur und ein optimales Arbeitsumfeld – das ist unbestritten. Was die SP/JUSO-Fraktion nach wie vor stört, ist der unsorgfältige Umgang mit Bestandesbauten. Für die Fraktion steht noch immer fest, dass es politisch unverantwortlich ist, jetzt eine Entscheidung für einen Abbruch in zehn Jahren zu treffen. Eine Zwischennutzung des alten Bettenturms wurde nie sorgfältig geprüft – zumindest liegen bis heute keine entsprechenden Unterlagen vor. Der Sprechende verzichtet an dieser Stelle darauf, noch einmal die ganze Argumentation gegen einen Abriss auf Vorrat zu erläutern. Die Diskussionen wurden am 30. Januar 2025 bereits intensiv geführt. Der Sprechende möchte aber noch einmal in Erinnerung rufen, dass ein Abriss auf Vorrat nicht nur gegenüber der Umwelt respektlos ist – Stichwort graue Energie – sondern auch gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Die Leute – und es gab viele Rückmeldungen dazu – können nicht verstehen, dass man so ein massives und intaktes Gebäude, ohne eine seriöse Prüfung für eine Weiter- oder Zwischennutzung nach gerade einmal 53 Jahren dem Erdboden gleichmachen möchte. Wenn man sich heute für einen Abriss auf Vorrat ausspricht, ist das nicht nur klimapolitisch falsch, es verkennet auch die Realität, dass sich in zehn Jahren noch so einiges entwickeln und verändern kann. In der Luzerner Zeitung konnte man heute lesen, dass das LUKS bereit für einen Kompromiss wäre, um Verzögerungen und Mehrkosten im Bauprojekt zu verhindern. Die SP/JUSO-Fraktion stellt daher folgenden **Antrag**, welchen sie bei Ablehnung durch den Rat, als Gegenvorschlag behandelt haben möchte.

«Art. 35 Abs. 2 ist wie folgt zu ändern:

² Nach Abschluss der Bebauung der Baubereiche 3a und 3b ist westlich davon innerhalb von 18 Monaten eine Parkanlage (Art. 16) zu realisieren. Zum Zeitpunkt der Baueingabe für den Baubereich 3a ist ebenfalls das Gesuch für den Rückbau des heutigen Spitalzentrums sowie für die neue Parkanlage einzureichen. In einem Bericht ist aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen eine terminlich befristete Nachnutzung des heutigen Spitalzentrums, oder Teile davon, machbar ist.»

Die SP/JSUO-Fraktion nimmt ihre Verantwortung ernst, und ist bereit, zu dem vom LUKS vorgeschlagenen Deal, im Sinne einer raschen und störungsfreien Weiterentwicklung des Kantonsspitals. Der Kompromissvorschlag ist eine deutliche Abweichung der ursprünglichen Forderung und bedeutet ein grosses Entgegenkommen der SP/JUSO-Fraktion.

Sollte die Mehrheit im Rat nicht bereit sein, sich im Sinne eines pragmatischen Kompromisses einen Schritt auf die SP/JUSO-Fraktion zuzubewegen, muss die Fraktion das konstruktive Referendum ergreifen. Für dieses Vorgehen liegt ein einstimmiger Parteibeschluss und ein klarer Auftrag der Basis vor. Der Sprechende bittet die Ratsmitglieder, den Kompromissvorschlag im Sinne der nötigen Planungssicherheit für das LUKS und der raschen Weiterentwicklung des Spitalstandortes Luzern. Der gestellte Antrag ersetzt den am 30. Januar 2025 gestellte Antrag der SP/JUSO-Fraktion.

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Der Antrag wurde so in der Baukommissionssitzung vom letzten Dezember nicht gestellt und diskutiert.

Adrian Häfliger: Die Haltung der GRÜNE/JG-Fraktion ist seit Anfang dieses Geschäfts gleich. Der Erhalt möglichst viel grauer Energie ist eine wichtige Massnahme auf dem Weg zur CO₂-Neutralität. Es darf daher kein Gebäude a priori von einer Weiternutzung ausgeschlossen werden. Auch nicht der Schokoladenturm. Gleichzeitig ist es der GRÜNE/JG-Fraktion ein Anliegen, den Bebauungsplan so schnell als möglich zu verabschieden und dem LUKS Planungssicherheit zu geben. Die GRÜNE/JG-Fraktion hat daher von Anfang an gefordert, dass Alternativen zum Abriss sorgfältig und ergebnisoffen geprüft werden müssen, und dass man drum den Abriss nicht schon heute, zehn bis 15 Jahre im Voraus, auf Vorrat beschliesst und terminiert. Da der Antrag der SP/JUSO-Fraktion die Forderungen minimal erfüllen und einen Abschluss des Geschäfts ermöglichen, stimmt die GRÜNE/JG-Fraktion einstimmig zu.

Mike Hauser: Über dieses Geschäft wurde schon vieles gesagt und es wurden verschiedene Gutachten erstellt. Das LUKS hatte verschiedentlich die Möglichkeit, sich zu diesem Geschäft zu äussern. Was für die FDP-Fraktion klar ist, ist, dass ein Bebauungsplan, und das ist wohl für alle klar, behördenverbindlich ist, und die FDP-Fraktion möchte eine Behördenverbindlichkeit. Sie möchte die geplante Parkanlage und es darf keine Rolle spielen, wer dann, wenn der Park entsteht und das Gebäude abgerissen werden soll, im Stadtrat oder im Parlament sitzt. Aus diesem Grund möchte die FDP-Fraktion diese Behördenverbindlichkeit beim jetzigen Bebauungsplan.

Das LUKS machte einen Vorschlag, um mögliche Verzögerungen zu minimieren oder keine Verzögerungen zu riskieren. Wenn man die Stellungnahmen des LUKS innerhalb dieses Geschäfts aber genau betrachtet, ist das LUKS mit diesem Vorschlag überhaupt nicht einverstanden. Sondern sie sucht einfach die Möglichkeit, dass es mit ihrem Projekt, welches ausgereift ist, welches durchgeplant ist, weitermachen kann. Wenn die linke Seite dies nun nicht behördenverbindlich erklären möchte, dann soll sie dafür auch die Verantwortung übernehmen – dann soll sie das konstruktive Referendum einreichen und sich erklären, warum die ganze Baugeschichte beim LUKS eine Verzögerung mit sich trägt. Es ist für den Sprechenden nah an einem Erpressungsversuch und die FDP-Fraktion ist nicht bereit auf diesen einzugehen und wird den Antrag daher nicht unterstützen.

Luzi Meyer: Die Mitte-Fraktion zeigte sich im Herbst 2024 kritisch, was den Abbruch des Bettenhochhauses anbelangt. Für sie ist der Abbruch eines erst 50-jährigen Gebäudes ein Thema, das ernst zu nehmen ist. Die kritischen Punkte wurden auch öffentlich diskutiert, dem LUKS zugestellt und man hat Anfang 2025 eine Stellungnahme erhalten.

Es geht daraus hervor, dass die Planungssicherheit wichtig ist, um den öffentlichen Auftrag der Gesundheitsversorgung wahrnehmen zu können. Nun steht man wieder am gleichen Ort wie vor rund einem halben Jahr, ohne dass eine neue Erkenntnis dazugekommen wäre.

Es geht im vorliegenden Bericht und Antrag um die längerfristige, medizinische Versorgung im Kanton Luzern. Und genau das sollte das Thema sein und dieses wichtige Thema sollte nicht eine Plattform sein, um parteipolitische Exempel zu statuieren. Fakt ist für die Mitte-Fraktion noch immer: Man möchte Planungssicherheit und man möchte, dass der Gesundheitsauftrag des LUKS umgesetzt werden kann. Die Fraktion hat Verständnis für den daraus resultierenden Zielkonflikt mit dem Abbruch des Bettenhochhauses. Hier gilt es aber, und das wurde bereits vor einem halben Jahr gemacht, folgende Einordnung zu machen:

Es wird vorgeschlagen, den Artikel 35 um den Passus zu ergänzen, dass ein umfassendes Konzept erarbeitet werden muss, wie eine Weiter- oder Zwischennutzung aussehen könnte und wie diese dem Abbruchvorhaben des Bebauungsplans gegenüberzustellen ist. Zusätzlich wird gefordert, dass ein Abbruchgesuch des Bettenhochhauses dem Parlament vorgelegt werden muss. Die Mitte-Fraktion erachtet diese Massnahmen bestenfalls als teuren Papiertiger.

Sollte das LUKS in zehn Jahren sehen, dass der Bettenturm doch noch gebraucht würde, so würden diese Pläne als Abänderung des Bebauungsplans wieder aufgelegt werden. Wenn nicht, so gibt es keine Notwendigkeit für eine Weiternutzung. Das umfassende Konzept kann somit folgenlos eingespart werden. Denn gerade bei öffentlichen Bauten gilt, dass Abbrüche ohne Mehrwert aus finanziellen Gründen faktisch auszuschliessen sind. Für einmal ist das ein sich selbst regulierendes, nachhaltiges System.

Und noch etwas zur Nachhaltigkeit: Nur schon der Gedanke, ein Hochhaus zwischenzunutzen, entbehrt jeglicher Nachhaltigkeit. Man muss sich die Menge an Grauer Energie, die in Form von neuen Fenstern, Fassadenverkleidungen Brandschutzverkleidungen, statischen Ertüchtigungen in Beton, Stahl und Klebarmierung, sowie der Ersatz der gesamten Gebäudetechnik, wie Wasser, Wärme, Strom und Medien für dieses Hochhaus benötigt würde, nur einmal vorstellen, um zu sehen, dass diese Investition nur gerechtfertigt ist, wenn das Hochhaus für einen weiteren Lebenszyklus von 80 Jahren stehen bleiben würde.

Zusammengefasst: Ein Bebauungsplan ist ein Planungsinstrument, welches längerfristig Rechts- und Planungssicherheit schaffen soll. Dass jetzt ein Kompromissvorschlag kommt, der schliesslich nur Verzögerungen und Kosten verursachen wird, kann die Mitte-Fraktion nicht nachvollziehen. Ja, es ist unglücklich, ein erst 50-jähriges Gebäude abzureissen. Aber: Eine Zwischennutzung wäre eine ökologische und ökonomische Verschlimmbesserung. Eine Drittnutzung auf dem Areal des LUKS aus betrieblichen Gründen auszuschliessen. Ebenso würde das Stehenlassen des Bettenhochhauses die Grünflächenziffer auf dem Areal des LUKS stark unterschreiten. Die Forderung nach einem Konzept und der Weg über eine Abbruchbewilligung, bei der das Parlament mitentscheidet, ist weit entfernt von einer Planungssicherheit für einen öffentlichen Auftrag für die Gesundheitsversorgung. Diese Forderung ist bestenfalls ein Papiertiger, welcher die Bevölkerung mit Steuergeldern belastet.

Bei diesem Bericht und Antrag geht es um den öffentlichen Auftrag der Gesundheitsversorgung – nicht um mehr und nicht um weniger.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird am ursprünglichen Wortlaut im Bebauungsplan festhalten.

Ratspräsident Simon Roth präzisiert: Eine Abbruchbewilligung ist im aktuellen Antrag nicht mehr vorhanden. Der genaue Wortlaut wird von Yannick Gauch später nochmals wiederholt.

Daniel Lütolf: Auch die GLP-Fraktion spricht sich, wie schon zu Beginn der Debatte, klar gegen die Streichung des betreffenden Absatzes im Bebauungsplan aus. Die Luzerner Zeitung schreibt heute «Im Januar hatte die GLP-Fraktion noch für die Abrissvorgabe innerhalb von 18 Monaten votiert.» Und daran ändert sich auch heute nichts – die GLP-Fraktion ist immer noch derselben Meinung.

Für die Fraktion ist klar: Der langfristige Plan des Luzerner Kantonsspitals, inklusive des geplanten Abrisses des Hochhauses, ist sinnvoll, notwendig und seit Jahren sorgfältig vorbereitet. Und dafür steht die GLP-Fraktion auch jetzt noch uneingeschränkt ein – es geht schliesslich um die Gesundheitsversorgung.

Für die Fraktion ist die gesicherte Gesundheitsversorgung in der Stadt Luzern schlicht wichtiger als die graue Energie. Das ist eine Frage der Priorisierung der Themen. Alles geht nicht, und schon gar nicht gleichzeitig. Und alles gleichzeitig gleichwertig priorisiert geht schon gar nicht. Aber es ist eine neue Situation. Das konstruktive Feedback des LUKS und die Gesprächsbereitschaft der linken Seite zeigt: Ein tragfähiger Kompromiss ist möglich ohne Verzögerung des so wichtigen Generationenprojektes des LUKS. Und dieser bringt keine Einschränkungen für die laufenden oder künftigen Planungen des LUKS – das sagt das LUKS selbst ganz deutlich.

Und das ist der Punkt: Der Absender zählt. Wäre diese Botschaft von der SP/JUSO-Fraktion gekommen, hätte man sie als parteipolitisches Signal abtun können. Aber sie kommt direkt vom Luzerner Kantonsspital. Warum sollte sich das Spital gegen die eigenen Interessen stellen?

Der Sprechende bittet das Parlament diesen Kompromiss ernst zu nehmen, über den eigenen Schatten zu springen, und dem LUKS keine neuen Hürden in den Weg zu legen.

Das LUKS macht einen Kompromissvorschlag, der nichts verhindert und alles offenlässt. Die Linke schwenkt ein, um ihr Gesicht bei einem möglichen Referendum nicht zu verlieren, da sie sonst als Verhinderin für die künftige Gesundheitsversorgung wahrgenommen werden könnten – gerade in Bezug auf die Verzögerung der weiteren Planungen.

Und zum Schluss, mit Analogie auf die kommende Fussball EM der Frauen: Lasst uns nicht ins Abseits laufen wegen ideologisch geprägter Ideen. Abseits ist Abseits. Aber so weit kommt es nicht, da das LUKS einen smarten Pass in den Strafraum geschlagen hat, den wir nun hier verwerten können. Die GLP-Fraktion freut sich für jedes Goal für uns Luzernerinnen und Luzerner. Manchmal reicht ein Unentschieden auch für den Finaleinzug.

Die GLP-Fraktion stimmt dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion zu.

Patrick Zibung: Bereits im Herbst sagte die SVP-Fraktion, dass sie mit der Aufhebung und dem Vorgehen einverstanden ist. Das Vorgehen sorgt für Planungssicherheit und das ist bei so einem bedeutenden Thema sehr wichtig. An dieser Haltung hat sich auch in der Zwischenzeit nichts geändert. Es gab viele Diskussionen, aber es kam nicht wirklich etwas Neues zu Tage. Für die SVP-Fraktion ist es daher auch ein ziemlich emotionsloses Thema. Sie fragt sich in diesem Zusammenhang, was das Ziel der Aufhebung des Bebauungsplans ist. Das Ziel ist es, dass man die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern wieder modern und zukunftsgerichtet gestaltet. Davon profitiert nicht nur die Stadt Luzern, sondern das Kantonsspital hat eine Strahlkraft über die Stadtgrenze hinaus in den ganzen Kanton. Das man nun kommt und sagt, da bestehe noch graue Energie und man könnte das Gebäude noch zwischen- oder umnutzen, obwohl die Punkte bereits mehrfach geprüft wurden, ist für die SVP-Fraktion unverständlich. Es wäre etwa dasselbe, wie wenn die SVP-Fraktion nun käme und sagen würde, wägen der Dossierungsanlage, welche beim Spitalparkhaus geplant ist, sei man mit dem ganzen nicht einverstanden und torpediere das weitere Vorgehen beim LUKS und verhindert es. Das ist für die SVP-Fraktion nicht nur unverständlich, es ist schlicht verantwortungslos, wenn man nun mit einem Referendum droht, welches zu langen Verzögerungen führt und vielleicht sogar chancenlos ist. Der Sprechende ist überzeugt, dass die Bevölkerung den Nutzen des Abrisses kennt und daher das eingeschlagene Vorgehen unterstützen würde.

Es geht auch nicht um ein Stadttheater, welches ein nice to have ist, sondern es geht um die Gesundheitsversorgung, also eine der zentralen Staatsaufgaben. Wenn man einmal im Kantonsspital war, weiss man, dass es einfach nicht mehr den aktuellen Ansprüchen entspricht. Die Infrastruktur ist am Ende ihres Lebens. Jeder der einmal im Kantonsspital war und einmal im St. Anna kennt die Vergleiche. Die SVP-Fraktion ist daher der Meinung, dass man hier vorwärtsmachen muss und nicht weitere Verzögerungen in Kauf nehmen sollte. Unter diesen Umständen ist die SVP-Fraktion auch nicht bereit, einem Kompromiss zuzustimmen – auch wenn dieser möglicherweise von den Verantwortlichen des LUKS mitgetragen wird. Die SVP-Fraktion hält an der ursprünglichen Fassung fest und unterstützt den entsprechenden Antrag nicht.

Yannick Gauch: Es geht nicht um Parteipolitik und es geht nicht um Erpressung. Die SP/JUSO-Fraktion ist heute hier, um Hand zu bieten für einen Kompromiss. Und das ist verantwortungsvolle Politik. Die Sturheit und der Stolz gewisser hier im Rat verzögert am Ende die Entwicklung des Luzerner Kantonspitals. Das ist unvernünftig und das ist verantwortungslos. Die SP/JUSO-Fraktion ist zu

80 Prozent entgegengekommen. Der Sprechende bittet die Ratsmitglieder noch einmal, über ihren Schatten zu springen und Verantwortung zu übernehmen. Auch im Interesse des Spitals.

Der Sprechende wiederholt den Wortlaut des **Antrages**:

«Art. 35 Abs. 2 ist wie folgt zu ändern:

² Nach Abschluss der Bebauung der Baubereiche 3a und 3b ist westlich davon innerhalb von 18 Monaten eine Parkanlage (Art. 16) zu realisieren. Zum Zeitpunkt der Baueingabe für den Baubereich 3a ist ebenfalls das Gesuch für den Rückbau des heutigen Spitalzentrums sowie für die neue Parkanlage einzureichen. In einem Bericht ist aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen eine terminlich befristete Nachnutzung des heutigen Spitalzentrums, oder Teile davon, machbar ist.»

Adrian Häfliger: Um der Debatte etwas Positives abzugewinnen kann man sagen, dass man für einmal einander zuhören muss. Beim Votum von Daniel Lütolf fing der Sprechende bereits an heftig mitzuschreiben, bevor sein Votum am Schluss geschickt eine dramaturgische Wendung nahm. Daraufhin strich der Sprechende, was er eigentlich sagen wollte. Ein weiterer positiver Aspekt ist, dass man neue Begriffe lernt. Von Mike Hauser lernte der Sprechende den Begriff «Behördenverbindlichkeit». Wie er den Begriff interpretiert, bedeutet das, dass man den dem, was die Behörden festlegen, vertrauen kann, unabhängig davon, welche Person im Amt ist. Yannick Gauch las nochmals die Anpassungen vor und wenn der Sprechende das nochmals genau liest, versteht er nicht, wie das zu einer Behördenunverbindlichkeit führen sollte. Wie der Sprechende den Antrag interpretiert, beinhaltet der Wortlaut überhaupt keine Möglichkeit, dass es letztlich darauf ankommt, wer im Stadtrat sitzt, wenn der Abriss beschlossen werden muss. In diesem Sinne gibt es keinen Grund, dem Antrag nicht einfach zuzustimmen.

Marco Müller: An der vom LUKS durchgeführten Infoveranstaltung für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier kam aus, dass eine Planungssicherheit für das LUKS am wichtigsten ist. Sie möchten einen raschen Entscheid. Nun hat das Parlament es in der Hand, diesen zu fällen. Es ist die Aufgabe in der Politik, mehrheitsfähige Lösungen zu finden. Wenn das LUKS mit einem Vorschlag kommt, bei dem sie sagen, es sei zwar nicht das, was sie ursprünglich wollten, aber es ist ein gangbarer Weg, welcher zum Ziel der Planungssicherheit führt, bedeutet das, dass das LUKS auch auf das Parlament zukommt. Zum Thema Erpressung: Im Raum stehen im Moment viele Maximalforderungen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates haben es in der Hand, den ausgestreckten Arm entgegenzunehmen, damit man weitermachen kann. Am meisten stört den Sprechenden an dieser Diskussion, dass immer die Gesundheitsversorgung in den Vordergrund gestellt wird – er nennt zwei Beispiele aus der Schweiz, bei denen es um dasselbe geht. 1. Beispiel Basel: Das Felix Platter Spital wurde in Wohnungen umgenutzt und die Wohnungen sind besonders bei älteren Menschen sehr beliebt, weil da eine sehr gute medizinische Versorgung stattfinden kann, was in Zukunft ein grosses Problem sein wird, und die Architektur eignete sich dafür. 2. Beispiel: In Visp läuft ein Projekt, bei dem man das ehemalige Spital in betreutes Wohnen umwandelt. Das sind intermediäre Betreuungsangebote, für die Gesundheitsversorgung. Die Idee dahinter ist, dass sich die Architektur eines Spitals genau für kleine betreute Wohneinheiten eignet. Wenn man sagt, dass einem die Gesundheitsversorgung wichtig ist, gibt es viele Möglichkeiten, die man prüfen kann. Das LUKS plant die Stärkung im ambulanten Bereich – das wäre eine wunderbare Ergänzung, welche dort hineinpassen würde. Es geht heute nicht darum, dass man sagt, was im Gebäude genau passieren soll, aber wenn einem die Gesundheitsversorgung so wichtig ist, gibt es Möglichkeiten, wie auch in diesem Gebäude dementsprechende Nutzungen stattfinden können, und das LUKS würde schneller Planungssicherheit erhalten. Der Sprechende ist überzeugt, dass so ein Thema bei der Bevölkerung mehrheitsfähig sein könnte.

Anna-Sophia Spieler: Die Vorredner der SP/JUSO-Fraktion und der GRÜNE/JG-Fraktion betonten mehrfach, wie wichtig ihnen die ökologische Nachhaltigkeit ist und sie daher den Abriss des Bettenturms nicht möchten. Die Argumentation ist für die Sprechende sehr fraglich. In der Stellungnahme des LUKS wurde klar aufgezeigt, dass der Abriss des Bettenturms und die Errichtung des Parks entscheidend dafür sind, dass das LUKS das Netto-Null-Ziel erreichen wird. Wenn man den Turm also nicht abreist, werden

sie das nicht erreichen können. Insofern mit ökologischer Nachhaltigkeit zu argumentieren, versteht die Sprechende nicht.

Zum Kompromissvorschlag: Luzi Meyer sagte es bereits sehr treffend: Der Bericht ist ein weiterer Papiertiger. Das LUKS machte eine ausführliche Testplanung, bei der die beste Lösung ausgesucht wurde. Insbesondere aus Sicht der Nachhaltigkeit. Ob es nachhaltig ist, einen Bericht zu erstellen, welcher keine neuen Erkenntnisse bringen wird, muss die Sprechende klar verneinen.

Ratspräsident Simon Roth wiederholt zur Sicherheit den **Antrag**:

«Art. 35 Abs. 2 ist wie folgt zu ändern:

² Nach Abschluss der Bebauung der Baubereiche 3a und 3b ist westlich davon innerhalb von 18 Monaten eine Parkanlage (Art. 16) zu realisieren. Zum Zeitpunkt der Baueingabe für den Baubereich 3a ist ebenfalls das Gesuch für den Rückbau des heutigen Spitalzentrums sowie für die neue Parkanlage einzureichen. In einem Bericht ist aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen eine terminlich befristete Nachnutzung des heutigen Spitalzentrums, oder Teile davon, machbar ist.»

Baudirektorin Korintha Bärtsch kann nur zu einem Teil Stellung nehmen. Der Baukommissionspräsident sagte, dass der Antrag in der Kommission nicht vorlag und somit konnte sich der Stadtrat auch nicht dazu vorbereiten. In der letzten Ratsdebatte lag der Antrag vor, dass man Absatz 2 komplett streicht. Der Stadtrat hätte sich diese Streichung vorstellen können – also, dass man nicht sagt, dass nach 18 Monaten eine Parkanlage vorliegen muss. Den zweiten Teil des Antrages konnte der Stadtrat nicht diskutieren und daher kann die Sprechende dazu keine Empfehlung aus dem Stadtrat abgeben.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag zu. Das konstruktive Referendum ist somit hinfällig.

Seite 26 f. 8 Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat weist mit 42:0:2 Stimmen die Einsprache E1 im Sinne der Erwägungen ab, soweit darauf einzutreten ist, hebt den Bebauungsplan B 139 Kantonsspital vom 15. Dezember 2011, revidiert am 30. Januar 2014 auf, und erlässt den Bebauungsplan B 145 Kantonsspital mit den dazugehörigen Vorschriften (Beilagen 1 und 2).

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 40 vom 25. September 2024 betreffend

Aufhebung Bebauungsplan B 139 Kantonsspital und Erlass

Bebauungsplan B 145 Kantonsspital

– **Mit Einsprachebehandlung,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 17 Abs. 1 lit. a und § 63 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes vom 7. März 1989 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 4 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. 1. Die Einsprache E1 wird im Sinne der Erwägungen abgewiesen, soweit darauf einzutreten ist.
 2. Der Bebauungsplan B 139 Kantonsspital vom 15. Dezember 2011, revidiert am 30. Januar 2014, wird aufgehoben.
 3. Der Bebauungsplan B 145 Kantonsspital mit den dazugehörigen Vorschriften (Beilagen 1 und 2) wird erlassen.
 4. Die Beschlüsse gemäss den Ziffern I.2 und I.3 treten mit der Genehmigung des Regierungsrates in Kraft.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

6 Bericht und Antrag 15 vom 16. April 2025: Neubau Fuss- und Veloweg Ruopigenmoos. Sonderkredit für die Bauausführung

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Vorlage wurde an der Sitzung der Baukommission vom 5. Juni 2025 behandelt. Der Handlungsbedarf war in der Baukommission unbestritten. Die direkteste Verbindung vom Bahnhof Littau zu den Sportanlagen im Ruopigenmoos und weiter ins Quartier Ruopigen führt heute über einen Landwirtschaftsweg und einen Trampelpfad über den Staldenbach. Das ist ein inoffizieller Weg. Er ist weder sicher noch komfortabel, und bei nassem Wetter ist er teilweise gar nicht nutzbar. Trotzdem wird er schon heute zu Fuss und teilweise mit dem Velo genutzt, was den Bedarf eindrücklich bestätigt.

Die projektierte Verbindung schliesst also eine wichtige Lücke im Velo- und Fusswegnetz der Stadt Luzern. Umstritten gewesen war hingegen die Variantenwahl. Eine Minderheit der Kommission kritisierte die Streckenführung und hätte eine alternative Wegführung bevorzugt. Eine Mehrheit der Kommission konnte die Begründung des Stadtrates für die gewählte Variante hingegen nachvollziehen und begrüsst es, dass bestehende Wege sinnvoll integriert und weiterentwickelt werden und somit Kulturland und Finanzen geschont werden.

Neben der Routenwahl hat auch die Sicherheit zu einigen Diskussionen geführt, und zwar sowohl das Sicherheitsgefühl und damit verbunden die Beleuchtung des Wegs als auch die Verkehrssicherheit, welche durch die zukünftige Mehrnutzung insbesondere bei der Zufahrt und beim Parkplatz des Fussballclubs Littau zum Thema wird. In der Detailberatung wird auf das Thema Sicherheit nochmals eingegangen.

Die Baukommission hat dem Sonderkredit von 1,8 Mio. Franken für den Neubau eines Fuss- und Velowegs im Ruopigenmoos einstimmig zugestimmt.

Daniel Lütolf: Auch die GLP-Fraktion dankt der Verwaltung für den vorliegenden Bericht und Antrag. Das Projekt ist wichtig und gut.

Der neue Weg schliesst eine wichtige Lücke im Fuss- und Velonetz, sorgt für mehr Sicherheit – gerade für Kinder und Jugendliche – und verbessert die Verbindung zwischen Littauerboden, Ruopigen und wichtigen Einrichtungen wie Schulen, Alterszentrum und Sportanlagen. Dabei wird auf bestehende Wege aufgebaut und der Boden geschont.

Das Projekt ist eine sinnvolle Investition in eine lebenswerte, vernetzte und klimafreundliche Stadt Luzern.

Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit von 1,8 Mio. Franken für den neuen Fuss- und Veloweg Ruopigenmoos zu.

Luzi Meyer: Die Mitte-Fraktion bedankt sich für die ausführliche Studie betreffend dem Neubau für den Fuss- und Veloweg vom Littauerboden zum Ruopigenmoos. Diese Verbindung ist wichtig und heute nicht

zeitgemäss ausgebaut. Aufschlussreich ist das Aufzeigen der verschiedenen Varianten für die Wegführung des zweiten Abschnitts. Diesbezüglich stellten sich für die Mitte-Fraktion Fragen und sie kann die Wahl der Variante im Bericht und Antrag nicht nachvollziehen. Mitte-Fraktion stellt daher den **Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung.**

Es geht darum, die einfachste, friktionsärmste und am wenigsten invasive Wegführung zu wählen. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Wegführung bedingt ebenfalls eine Erstellung eines neuen Bachübergangs. Es müssen aber Stützmauern, sowie Abgrabungen und Aufschüttungen erstellt werden, um den Weg um den Sportplatz zu führen. Hierbei erfolgt die Wegführung in einer 90° Kurve, welche sehr unübersichtlich ausfallen wird. Dies war auch in der Baukommission ein Thema. Der Weg mündet in den Raum des Autoparkplatzes, was ebenfalls nicht optimal ist. Begründet wird diese Wegführung, weil die Variante «Acker» aufgrund von wasserbaurechtlichen Themen mit dem Kanton kritisch betrachtet wird. Die Abklärung diesbezüglich wurden seitens Stadt mit dem Kanton aber nicht besprochen. Elena Wiss hat beruflich Erfahrung mit dieser Thematik und mit dem Kanton Luzern und sieht diese Problematik nicht. Das führt die Mitte-Fraktion zur genannten Forderung der Zurückweisung zur Überarbeitung, um diese Wegführung nochmals zu hinterfragen. Mit der Variante «Acker» könnten folgende Punkte behoben werden:

- Geringe Steigung, vorhandener Weg
- Bekannter und logischer Weg für Ortsansässige
- Keine Friktion mit Autoparkplatz
- Keine Böschung nach unten und kein Eingraben in den Hang, d.h. keine invasiven Erdverschiebungen
- Keine unübersichtliche 90°-Kurve für Velofahrende und Fussgänger*innen

Daniel Gähwiler: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich für den vorliegenden Bericht und Antrag. Seit mehr als 20 Jahren ist die Verbindung des Littauerbodens mit dem Gebiet Ruopigen schon als Projekt vorliegend. Dass die Umsetzung notwendig ist und dass die gewählte Route die richtige ist, ist sehr offensichtlich, begutachtet man die durchgetretenen Trampelpfade zwischen Bahnhof und Sportanlage. Man könnte sagen, die Verbindung sei bereits Teil des halt informellen Verkehrsnetzwerkes geworden. Es fehlt noch der formelle Ausbau. Damit dieser formelle Ausbau gelingt, muss die Route stimmen, die Anbindung ans übergeordnete, bzw. umliegende Verkehrsnetz gewährleistet, und die Sicherheit der Nutzer*innen gewährleistet sein. Zur Route hat sich der Sprechende bereits geäussert. Die Spuren im Matsch der Feldwege zeigen, dass das der richtige Weg ist. Jede andere Routenwahl würde dazu führen, dass der bisherige Trampelpfad weiterhin erste Wahl wäre – halt als Trampelpfad. Die SP/JUSO-Fraktion hat bezüglich anderer Routenwahl zudem grosse Fragezeichen, was die Bewilligungsfähigkeit, die Akzeptanz der Nutzer*innen, den Landverbrauch, die Umsetzungsdauer und die Kosten anbelangt. Eine Rückweisung zur Bearbeitung einer neuen Routenvariante unterstützt die SP/JUSO-Fraktion daher nicht. Anbindung und Verkehrssicherheit: Hier braucht es eine Feinjustierung, wie sie die Baukommission mit den überwiesenen Protokollbemerkungen machte. Auch dort, wo der Stadtrat opponiert. Doch das Projekt überzeugt als Ganzes. Die SP/JUSO-Fraktion tritt daher auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit zu.

Christian Hochstrasser wagt es zu behaupten, dass er in diesem Saal einer der wenigen ist, der mit einem Velo auf dieser Strecke schon einmal unterwegs war, zugegeben auf der sogenannten Variante «Acker». Der erwähnte Trampelpfad wird heute definitiv nicht intensiv genutzt, man muss ihn teilweise wirklich suchen. Es ist aber definitiv eine fehlende Verbindung zwischen den zwei Quartieren Littau Bahnhof, Littau Boden und Ruopigen. Von daher besteht Bedarf, allerdings muss man festhalten, dass es um die Schliessung einer Lücke auf dem Nebennetz der Velorouten geht. Wichtig ist auch, sich bewusst zu sein, dass ein Bedürfnis besteht (nicht nur das des Sprechenden), von Littau Bahnhof, Littau Boden mit dem Velo nach Reussbühl zu fahren. Dort bleibt weiterhin die Hauptstrasse die vernünftige Route, welche für nicht geübte Velofahrerinnen und Velofahrer aber durchaus unangenehm sein kann. Mit der vorgeschlagenen neuen Route im Bericht und Antrag gelangt man zu den Sportplätzen und ins Quartier Ruopigen. Mit dem Velo (zumindest wenn es nicht motorisiert ist) nutzt man diese Strecke über den Hügel aber nicht, um nach Reussbühl zu gelangen.

Bei der Frage der Asphaltierung des Abschnitts 2 (Ruopigenmoos) «auf dem freien Feld» ist die GRÜNE/JG-Fraktion der Meinung, dass im Zusammenhang mit der Entsiegelungsdebatte auf eine

vollständige Asphaltierung verzichtet werden könnte. Es geht um eine Nebenroute ausserhalb der Bebauungsgebiete, also Überland, dies auch, wenn man sieht, dass es auch nationale Velorouten mit streckenweisem Kiesbelag gibt – z. B die Veloroute der Reuss entlang. Die GRÜNE/JG-Fraktion ist von diesem Projekt überzeugt. Sie hat sich auch intensiv mit der Variantenwahl der neuen Verbindung auseinandergesetzt. Intuitiv scheint die Variante «Acker», welche heute als Trampelpfad ab und zu genutzt wird, logisch. Die vorgeschlagene Variante rund um den Sandplatz überzeugt aber, da sie zeitnah und mit überschaubarem Aufwand umgesetzt werden kann, weil die Eigentumsrechte geklärt sind und rechtliche Unwägbarkeiten abgeklärt sind. Und wenn man über enge Kurven, Zielkonflikte beim Parkplatz und anderes im Detail noch sprechen wird, muss man sich trotzdem nochmals bewusst sein, dass man hier nicht von einem neuen Freigleis oder dem Xylophonweg spricht. Wie viele Leute die Verbindung in Zukunft nutzen werden, kann man nicht sagen, aber es ist und bleibt eine Nebenroute. Eine wichtige Nebenroute, und so sollte man diesem Thema begegnen. Aus Sicht der GRÜNE/JG-Fraktion ist eine Rückweisung mit einer nochmaligen Prüfung von Varianten, gewässerbaulichen Fragen und Eigentumssituation nicht verhältnismässig. Die Verantwortlichen konnten überzeugend erklären, warum die Projektierung so wie im Bericht und Antrag vorgeschlagen wurde. Man möchte die Lücke schliessen. Mit dieser Vorlage darf man vorwärtsmachen. Die GRÜNE/JF-Fraktion tritt ein und stimmt dem Kredit zu.

Anna-Sophia Spieler: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den gut nachvollziehbaren Bericht und Antrag. Mit dem vorliegenden Projekt wird eine wichtige Lücke im bestehenden Fuss- und Velonetz geschlossen. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass der bestehende Weg sinnvoll integriert und weiterentwickelt wird. Damit wird nicht nur Kultur geschont, sondern auch der finanzielle und ökologische Aufwand im Rahmen gehalten. Gleichzeitig wird auf die tatsächlichen Bewegungsmuster der Bevölkerung Rücksicht genommen – was die FDP-Fraktion als sinnvoll erachtet. Der neue Weg schafft eine direkte Verbindung zwischen dem Littauerboden, den Sportanlagen Ruopigenmoos und dem Quartier Ruopigen für Velofahrende und Zufussgehende jeden Alters. Der Stadtrat prüfte verschiedene Varianten in Bezug auf die Linienführung und legte verständlich dar, warum die ausgewählte Variante «Fussballfeld» zu bevorzugen ist. Im Gegensatz zur ausgewählten Variante würde die Variante «Acker» eine zusätzliche Brücke über den Staldenbach fordern, und damit einen baulichen Eingriff in ein Gewässer nach sich ziehen. Solche Eingriffe sind mit der Gewässerschutzverordnung nur für Standortgebundene und im öffentlichen Interesse liegende Anlagen zulässig. Da bereits heute zwei Querungen über den Staldenbach bestehen, fehlt es an der erforderlichen Standortgebundenheit, was eine Bewilligung juristisch gesehen erheblich erschwert. Neben der rechtlichen Problematik spricht auch die Projektlogik gegen die Variante «Acker». Sie würde zusätzliche Kosten verursachen, mehr Kulturland beanspruchen und ist auf in Bezug auf die Linienführung und subjektivem Sicherheitsgefühl weniger überzeugend als die empfohlene Variante «Fussballfeld». Die FDP-Fraktion unterstützt daher die ausgewählte Variante «Fussballfeld».

Weiter möchte die FDP-Fraktion auf Grund von Sicherheitsaspekten auf eine Beleuchtung zwischen dem Bodenhof bis und mit Bachdurchlass bestehen. Der Stadtrat führt diesbezüglich aus, dass im Rahmen der weiteren Projektierung geprüft werde, inwiefern eine adaptive Beleuchtung auf der Strecke umgesetzt werden kann. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass eine Beleuchtung auf dem genannten Abschnitt gerade, aber nicht nur für die Sicherheit von Frauen wichtig ist. Die FDP-Fraktion möchte diesem Anliegen mittels Protokollbemerkung in der Detailberatung nochmals Ausdruck verleihen. Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird dem Sonderkredit von 1,8 Mio. Franken zustimmen.

Patrick Zibung: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich für den vorliegenden Bericht und Antrag und sieht die Bedürfnisse, welche dort bestehen – auch wenn das, wie gesagt, nie eine Velo-Hauptroute sein wird. Es ist wichtig, dass diese Lücke geschlossen wird. Gerade für die Jungen, welche zu den Sportplätzen fahren. Das Gebiet wird sich in den nächsten Jahren auch weiterentwickeln, und so wird vielleicht auch ein verstärktes Bedürfnis aufkommen.

Betreffend Wegführung kam eine Diskussion auf. Die SVP-Fraktion sieht das wie die meisten der Vorrednerinnen und Vorredner und kann die Variantenwahl nachvollziehen. Es wurden bereits viele Vorabklärungen gemacht, es sind Zugeständnisse da und die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man

hier zügig vorwärtsmachen soll. Aus diesen Gründen soll die genannte Variante gewählt werden. Die FDP-Fraktion kündigte eine Protokollbemerkung an – die SVP-Fraktion wird diese ablehnen, weil es auf diesem Abschnitt zwischen den Sportplätzen und der Beleuchtung der Strasse weiter unten ausreichend beleuchtet ist und man den Weg ohne Bedenken nutzen kann.

Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt ihm zu.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann dankt für die grundsätzlich positiven Rückmeldungen, aber auch für das kritische Votum bzgl. Routenführung.

Die neue Fuss- und Veloverbindung Ruopigenmoos schliesst eine schon länger bestehende Lücke im Wegnetz und soll das Quartier Littauerboden besser mit dem Quartier Ruopigen verbinden. Die Veloverbindung ist schon 2004 in den Verkehrsrichtplan der Gemeinde Littau aufgenommen worden und zielt vor allem darauf ab, die Ziele der Sportanlage mit dem Tennis- und Fussballclub Littau sowie der Kantonsschule besser für den Velo- und Fussverkehr vom Littauerboden her zu erschliessen. Auch ist die Veloverbindung Teil des Routennetz 2033, des von der Bevölkerung im Rahmen des Gegenvorschlags zur Velonetz-Initiative beschlossen wurde.

Bei der Variantenwahl der Route wurden die Kriterien einer direkten Erschliessung, der bestehenden Bachdurchlässe, des Landverbrauchs, der Kosten und der Synergien berücksichtigt. Die gewählte Bestvariante orientiert sich weitgehend am heutigen Verhalten der Zufussgehenden und gewährleistet zudem eine direkte Verbindung für den Fuss- und den Veloverkehr, insbesondere eine direkte Verbindung zum FC Littau. Der neue Weg baut auf der vorhandenen Infrastruktur auf und schont durch das auch Ressourcen. So wird unter anderem der bestehende Landwirtschaftsweg zwischen Bodenhof und den Sportanlagen genutzt und nur wenig zusätzliches Kulturland beansprucht.

Ein wesentlicher Aspekt ist dabei auch der erwähnte Bachdurchlass. Fliessgewässer dürfen gemäss dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer grundsätzlich nicht überdeckt oder eingedolt werden. Für Verkehrsübergänge gibt es aber eine Ausnahme, welche man in diesem Fall beantragen und voraussichtlich auch erhalten würde. Neuanlagen für Bachübergänge werden aber nicht durch die Bewilligungsbehörden freigegeben, wenn machbare Varianten über bestehende Bachquerungen zur Auswahl stehen. Diese Möglichkeit besteht bei der vorliegenden Variante. Der Stadtrat klärte das ab und rechnet nicht damit, dass ein anderer neuer Übergang genehmigt würde. Dies bedeutet, dass die Behörden nur dann eine Neuanlage bewilligen, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt. Wenn jemand sagt, er oder sie habe andere fachliche Erkenntnisse oder Erfahrungen, dann decken diese sich nicht mit denen der Fachleute in der Stadtverwaltung.

Auch der Landerwerb bzw. die Dienstbarkeiten sind ein Thema. Bei der Bestvariante sind drei Grundeigentümerschaften betroffen, bei denen die Zeichen positiv stehen, entsprechende Dienstbarkeiten eintragen zu können.

Bei der alternativen Variante wäre ein anderer Grundeigentümer betroffen, von dem viel Land erworben werden müsste, und man müsste in Verhandlungen gehen. Ob das erfolgreich enden würde, kann heute nicht gesagt werden. Ein alternativer Weg würde zu einem ganz neuen Projekt führen, in dem ein neuer Bachdurchlass genehmigt und neue Verhandlungen mit einem Grundeigentümer aufgenommen werden müssten. Das führt zu erheblichen Risiken und Zeitverlust. Der Stadtrat ist überzeugt, dass man mit der Bestvariante die richtige Lösung gefunden hat und möchte nun zügig in die Umsetzung gehen.

Mit dem neuen Fuss- und Veloweg schafft man im Littauerboden eine sichere und gut ausgebaute Verbindung für alle, und fördert so den Veloverkehr.

Der Sprechende dankt, wenn der Grosse Stadtrat auf den Bericht und Antrag eintritt und dem Sonderkredit zustimmt.

Der Grosse Stadtrat tritt entgegen dem Antrag der Mitte-Fraktion auf den Bericht und Antrag 15 vom 16. April 2025: «Neubau Fuss- und Veloweg Ruopigenmoos. Sonderkredit für die Bauausführung» ein.

DETAIL

Seite 13 f. 5.1.2 Abschnitt 2: Ruopigenmoos

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Baukommission hat mit 8:3:0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung 1** überwiesen:

«Der Stadtrat macht ein Monitoring der Auswirkungen des Fuss- und Radwegs Ruopigenmoos auf die Situation entlang des Spielfelds des FC Littau. Sollten sich übermässig Nutzungskonflikte und Verkehrsgefährdungen ergeben, wird eine Verlegung der Route entlang des äusseren Rands des Parkplatzes geprüft.»

Der Stadtrat opponiert gemäss StB 437 der Protokollbemerkung 1.

Daniel Gähwiler: Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung und hat auch eine Argumentation in seiner Antwort hinzugefügt, warum er das macht. Diese Antwort ist schlüssig, aber nicht vollständig. Es gibt aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion zwei mögliche Nutzungskonflikte. Einerseits mit den Benutzerinnen und Benutzer des Parkplatzes und andererseits auch mit den Zufussgehenden. Der jetzige Weg schneidet einerseits mögliche Fusswege und andererseits führt er sehr nahe am Parkplatz vorbei. Die Ausführungen, welche der Stadtrat zur Lösung des Konfliktes mit dem Parkplatz machte, sind schlüssig und der Sprechende freut sich, dass diese Überlegungen so gemacht werden konnten, trotzdem findet er die Protokollbemerkung nach wie vor sinnvoll, auch hinsichtlich des zweiten möglichen Nutzungskonfliktes. Damit auch klar wäre, dass es eine Alternative gäbe, würden sich diese Nutzungskonflikte als übermässig herausstellen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung 1

«Der Stadtrat macht ein Monitoring der Auswirkungen des Fuss- und Radwegs Ruopigenmoos auf die Situation entlang des Spielfelds des FC Littau. Sollten sich übermässig Nutzungskonflikte und Verkehrsgefährdungen ergeben, wird eine Verlegung der Route entlang des äusseren Rands des Parkplatzes geprüft.»

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Baukommission hat mit 11:0:0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung 2** überwiesen:

«Es wird überprüft, ob auf eine vollständige Asphaltierung auf dem freien Feld verzichtet werden kann.»

Der Stadtrat opponiert gemäss StB 437 der Protokollbemerkung 2 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen. **Die Protokollbemerkung 2 ist somit überweisen.**

Anna-Sophia Spieler kündigte es im Eintreten bereits an. Die FDP-Fraktion stellt hier folgende **Protokollbemerkung:**

«Es wird sichergestellt, dass auf dem freien Feld eine smarte Beleuchtung installiert wird.»

Im Eintreten erwähnte die Sprechende bereits kurz, warum die Protokollbemerkung gestellt wird. Es geht vor allem um Sicherheitsaspekte. Wie es Christian Hochstrasser bereits ausführte, handelt es sich um einen nicht allzu befahrenen Weg und es ist bekannt, dass Frauen meistens auf sehr öffentlichen Stellen nicht angegriffen werden, sondern dort, wo es dunkel ist und nicht so viele Leute sind. Aus diesem Grund möchte die FDP-Fraktion zumindest in Bezug auf die Beleuchtung eine Abhilfe verschaffen.

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Protokollbemerkung wurde mit 3:8:0 Stimmen abgelehnt.

Christian Hochstrasser: Die Protokollbemerkung löste in der Fraktion intensive Diskussionen aus. Der Sprechende beleuchtet kurz die Überlegungen der GRÜNE/JG-Fraktion: Wenn der Weg zu Zeiten, wo es dunkel ist, nicht benutzt wird, weil es aus Sicherheitsgründen nicht als zumutbar betrachtet wird, ist es ein Problem und nicht ideal für die Förderung der Verbindung, welche man bewusst sicherstellen möchte. Es ist aber so, dass es auf der einen und anderen Seite Lichtquellen hat und es eine gerade Verbindung ist, welche im Bereich von 150 Metern Länge nicht beleuchtet ist. Ein Teil der Fraktion ist der Meinung, dass eine smarte Beleuchtung sichergestellt werden muss. Der andere Teil der Fraktion ist der Meinung, dass es, gerade weil es eine Überlandstrecke ist, im Kanton viele Velorouten nicht beleuchtet sind, weil auch Lichtverschmutzung ein Thema ist und Eingriffe in der Landschaft auch ein kritischer Punkt ist, es keine Beleuchtung braucht. Ist es wirklich verhältnismässig, dort zwischen diesen Ackern eine Beleuchtung zu installieren? Die GRÜNE/JG-Fraktion tat sich schwer – Fazit: Alle werden unterschiedlich abstimmen. Ein Teil unterstützt die Protokollbemerkung und ein Teil lehnt sie ab.

Der Grosse Stadtrat überweist mit 26:18:0 die Protokollbemerkung

«Es wird sichergestellt, dass auf dem freien Feld eine smarte Beleuchtung installiert wird.»

Seite 14 f. 5.1.3 Abschnitt 3: Ruopigenring

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Baukommission hat mit 7:3:1 Stimmen folgende **Protokollbemerkung 3** überwiesen:

«Bis zur Realisierung des Sanierungsprojekts Ruopigenring werden auf der Zufahrtsstrasse vom Ruopigenring zum Ruopigenmoos temporäre Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ergriffen. Dabei sollen Temporeduktionen, bauliche Massnahmen wie Bodenschwellen, Signalisationen, Verkehrsspiegel und Markierungen – beispielsweise «Velosäcke» für das sicherere Einfädeln vor der Einfahrt in den Ruopigenring – geprüft werden.»

Der Stadtrat opponiert gemäss StB 437 der Protokollbemerkung 3 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen. **Die Protokollbemerkung 3 ist somit überweisen.**

Seite 18 f. 9 Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 44:0:0 Stimmen für das Strassenprojekt «Neubau Fuss- und Veloweg Ruopigenmoos» einen Sonderkredit von 1,8 Mio. Franken.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 15 vom 16. April 2025 betreffend

Neubau Fuss- und Veloweg Ruopigenmoos

– **Sonderkredite für die Bauausführung,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für das Strassenprojekt «Neubau Fuss- und Veloweg Ruopigenmoos» wird ein Sonderkredit von 1,8 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

7 Bericht und Antrag 18 vom 16. April 2025:

Vorzone Allmend: Entsiegelung und Aufwertung. Sonderkredit für die Ausführung

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Auch dieser Bericht und Antrag wurde an der Sitzung der Baukommission vom 5. Juni 2025 besprochen.

Die grossflächige Vorzone vor der Swissporarena und den Messehallen der Luzerner Allmend lädt nicht zum Verweilen ein. Viel Asphalt, wenig Schatten, wenig Aufenthaltsqualität und Bäume, welche ums Überleben kämpfen. Weil der Kanton eine neue Fernbus-Haltestelle bauen will, bietet sich die Chance, bauliche Synergien zu nutzen. Es sollen jetzt sowieso notwendige Kompensationen mit einem ganzheitlichen Aufwertungsprojekt umgesetzt werden. Einem Aufwertungsprojekt, welches den veränderten stadtklimatischen Bedingungen entspricht.

Durch die geplante Teilentsiegelung und die Aufwertungsmassnahmen wird die Vorzone der Allmend auch an heissen Sommertagen nutzbar. Menschen, Tier- und Pflanzenarten bekommen einen attraktiveren Lebensraum. Protokollbemerkungen wurden in der Kommission keine überwiesen, viele fachliche Fragen zum Vorhaben konnten aber geklärt werden.

Die Baukommission empfiehlt grossmehrheitlich die Zustimmung zum beantragten Sonderkredit von 3,2 Mio. Franken für die geplante Entsiegelung und Aufwertung der Vorzone Allmend.

Yannick Gauch: Die SP/JUSO-Fraktion dankt für den gut geschriebenen und verständlichen Bericht und Antrag. Die heutige Vorzone Allmend ist betreffend Versiegelung und der Prinzipien der Schwammstadt alles andere als ein Vorzeigeprojekt. Im Gegenteil. Die Flächen, über die gesprochen werden, gelten schon länger als Negativbeispiel, wie man heute unter der zunehmend spürbaren Auswirkungen der Klimakrise eben gerade nicht bauen sollte. Wer im Sommer vor der Messe durchläuft, vielleicht vom nahegelegenen Wald kommt, merkt die Emissionen der Hitzeinsel sehr deutlich. Unmengen an Asphalt und grosse Glasflächen an den Gebäuden erwärmen die Vorzone massiv – wie im vorliegenden Bericht deutlich wird. Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass solche Hitzesünden behoben werden müssen, um eine lebenswerte Stadt für alle Generationen zu gewährleisten – und das ganzjährig. Gleichzeitig geht mit dem vorliegenden Projekt eine Attraktivierung des öffentlichen Raums einher, welches das Gebiet Allmend als Ganzes aufwerten. Davon profitiert die ganze Bevölkerung, und ganz besonders die Quartieranwohnenden. Die beantragten Investitionen von 3,2 Mio. Franken sind mehr als berechtigt. Sie sind in einem der grössten Entsiegelungsprojekten der Schweiz sinnvoll und nachhaltig investiert. Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den vorliegenden Bericht und Antrag ein und stimmt ihm zu.

Daniel Lütolf: Auch die GLP-Fraktion dankt für den vorliegenden Bericht und Antrag, welchen sie durchs Band gutheissen können. Die Vorzone vor der Swissporarena und den Messehallen ist heute ein versiegelter Hitzepol mit geringer Aufenthaltsqualität. Asphalt dominiert – Bäume kämpfen ums Überleben, Menschen meiden den Ort ausserhalb von Events. Für die GLP-Fraktion ist klar: So sieht ein zukunftsfähiger Stadtraum nicht aus.

Jetzt bietet sich die Chance zur Wende. Mit dem Bau der neuen Fernbus-Haltestelle durch den Kanton Luzern entsteht ein sinnvolles Mobilitätsangebot – und gleichzeitig der perfekte Moment, die gesamte Fläche ökologisch und städtebaulich aufzuwerten. Dank guter Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton können Synergien genutzt und Kompensationen clever verbunden werden.

Was wird konkret besser?

- 5'500 m² werden entsiegelt – das ist eines der grössten Entsiegelungsprojekte der Schweiz!
- Neue Bäume und Grünflächen verbessern das Mikroklima, spenden Schatten und schaffen Lebensraum für Tiere.
- Die Aufenthaltsqualität steigt deutlich: Die Allmend wird zum einladenden Ort für Sport, Freizeit und Begegnung – auch ausserhalb von Veranstaltungen.
- Der Kanton zahlt 850'000 Franken an die Stadt, um unvermeidbare Eingriffe zu kompensieren. Ein guter Deal.

Für die GLP-Fraktion ist klar: Das Projekt bringt Luzern klimatisch, ökologisch und gesellschaftlich vorwärts. Es stärkt die Lebensqualität, nutzt Steuergelder effizient und macht die Allmend fit für die Zukunft. Ein lebendiger, grüner Raum statt grauer Hitzeinsel – genau das braucht Luzern.

Die GLP-Fraktion tritt gerne auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit von 3,2 Mio. Franken zu.

Judit Aregger: Der Bericht und Antrag zur Entsiegelung der Vorzone Allmend ist nicht der erste und wird auch noch lange nicht der letzte sein zu Entsiegelungsmassnahmen. Die Stadt wird langsam etwas grüner, man sieht es im Stadtbild. Ein aktuelles Beispiel ist die Winkelriedstrasse, welche in der Testphase ist. Das ist alles schön und gut, nur darf es nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Versiegelung in einem rasanten Tempo zunimmt. Das heisst, der Versiegelungsgrad nimmt in einem solchen Masse zu, dass die Entsiegelung eigentlich nur ein Tropfen auf den sprichwörtlich heissen Stein ist. Nichtsdestotrotz oder umso mehr ist es wichtig, dass man überall dort, wo es möglich ist, den Boden entsiegelt und der Natur mehr Raum gibt. Bei der Entsiegelung der Allmend hat man nun die Möglichkeit, nicht nur einen Tropfen, sondern vielleicht eine ganze Spritzkanne auf den heissen Stein zu giessen, weil es wirklich ein grosses Projekt ist.

Die Vorzone der Allmend ist eine Tristesse. Sie besteht mehr oder weniger aus einer sehr grossen Fläche Asphalt. Es hat kaum Schatten. Ein paar kümmerliche Bäume kämpfen ums Überleben, weil es zu heiss ist. Dieser Platz war bis jetzt nur ein Ort, wo man zu Sportanlässen, zur Messe oder auf die S-Bahn ging. Es wäre der Sprechenden noch nie in den Sinn gekommen, sich dort länger als nötig aufzuhalten, weil es eben ein rein funktionaler Platz ist. Mit der vorgeschlagenen Entsiegelung tut sich eine völlig neue Perspektive auf. Nämlich, dass dies auch für die Bevölkerung ein Platz sein könnte, um sich dort aufzuhalten, zu treffen oder einmal sein Mittagessen einzunehmen.

Durch eine Entsiegelung entsteht mehr Natur und durch das eine bessere Lebensqualität für die Menschen. Die Vorzone der Allmend ist ziemlich leblos und im Sommer sehr heiss. Es ist darum wichtig, etwas gegen diese Hitzeinsel zu tun, indem grosse Teile des Asphalts durch wasserdurchlässige Materialien ersetzt werden. Dass schwache Bäume ersetzt und zusätzlich noch neue gepflanzt werden und dass die Baumgruben vergrössert werden, ist dringend nötig. Sie braucht es als Schattenspender. Sie brauchen aber gute Bedingungen zum Wachsen.

Das Gebiet im Grossraum Allmend wird zunehmend verdichtet. Die Bautätigkeit ist hoch. Zum Glück gibt es auf der einen Seite der Horwerstrasse noch das Eichwäldli und den ehemaligen Militärübungsplatz beim AAL, welcher heute sehr schön und naturnah gestaltet ist, und auf der anderen Seite, beim ehemaligen Schiessplatz, das Naturschutzgebiet Allmend mit dem angrenzenden Bireggwald. In diesen Gebieten halten sich sehr viele Menschen auf. Das sind Familien, Schulklassen, Hündeler*innen, Freizeitsportler*innen oder einfach Leute, welche in der Natur spazieren wollen.

Die Vorzone der Allmend liegt zwischen diesen beiden Naherholungsgebieten, wird aber kaum genutzt, ausser wenn Anlässe stattfinden. Die Vorstellung, dass dieser wirklich grosse Platz durch eine Entsiegelung für die Bevölkerung nutzbar gemacht wird, macht Freude.

Die GRÜNE/JG-Fraktion erachtet die vorgeschlagenen Massnahmen und das Vorgehen zielführend und gewinnbringend. Die Fraktion kann sich naturgemäss mit diesem Projekt gut identifizieren, liegt der Ursprung doch auch in der Stadtklima-Initiative der GRÜNE/JG-Fraktion.

Als Stadt Luzern kann man stolz darauf sein, dass die Vorzone Allmend zu den grössten Entsiegelungsprojekten der Schweiz gehört. Es kann als Vorbild für andere Städte dienen. Die GRÜNE/JG-Fraktion wird dem Sonderkredit von 3,2 Mio. Franken zustimmen und tritt auf den Bericht und Antrag ein.

Chantal Brauchli: Wer gestern durch Luzern gelaufen ist, hat es gespürt: Es war brütend heiss. Der Asphalt hat geglüht, der Schatten war rar. Genau in solchen Momenten wird allen bewusst, wie entscheidend die Freiräume sind. Wie wichtig sie für das Wohlbefinden sind.

Was heute noch eine riesige, glühend heisse Asphaltfläche vor der Allmend ist, soll in den nächsten Jahren zu einem Ort werden, der kühler, grüner und lebenswerter ist. Genau das braucht die Stadt Luzern – besonders an Tagen wie gestern.

Was besonders überzeugt, ist die kluge Koordination mit anderen Projekten. Der Fernbusterminal des Kantons, die Belagssanierungen des Strasseninspektorats – alles ist aufeinander abgestimmt. So entstehen echte Synergien.

Auch die Kosten sind vertretbar. Die 3,2 Millionen Franken stehen im Verhältnis zum Umfang und Nutzen des Projekts. Mit dem Kantonsbeitrag von Fr. 850'000.– ist die Finanzierung zudem partnerschaftlich abgestützt.

Und was besonders wichtig ist: Die Fläche bleibt trotzdem flexibel nutzbar. Die geplante Begrünung bedeutet eben nicht weniger Nutzung – sie bedeutet mehr Qualität. Es ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch: Raum für Veranstaltungen wie Messen oder FCL-Spiele bleibt bestehen – und gleichzeitig entsteht mehr Raum zum Durchatmen, zum Verweilen, zum Leben.

Die Aufwertung der Vorzone Allmend steht sinnbildlich für eine Stadt Luzern, die Verantwortung übernimmt – für ihre Räume, für ihr Klima und für ihre Bevölkerung. Sie verbindet Ökologie mit Alltagstauglichkeit, Klimaschutz mit Freiheit.

Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, stimmt dem Sonderkredit zu und dankt dem Stadtrat für die vorausschauende, lösungsorientierte Planung.

Luzi Meyer: Es freut die Mitte-Fraktion, dass mit der Entsiegelung von Flächen in der Allmend das fast schon vergessene Postulat 63 vom Februar 2021 stückweise zur Anwendung kommt. Die Mitte-Fraktion forderte darin das Erstellen von versickerungsfähigen und begrüneten Parkplätzen. Die Massnahmen des vorliegenden Berichts und Antrags würden umgerechnet einer Entsiegelung von rund 370 Parkplätzen entsprechen. Deshalb bedankt sich die Mitte-Fraktion für die Erarbeitung des Berichts und Antrags und tritt auf diesen ein. Das Projekt überzeugt, da es unterschiedliche Nutzungen zu vereinen vermag und insgesamt die Aufenthaltsqualität der Allmend, welche genau diesem Zweck dient, optimiert.

Die Mitte-Fraktion stellte Fragen, welche sich aus Neugier am Projekt und der Vorgehensweise der Stadt ergaben. Diese Fragen wurden sehr kompetent und detailliert beantwortet. Gesagt wurde, dass bereits eine Chaussierung aufgrund des Albedo-Effekts, der Versickerungsfähigkeit und der Möglichkeit zur Abkühlung der Umgebung, positive Effekte hat. Es handelt sich hier also nicht um die bekannten und gefürchteten Steingärten.

Weiter wurde erklärt, dass die Bäume, welche neu gesetzt werden, nicht nur klimaresilient und robust gegenüber Hitze und Trockenheit, unterhaltsarm und pflegeleicht sein werden, sondern dass auch – und das war die gestellte Frage – der Faktor Biodiversität und biologische Verschränkung mit dem Biodiversitätsindex SWILD berücksichtigt wurde und für die städtischen Projekte grundsätzlich zur Anwendung gelangt.

Patrick Zibung: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich für den Bericht und Antrag und beschreibt das Projekt mit einem Wort: Luxusprojekt. Es ist ein Nice to have. Auch die SVP-Fraktion sieht die positiven Aspekte, aber kommt trotzdem zum Schluss, dass niemand dort das Bedürfnis hat, sich auf dem Vorplatz der Allmend aufzuhalten. Es gibt in der Nähe den Bireggwald, das Eichwäldli oder den Naturpark beim alten Schiessstand. Das sind doch alles viel bessere und angenehmere Orte, um sich aufzuhalten – wenn man dort in der Nähe ist oder dort wohnt. Obwohl dort Wohnen ja nicht wirklich ein Thema ist. Im Bericht und Antrag wird geschrieben, dass mit einer Entsiegelung der Wohnkomfort besser werde. Wenn man aber auf Google-Maps schaut, gibt es im Umkreis von 400 Metern es bis auf die beiden Hochhäuser praktisch keinen Wohnraum. Der Sprechende sieht nicht, wo die Wärmeabstrahlung den

Wohnkomfort einschränken sollte. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass da, wo es eine Senkung gibt, also im näheren Umkreis des Stadions, eine Sanierung des Belags sicher angezeigt und nötig ist. Das ist aber ein sehr kleiner Bereich und die Fraktion ist der Meinung, dass man nach zehn Jahren nicht bereits wieder den ganzen Platz aufreissen soll. Heute Morgen wurde bereits im Zusammenhang mit dem Kantonsspital über graue Energie gesprochen. Und hier schaut man einfach darüber hinweg und sagt, der Asphalt hat zwar 30-40 Jahre Lebensdauer, aber man macht es nun trotzdem bereits nach zehn Jahren.

Es ist korrekt – die Bäume wachsen dort nicht gut. Dass es Verbesserungen durchaus brauchen könnte, sieht die SVP-Fraktion auch. Es ist auch heiss, wenn man durchläuft. Aber wie gesagt: man läuft durch und hält sich dort nicht freiwillig stundenlang auf. Die SVP-Fraktion sieht auch die Vorteile, die so ein Projekt mit sich bringen kann, aber die Fraktion fragte sich, ob man bereit ist, dafür 3 Mio. Franken auszugeben und kommt zum Schluss: Nein, das ist ein Luxus, welchen man sich nicht gönnen muss. Man soll nachhaltig mit dem Geld umgehen und es ist auch nicht die Aufgabe der Stadt Luzern, wenn Kriens Wohnraum schafft, dass Luzern den Freiraum dazu schafft. Wenn Kriens im Schlund und im Mattenhof dutzende Gebäude hochzieht, ist es auch die Aufgabe der Stadt Kriens, dass sie dort Aufenthaltsräume schafft und nicht primär die Stadt Luzern.

Die SVP-Fraktion begrüsst die Entsiegelung grundsätzlich. Das hat sie schon immer unterstützt – auch das Schwammstadtprinzip. Was auch wichtig ist: Es werden nahezu fast keine Parkplätze abgebaut, aber trotzdem ist die SVP-Fraktion nicht bereit, 3,2 Mio. Franken zu sprechen und lehnt daher den Bericht und Antrag zwar ab, aber tritt darauf ein.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann dankt für die mehrheitlich sehr positiven Rückmeldungen zum Projekt, aber auch zur Arbeit der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung.

Man hat es in den Voten mehrmals gehört: Die Vorzone ist heute stark hitzebelastet und der Aufenthalt vor Ort sehr unattraktiv. Der Schlussfolgerung der SVP-Fraktion, dass sich dort niemand gern freiwillig aufhält und man daher wenig Leute antrifft, stimmt der Sprechende nicht zu. Es gibt auf dem Allmend-Gelände sehr viele Veranstaltungen und somit auch viele Besuchende. Durch das halten sich viele Leute dort auf. Mit diesem Projekt möchte man die Vorzone attraktiver und klimafitter gestalten, damit man einen attraktiven öffentlichen Raum schaffen kann, welchen die Besuchenden vor Ort geniessen können. Auch die meisten der gepflanzten Bäume haben sich auf dem Areal in den vergangenen zehn Jahren unterdurchschnittlich entwickelt. Das, weil die Baumgruben bei der damaligen Planung zu knapp bemessen worden sind, sodass die Wurzeln nicht optimal wachsen konnten. Durch das können sie nicht die gewünschte Beschattungs- und Klimawirkung erreichen.

Im Rahmen der geplanten Einrichtung der neuen Fernbus-Haltestelle will der Stadtrat darum die Chance nutzen, um die gesamte Vorzone stadtklimatisch aufzuwerten. Mit zusätzlichen Entsiegelungen von einer Fläche von rund 5'500 m² startet die Stadt eines der grössten Entsiegelungsprojekte der Schweiz. Wenn man schaut, was aktuell mit eigenen und externen Bauprojekten versiegelt wird, ist es dringend notwendig, auch mit Entsiegelungen Gegensteuer zu geben. Damit leistet die Stadt einen wertvollen Beitrag zur Klimaadaptation und zur Attraktivierung der Allmend für die Stadtbevölkerung wie auch für die zahlreichen Besuchenden der verschiedenen Veranstaltungen vor Ort. Mit den geplanten Bepflanzungen und Infrastrukturelementen wird die Allmend zukunftsfähig und klimafit gemacht.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Stadt Luzern mit diesem Projekt eine Vorbildrolle in der städtischen Klimaadaptation einnimmt und die Vorzone so attraktivieren kann, dass sie eher zum Verweilen einlädt und die öffentliche Fläche genutzt wird. Das ist nicht Luxus, sondern dringend notwendig, wenn man sich den Folgen der Klimaerwärmung bewusst ist. Der Sprechende dankt, wenn der Grosse Stadtrat dem Sonderkredit zustimmt und auf den Bericht und Antrag eintritt.

Der Grosse Stadtrat tritt auf den Bericht und Antrag 18 vom 16. April 2025: «Vorzone Allmend: Entsiegelung und Aufwertung. Sonderkredit für die Ausführung» ein.

DETAIL

Seite 19 f. 7 Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 37:6:1 Stimmen für das Projekt «Vorzone Allmend» einen Sonderkredit von 3,2 Mio. Franken.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 18 vom 16. April 2025 betreffend

Vorzone Allmend

- **Entsiegelung und Aufwertung**
- **Sonderkredit für die Ausführung,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für das Projekt «Vorzone Allmend» wird ein Sonderkredit von 3,2 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**8 Bericht und Antrag 16 vom 16. April 2025:
Personelle Ressourcen Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg. Sicherstellung der
Betreuung an Wochenenden und während der Ferien. Sonderkredit für zusätzliche
Stellenprozente**

EINTRETEN

Sozialkommissionsvizepräsident Claudio Soldati: Die Sozialkommission des grossen Stadtrates beriet an ihrer Sitzung vom 5. Juni 2025 den Bericht und Antrag 16/25, Personelle Ressourcen Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (KJU), Sicherstellung der Betreuung an Wochenenden und während der Ferien, Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente. Immer mehr Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene benötigen eine 365-Tage-Betreuung, da zahlreiche Betroffene die Wochenenden und die Ferien nicht bei ihren Eltern verbringen können. Deshalb müssen alle Wohngruppen neu ganzjährig im Vollbetrieb geführt werden. Der Kanton Luzern ist für die Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Angebots der stationären und ambulanten Betreuung von pflegebedürftigen Personen zuständig. Dazu hat er auch mit der Stadt Luzern, bzw. der KJU eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Finanziert wird die KJU durch den Kanton, mittels einer Vollkostenpauschale. Die durch den Stadtrat beantragten 2,1 Vollzeitstellen wurden bereits vom Kanton bewilligt. Die Mitglieder der Sozialkommission würdigten die wichtige Bedeutung der KJU und unterstützten das sämtliche Wohngruppen ganzjährig voll betrieben werden. Dem Sonderkredit von 2,73 Mio. Franken wurde einstimmig zugestimmt.

Marco Müller dankt für den vorliegenden Bericht und Antrag. Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg ist eine anerkannte, wichtige soziale Einrichtung in der Stadt Luzern und hat eine grosse Bedeutung für den Kanton Luzern und weit darüber hinaus. Sie hat sich in kleinen Schritten stetig weiterentwickelt, um optimal auf die verschiedenen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzugehen und Eltern gute Unterstützung zu bieten.

Zum 365-Tage-Betrieb mit seinen stationären, teilstationären und ambulanten Angeboten, vor allem den Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden, gilt es darum besonders Sorge zu tragen.

Die Kinder- und Jugendlichen im Utenberg sind auf Grund ihrer Biografie besonders vulnerabel, weil ihnen entweder in der Herkunftsfamilie gar nicht oder nur bedingt eine für ihre Bedürfnisse passende adäquate Betreuung ausserhalb der KJU möglich ist, oder weil sie als minderjährige Asylsuchende gar kein familiäres Betreuungs- und Bezugssystem haben. Dass für diese jungen Menschen der Utenberg auch an den Wochenenden und während der Schulferien ein sicherer Hafen bietet, wo sie sich wohl fühlen und von Fachpersonen gut betreut werden, ist extrem wichtig.

Die im vorliegenden Bericht und Antrag verständlich dargelegten zusätzlichen Personalressourcen im Umfang von 2,1 Vollzeitstellen für den Vollbetrieb ist wichtig und richtig. Dass die Stellen bereits vom Kanton bewilligt und die Kosten für das Jahr 2025 in die Vollkostenpauschale integriert wurden, bestätigt den objektiven Bedarf dieser Stellen. Schön, kommt der Kanton hier seiner Verantwortung nach.

Der Sprechende dankt allen Mitarbeitenden des KJU, für ihren Einsatz. Es ist nicht immer einfach, mit Jugendlichen und Kindern mit herausforderndem Verhalten und aus solchen familiären Situationen zu arbeiten. Und wenn es nun noch darum geht, am Wochenende und während den Schulferien zu arbeiten, braucht es Mitarbeitende, welche bereit sind, das zu machen.

Der GRÜNE/JG-Fraktion ist das Thema psychische Gesundheit für Kinder und Jugendliche sowie die stetige Weiterentwicklung in diesem Bereich ein grosses Anliegen. In diesem Bereich gibt es eine eklatante Unterversorgung – schweizweit, im Kanton und auch in der Stadt Luzern. Das ist der Grund, warum die Fraktion in den letzten Wochen diverse Vorstösse in dieser Richtung einreichte, und sie ist überzeugt, dass es in Zukunft noch mehr Massnahmen, wie diese in diesem Bericht und Antrag braucht. Die GRÜNE/JG-Fraktion stimmt dem Sonderkredit aus voller Überzeugung zu.

Timo Lichtsteiner: Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein. Die Kinder- und Jugendsiedlung leistet unbestritten eine wertvolle Arbeit – vor allem im 365-Tage-Betrieb, was in der heutigen Zeit der Realität entspricht und notwendig ist. Es ist selbstverständlich, dass Kinder und Jugendliche auf Hilfe angewiesen sind und darum auf professionelle Betreuung zählen können. Die SVP-Fraktion ist geteilter Meinung – die Argumente dafür und dagegen halten sich die Waage. Aus diesem Grund hat die SVP-Fraktion entschieden, dass jeder so entscheiden soll, wie er möchte.

Maël Leuenberger: Auch die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich für den vorliegenden Bericht und Antrag, welcher sehr verständlich und nachvollziehbar geschrieben wurde. Zu Beginn möchte die Fraktion den Mitarbeitenden der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg danken. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Kinder und Jugendliche, welche besonders verletzlich sind, für Kinder und Jugendliche, welche mindestens temporär ohne tragfähiges familiäres Umfeld sind, und ohne Umfeld für eine Aufnahme am Wochenende oder während der Ferien.

Wie von Marco Müller bereits geschildert, werden mit dem vorliegenden Sonderkredit von 2,73 Mio.

Franken die personellen Ressourcen gesichert, welche für einen 365-Tage-Betrieb notwendig sind. Mit der Leistungsvereinbarung hat der Kanton die Personalaufstockung bereits genehmigt.

Die zusätzlichen Ressourcen sind am Ende das Resultat von Auflagen des Bundesamtes für Justiz und sichert ein Minimum an pädagogischer Qualität. Mit der Zustimmung zu diesem Bericht und Antrag übernimmt die Stadt als Trägerin der Siedlung ihre Verantwortung und sichert die vereinbarten personellen Ressourcen. Es geht um Verlässlichkeit, für die, die besonders darauf angewiesen sind. Die SP/JUSO-Fraktion tritt klar auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit zu.

Branka Kaiser: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht und Antrag. Die Sprechende wird keine grosse Rede halten, da Marco Müller und Maël Leuenberger die Wichtigkeit dieses Themas bereits gut dargelegt haben. Die FDP-Fraktion steht hinter dem Sonderkredit, dankt den Mitarbeitenden der KJU für das grosse Engagement und tritt auf den Bericht und Antrag ein.

Senad Sakic-Fanger: Die Mitte-Fraktion ist sich einig. Der Bericht und Antrag befasst sich mit einem anspruchsvollen Thema, welches die KJU fordert. Inhaltlich geht der Sprechende nicht gross darauf ein – das Wichtigste wurde bereits gesagt. Es gibt gesetzliche Vorgaben des Bundes und des Kantons. Wenn man die personellen Ressourcen nicht spricht, kann der Auftrag nicht erfüllt werden. Der Bedarf für die erhöhte Betreuung ist definitiv gegeben. Gut wäre es, wenn man mehr Wert auf die Ursachenbekämpfung legen würde – der Sprechende weiss, dass bereits viel gemacht wird, aber vielleicht könnte man die Herkunftsfamilien besser unterstützen.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit zu.

Anna-Lena Beck: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht und Antrag. Bereits in der letzten Sitzung wurde ein Traktandum zur Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg behandelt. In der dazugehörigen Stellungnahme sowie in der Diskussion wurde von verschiedenen Seiten ein Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen erkannt. Umso mehr ist es nun erfreulich und wünschenswert, dass heute das Parlament einer personellen Aufstockung während der Ferienzeiten und an den Wochenenden zustimmen kann.

Zum Bericht und Antrag selbst:

Die GLP-Fraktion erachtet die beantragten Stellenprozente als gut begründet und entsprechend kalkuliert. Die damit verbundenen zusätzlichen Personalkosten sind nachvollziehbar. Kinder und Jugendliche verdienen eine gute Unterstützung sowie eine qualitativ hochwertige Betreuung, die den sich wandelnden Bedürfnissen gerecht wird. Die Mitarbeitenden der Kinder- und Jugendsiedlung verdienen ein sicheres Arbeitsumfeld mit ausreichend Personal, damit Überlastung und Stress vermieden werden können.

Aufmerksamen Leserinnen und Lesern ist beim Durchlesen des Berichts und Antrags nicht entgangen, dass die Mehrkosten für den Vollbetrieb der Kinder- und Jugendsiedlung an Wochenenden und in den Ferien vom Kanton übernommen werden und im Rahmen der Leistungsvereinbarung bereits bestätigt wurden. In gewisser Weise handelt es sich daher um eine Proforma-Abstimmung im Parlament: Die Mittel sind bereits gesprochen, das Personal befristet angestellt, und die Rahmenbedingungen ausgehandelt. Dennoch ist es eine willkommene Gelegenheit, die städtische und parlamentarische Unterstützung für die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg zu bekräftigen und den Mitarbeitenden in den Wohngruppen für ihre wertvolle Arbeit zu danken – was erfreulicherweise bereits von vielen Fraktionen zum Ausdruck gebracht wurde.

Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit zu.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz: Wie auch bereits an der letzten Sitzung dieses Rates im Rahmen der Diskussion zur Motion 370 ausgeführt, ist die KJU ein wichtiger Bestandteil in der Betreuung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Luzern und im ganzen Kanton. Aus diesem Grund ist es der Stadt wie auch dem Kanton ein Anliegen, die KJU ständig weiterzuentwickeln und zu modernisieren und auch den Mitarbeitenden ein modernes gutes Arbeitsumfeld mit fairen Bedingungen zu bieten. Die Stadt Luzern und auch der Kanton sind an diesen Weiterentwicklungen interessiert.

Die Sprechende springt noch etwas in die Bresche für Berufe im 24/7-Betrieb. Manchmal geht es etwas vergessen: Das 24/7-Modell gibt es in verschiedenen Berufen, und es kann auch durchaus attraktiv sein, aber natürlich muss man darauf schauen, dass die Mitarbeitenden für diese Nacht- und Sonntagsarbeiten fair entschädigt werden. Das ist ganz wichtig.

Die Sprechende dankt für die wohlwollenden und zustimmenden Voten zum vorliegenden Bericht und Antrag, der einige erste und weiterführende Schritte dieser Entwicklung ermöglicht.

Der Grosse Stadtrat tritt auf den Bericht und Antrag 16 vom 16. April 2025: «Personelle Ressourcen Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg. Sicherstellung der Betreuung an Wochenenden und während der Ferien. Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente» ein.

DETAIL

Seite 8 f. 9 Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 39:5:0 Stimmen für zusätzliche Stellenprozente bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Betreuung an Wochenenden und während der Ferien einen Sonderkredit von 2,73 Mio. Franken.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 16 vom 16. April 2025 betreffend

Personelle Ressourcen Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

- **Sicherstellung der Betreuung an Wochenenden und während der Ferien**
- **Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente,**

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für zusätzliche Stellenprozente bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg wird im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Betreuung an Wochenenden und während der Ferien ein Sonderkredit von 2,73 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**9 Bericht und Antrag 17 vom 16. April 2025:
Musikschule der Stadt Luzern. Reglement für die Musikschule der Stadt Luzern vom
25. Juni 2009. Änderung**

EINTRETEN

Bildungskommissionspräsident Jürg Häcki: Die Bildungskommission beriet den Bericht und Antrag 17 am 5. Juni 2025. Der Stadtrat beantragt eine Teilrevision des Reglements der Musikschule der Stadt Luzern, um die Vorgaben der kantonalen Aufgaben- und Finanzreform (AFR 2018) anzupassen. Neu sind die kommunalen Musikschulen zuständig für den obligatorischen Instrumental- und Gesangsunterricht von Gymnasial- und Fachmittelschüler*innen. Daraus ergeben sich wesentliche Veränderungen. Die Anstellungs- und Besoldungsbedingungen der Musikschullehrer*innen richtet sich neu ausschliesslich nach kantonalem Recht. Die Stadt Luzern verliert damit ihre bisherige Reglementskompetenz im Personalbereich, weshalb mehrere Artikel aufgehoben oder angepasst werden. Zudem wird der Kreis der Unterrichtsberechtigten erweitert und differenzierter geregelt. Es wird neu ein Artikel 11a eingeführt, welcher Lernende an der Musikschule separat behandelt. Auch organisatorisch gibt es Neuerungen. Das Leitbild der Musikschule wird neu von der Bildungsdirektion genehmigt und nicht mehr von der Bildungskommission. Zudem werden Formulierungen modernisiert und vereinfacht. Der Stadtrat stellt klar, dass für die Umsetzung keine zusätzlichen finanziellen Mittel nötig sind. Das revidierte Reglement soll am 1. Oktober 2025 in Kraft treten.

Der Sprechende übernimmt das Votum gleichzeitig als Fraktionseintreten.

Die Bildungskommission hat keine Einwände und ist dankbar, dass im Zuge der Reglementsanpassung auch gleich die Sprache und Formulierungen vereinfacht wurden und bedankt sich bei den Beteiligten für die gute Arbeit. Die Kommission stimmt der Reglementsanpassung einstimmig zu.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat tritt auf den Bericht und Antrag 17 vom 16. April 2025: «Musikschule der Stadt Luzern. Reglement für die Musikschule der Stadt Luzern vom 25. Juni 2009. Änderung» ein.

DETAIL

Seite 9 f. 7 Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat stimmt mit 44:0:0 Stimmen der Änderung des Reglements für die Musikschule der Stadt Luzern vom 25. Juni 2009 zu.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 17 vom 16. April 2025 betreffend

Musikschule der Stadt

- **Reglement für die Musikschule der Stadt Luzern vom 25. Juni 2009**
- **Änderung,**

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1 sowie Art. 28 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. 1. Das Reglement für die Musikschule der Stadt Luzern vom 25. Juni 2009 wird wie folgt geändert:

I. Allgemeines

Art. 1 Zweck

¹ Die Stadt Luzern führt eine Musikschule und bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Zugang zur musikalischen Bildung.

²⁻³ (werden aufgehoben)

II. Organisation

Art. 3 Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission nimmt zu folgenden Geschäften Stellung:

- a. städtisches Musikschulangebot;
- b.–c. (bleiben unverändert)

Art. 4 Stadtrat

¹ Der Stadtrat legt nach Anhörung der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission das städtische Musikschulangebot (Leistungsauftrag) und die Schulgelder fest.

² (bleibt unverändert)

Art. 5 *Bildungsdirektion*

Die Bildungsdirektion hat folgende Aufgaben:

- a.–b. (bleiben unverändert)
- c. Genehmigung des Leitbildes.

Art. 6 *Rektorat*

^{1–2} (bleiben unverändert)

³ Die Kompetenz-, Verantwortungs- und Aufgabenbereiche werden in den Stellenbeschrieben festgehalten.

⁴ (bleibt unverändert)

III. Lehrpersonen, Anstellungsbedingungen**Art. 7 *Grundsätze***

¹ Die Rektorin oder der Rektor begründet das öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnis mit den Lehrpersonen der Musikschule nach kantonalem Recht und trifft die übrigen personalrechtlichen Entscheide.

² Die Anstellungs- und Besoldungsbedingungen richten sich nach dem kantonalen Recht.

Art. 8 *Anstellung und Unterrichtsverpflichtung*

(wird aufgehoben)

Art. 9 *Besoldung*

(wird aufgehoben)

Art. 10 *Pflichten*

(wird aufgehoben)

IV. Lernende**Art. 11 *Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene***

¹ (bleibt unverändert)

² Lernende von anderen Gemeinden können nach Möglichkeit aufgenommen werden.

³ Für die Anmeldung Minderjähriger ist die gesetzliche Vertretung zuständig.

⁴ Die Zulassung zum Einzelunterricht und der Verbleib sind von Eignung, Einsatz und Fortschritt der Lernenden abhängig.

Art. 11a *Lernende von Gymnasien und Fachmittelschulen*

¹ Für Lernende mit obligatorischem Instrumental- oder Gesangsunterricht gelten die Tarife gemäss dem Kanton und die Anmeldeverpflichtungen gemäss den Vorgaben der Gymnasien und Fachmittelschulen.

² Für Lernende mit freiwilligem Instrumental- oder Gesangsunterricht gelten dieselben Bedingungen wie für die Lernenden gemäss Art. 11, vorbehältlich Art. 11a Abs. 3.

³ Die Zulassung zum Unterricht und der Verbleib sind garantiert.

Art. 14 *Austritt und Ausschluss*

^{1–2} (bleiben unverändert)

³ Es besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des bereits bezahlten Schulgeldes.

V. Finanzen**Art. 15 *Schulgeld***

¹ (bleibt unverändert)

² Der Tarif der Schulgelder für Lernende nach Art. 11a, welche die obligatorische Schulzeit erfüllt haben, richtet sich nach den kantonalen Vorgaben.

³ Das Schulgeld bei Lernenden nach Art. 11 kann im Einzelfall auf begründetes Gesuch hin durch die Rektorin oder den Rektor teilweise oder ganz erlassen werden. Die Bedingungen bestimmt der Stadtrat.

2. Diese Änderung tritt am 1. Oktober 2025 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

10 Bericht und Antrag 19 vom 7. Mai 2025: Abschreibung von Motionen und Postulaten. 1. Halbjahr 2025

GPK-Präsident Adrian Albisser: Der vorliegende Bericht und Antrag ist ein wiederkehrender, welcher in der GPK behandelt wird und es findet jeweils auch kein Fraktionseintreten statt – dementsprechend wird gleich mit der Detail-Beratung gestartet.

Aus der Kommission gab es drei Anträge, die Abschreibung nicht gutzuheissen.

DETAIL

Seite 3 ff. Abzuschreibende Motionen und Postulate (Nr. 1)

«Das Postulat 47 (2016-2020), Korintha Bärtsch und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 13. Februar 2017 (überwiesen am 6. April 2017): Kombinierte Bus-/Velospur Seebrücke-Schweizerhofquai rasch realisieren, ist nicht abzuschreiben.»

GPK-Präsident Adrian Albisser: Dem Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben, wurde mit 9:0:0 Stimmen bei zwei Abwesenheiten zugestimmt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag zu.

Seite 3 ff. Abzuschreibende Motionen und Postulate (Nr. 2)

«Das Postulat 287 (2016/2020), Sandra Felder-Estermann und Marco Baumann namens der FDP Fraktion, Lisa Zanolla namens der SVP-Fraktion, Judith Wyrsh namens der GLP-Fraktion sowie Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion vom 24. April 2019 (überwiesen am 24. Oktober 2019): Schreiben nach Gehör - wann kommt der Rotstift?, ist nicht abzuschreiben.»

GPK-Präsident Adrian Albisser: Dem Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben, wurde mit 7:2:0 Stimmen bei zwei Abwesenheiten zugestimmt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag zu.

Seite 3 ff. *Abzuschreibende Motionen und Postulate (Nr. 5)*

«Das Postulat 157 (2020/2024), Marco Müller namens der G/JG-Fraktion, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion und Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 10. Januar 2022 (überwiesen am 30. Juni 2022): Soziale Aspekte beim Planen und Bauen konsequent mitberücksichtigen, ist nicht abzuschreiben.»

GPK-Präsident Adrian Albisser: Dem Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben, wurde mit 8:0:1 Stimmen bei zwei Abwesenheiten zugestimmt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag zu.

Seite 13 f. 3 Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat schreibt die Motionen und Postulate unter Kapitel 1, Ziffern 3 und 4 und 6–14, als erledigt ab und verlängert die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter Kapitel 2.1, Ziffern 1–6, um ein weiteres, zweites Jahr, Kapitel 2.2, Ziffern 1–11, um ein weiteres, drittes Jahr, und Kapitel 2.3, Ziffern 1–12, um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und 19 vom 7. Mai 2025 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten

– 1. Halbjahr 2025,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und Postulate gemäss Kapitel 1, Ziffern 3 und 4 sowie 6–14, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.1, Ziffern 1–6, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.2, Ziffern 1–11, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.3, Ziffern 1–12, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

11 Motion 379, Jona Studhalter und Selina Frey namens der G/JG-Fraktion vom 27. Juni 2024: Zusätzliche Lehrstellen und Praktika durchgehend ermöglichen

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme als Postulat

Ratspräsident Simon Roth stellt fest, dass Selina Frey mit der Entgegennahme als Postulat einverstanden ist. Da es keinen anderen Antrag gibt, wird nun nur noch über die Überweisung als Postulat diskutiert.

Jürg Häcki: Auf den ersten Blick wirkt die Motion 379 der GRÜNE/JG-Fraktion sympathisch. Mehr Lehrstellen und Praktika, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Doch beim genauen Hinschauen wird klar, dass die Motion keine realen Probleme löst, sondern neue schafft. Manchmal kommt der Sprechende auf den bösen Gedanken, hofft aber, dass es nicht stimmt, dass die Verwaltung mit den Linken Parteien einen regen Austausch pflegt und gewisse Vorstösse anregt oder sogar selbst aufsetzt. In Luzern gibt es kein strukturelles Lehrstellenproblem. Der Kanton berichtet seit Jahren, dass mehr Lehrstellen angeboten, als besetzt werden. Viele Betriebe finden keine Lernende. Die aktuelle Mitteilung des Kantons bestätigt, dass auch im Jahr 2024 viele Lehrstellen unbesetzt blieben – besonders in Handwerks- und Technikberufen. Gerade KMUs leisten bereits hervorragende Ausbildungsarbeit – Lehrlinge generieren eine echte Wertschöpfung. In der öffentlichen Verwaltung gibt es jedoch keine Gewinnrechnung. Jede zusätzliche Lehrstelle generiert in erster Linie Kosten, ohne neue Wertschöpfung zu generieren. Dass es auch keine reine Beschäftigungstherapie sein darf, hat der Stadtrat selbst eingeräumt. Es ist unbestritten, dass die Stadt Personalprobleme hat. Viele Mitarbeitende gehen in den nächsten Jahren in Pension – aber die Antwort darauf darf nicht lauten: Schaffen wir einfach mehr Lehrstellen auf Vorrat. Während man heute über zusätzliche Lehrstellen debattiert, rollt bereits die nächste Automatisierungswelle auf uns zu. Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Robotik – all das wird die Arbeitswelt in den nächsten 5, 10 oder 15 Jahren drastisch verändern. Verschiedene Studien prognostizieren enorme Umbrüche. Besonders Spezialisten aus der KI-Szene kommen mittlerweile zu weitreichenden Prognosen: Viele Tätigkeiten in der Verwaltung und im Büro können in den nächsten fünf bis zehn Jahren massiv automatisiert werden. Was wenn man die ausgebildeten Lehrlinge im Jahr 2030 gar nicht mehr benötigt? Wenn die Stadt Luzern zusätzliche Lehrlinge ausbildet, übernimmt sie auch eine Verantwortung, ihnen später eine Perspektive zu bieten. Dann hat man junge Fachkräfte auf Reserve ausgebildet, welche entweder intern bleiben oder künstlich beschäftigt werden müssen. Man sollte genau prüfen, welche Ausbildungen überhaupt zukunftsfähig sind. Jetzt Ausbildungsstellen in Bereichen zu schaffen, welche bald wegfallen, ist nicht vorausschauend und realitätsfremd. Jeder weiss, Stellen in der Verwaltung wieder abzubauen, ist politisch heikel und operativ schwierig. Was geschaffen wurde, bleibt meist. Das kostet langfristig viel Geld – Geld, welches wo anders fehlt. Ein weiterer kritischer Punkt: Die Verwaltung wird zunehmend zur Konkurrenz für die Wirtschaft. Früher hiess es: Weniger Lohn, dafür mehr Sicherheit. Heute sieht es anders aus. Verwaltungsangestellte haben oft noch höhere Löhne, als sich die Wirtschaft leisten kann. Ein typisches Beispiel heute ist der Personalmangel bei privaten Kitas, aufgrund der attraktiveren Stellen bei den Tagesschulen, welche ganz andere Arbeitsmodelle anbieten können. Aber wer zahlt die Verwaltung? Am Ende sind es die Steuerzahlenden und damit die Wirtschaft selbst. Wenn der Staat zur Arbeitgeberin der ersten Wahl wird, wird er mit Mitteln locken, welche er anderen entzieht und das Gleichgewicht kann kippen. Oft wird der anstehende Generationenwechsel in der Verwaltung als Problem dargestellt. Der Sprechende sieht das anders. Die Pensionierungswelle ist eine einmalige Gelegenheit, Personalbestände natürlich zu reduzieren. Gerade da, wo Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden können. Der demografische Wandel geht Hand in Hand mit dem technologischen. Wer jetzt neue Stellen schafft, läuft Gefahr, die Verwaltung langfristig zu überdimensionieren. Besser ist es, die Übergangsphase aktiv zu nutzen, um effizienter zu werden und nur dort gezielt zu ersetzen, wo es wirklich nötig ist. Das Wichtigste ist, das Wissen nicht bei den Abgängern anzukumulieren, sondern rechtzeitig einen entsprechenden Wissenstransfer zu tätigen. Auch hier gibt es bereits sehr gute KI-Tools, welche mit internem Wissen gefüttert werden können, ohne dass Mitarbeitende langweilige Checklisten und Anweisungen durchlesen und lernen müssen. Der Verwaltungsapparat in Luzern wuchs in den letzten zehn Jahren deutlich schneller als die Bevölkerung. Seit dem Jahr 2019 ist die Zahl der

Vollzeitstellen um 12 Prozent gestiegen – von etwa 1'070 auf über 1'200. Also vier Mal schneller als das Bevölkerungswachstum im gleichen Zeitraum – Tendenz weiter steigend. Das ist nachvollziehbar bei neuen Aufgaben, aber es darf nicht zum Automatismus werden. Zusätzliche Lehrstellen und Praktika binden Ressourcen, welche man anderswo dringender benötigt.

Die Motionär*innen führen zurecht an, dass ein Fachkräftemangel herrscht. Das ist aber komisch. Obwohl die Bevölkerung stetig wächst, vergrössert sich der Fachkräftemangel. Und zusätzlich sinkt das Pro-Kopf-Einkommen, obwohl die Gesamtwirtschaftsleistung steigt. Diese Tatsache haben die Linken und Grünen 1. Mai-Aktivist*innen in Luzern den Bürgerlichen in die Schuhe geschoben. Der Sprechende hat das Programm selbst erhalten, freute sich darüber und gratuliert, dass sie das Problem immerhin erkannten. Für das Sinken des Pro-Kopf-Einkommens gibt es drei Hauptgründe: Die Soziale Zuwanderung, welche gewisse Parteien aktiv fördern und den Personengruppen das Leben noch angenehmer machen möchten, zusätzlich wird die Teilzeitarbeit aktiv gefördert und die Verwaltung wird überproportional aufgebläht. Der Fachkräftemangel wird sich noch mehr verstärken und das Pro-Kopf-Einkommen wird sich in Zukunft noch mehr senken. Die Motion wirkt dem überhaupt nicht entgegen, sondern missbraucht den Umstand als Argument. Die Anzahl besetzter Lehrstellen wird nicht mehr, sondern generiert eine Verlagerung zu einem Ort mit weniger Wertschöpfung. All das schwächt die Basis, aus der die Verwaltung letztendlich bezahlt wird. Statt Stellen auf Vorrat zu schaffen, sollte man gezielt da jemanden einstellen, wo realer Bedarf besteht, künftige Entwicklungen wie KI und Automatisierung ernsthaft miteinbeziehen und die Bedürfnisse der Wirtschaft höher gewichten als die Bedürfnisse der Verwaltung. Die Motion meint es gut, aber greift zu kurz. Sie verschärft bestehende Probleme, anstatt sie zu lösen. Der Sprechende empfiehlt sie abzulehnen – nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung.

Selina Frey: Die SVP-Fraktion überrascht die Sprechende immer wieder. KI ersetzt ganz viele Stellen? Die Sprechende ist gespannt, welches KI-Tool sozialpädagogische Kinderbetreuung übernehmen wird. Weiter sagte Jürg Häcki, dass viele Lehrstellen nicht besetzt werden können. Das betrifft vor allem handwerkliche Berufe und von denen gibt es bei der Stadtverwaltung nicht so viele. Fast alles, was Jürg Häcki sagte, machte die Sprechende perplex und überraschte sie. Dass die Stadt Teilzeit fördert, hat mit psychischer Gesundheit zu tun – damit Leute besser und länger arbeiten können, und in der heutigen Zeit ist es die Art und Weise, wie die Leute arbeiten möchten.

Die GRÜNE/JG-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Motion und ist mit der Überweisung als Postulat einverstanden. Der Fachkräftemangel ist nicht nur bei der Stadt Luzern ein grosses Problem. Durch die vielen von der Bevölkerung beschlossenen Projekte in den letzten Jahren wurde das Problem eher noch grösser. Die Stadt Luzern steht klar in der Pflicht, verschiedene Praktika und Lehrstellen anzubieten, um möglichst viele Fachpersonen auszubilden. Die GRÜNE/JG-Fraktion ist überzeugt, dass es definitiv der richtige Zeitpunkt ist, um den Ausbildungs- und Praktika-Turbo zu zünden. Es ist wichtig, dass die Stadt all die verschiedenen Arten von Praktika anbieten kann. Sei es als Vorbereitung für ein Studium oder um einen ersten Einblick in einen Beruf zu erhalten. Sei es während eines Studiums oder zur Vorbereitung für eine Lehre, oder die Praktika, welche als Integrationsmassnahme angelegt sind, um später ein Arbeitszeugnis zu haben, um sich zu bewerben. Ein wenig überrascht hat die Aussage in der Antwort des Stadtrates, dass sich die Stadt nun doch auch der neuen Arbeitswelt anpassen möchte, und es die Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen braucht. Klar verändert sich der Arbeitsmarkt ständig – für die GRÜNE/JG-Fraktion ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Stadt hier mithält. Die Stadt dürfte gerne auch innovativ vorangehen. Die GRÜNE/JG-Fraktion bedankt sich für die Überweisung als Postulat.

Adrian Häfliger: Auch wenn es bereits Mittag ist: Der Sprechende nahm sich vor, solche Voten nicht unwidersprochen zulassen. Jürg Häcki sagte, man leide an der sozialen Einwanderung. Das ist eine Beschuldigung von Menschen. Soziale Einwanderung tönt abstrakt. Leute, die einwandern, sind aber Kinder, Erwachsene, Leute, die mit uns zusammenleben, Kolleginnen und Kollegen. Wenn man denen die Schuld zuweist für irgendwelche Probleme ist das nicht akzeptabel.

Miriam Gasser unterstützt die Wortmeldungen der GRÜNE/JG-Fraktion. Die Stadt Luzern steht in vielen Bereichen, etwa bei der Klima- und Energiestrategie oder bei der Tagesschule vor grossen Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, braucht es gut ausgebildete Fachpersonen. Doch diese

sind rar – wie das auch bei Traktandum 3 zu hören war. Es braucht deshalb gezielte Anstrengungen und klare Investitionen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Es ist zentral, dass die Stadt mehr Verantwortung für Ausbildungsmöglichkeiten übernimmt – nicht nur punktuell, sondern kontinuierlich, einheitlich, fair entlohnt und strukturell abgestützt. Die strukturelle Abstützung heisst konkret, es braucht personelle Ressourcen. Wer ausbildet braucht Zeit. Ausbilden ist Arbeit. Denn Lernende bleiben Lernende. Sie ersetzen keine Fachkräfte, sondern brauchen Betreuung und Begleitung. Aber sie können nach der Lehre zu den dringend benötigten Fachpersonen werden, auch für die Stadt selbst. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Stadtrat zentrale Punkte der Motion anerkennt und auch das in der GPK angekündigte Berufsbildungskonzept bis Ende Jahr geht in die richtige Richtung. Es bleibt zwar vieles unkonkret, es braucht klare Ziele und verbindliche Ressourcen für eine verlässliche Betreuung für Auszubildende. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet, dass die Entgegennahme der Motion als Postulat nicht zu einem Zuwarten führt. Fachkräftesicherung ist kein Zukunftsthema, sondern eine aktuelle Notwendigkeit. In diesem Sinne stimmt die SP/JUSO-Fraktion der Entgegennahme der Motion als Postulat zu.

Monika Weder fühlt sich gedrängt, eine kurze Replik auf das Votum von Jürg Häcki zu machen, denn es wurden Aussagen gemacht, welche schlicht falsch sind. Einerseits ist es korrekt, dass es einen demografischen Wandel gibt. Das Problem daran ist, dass sehr viel mehr Leute aus dem Arbeitsmarkt austreten – altersbedingt – nämlich die Babyboomer-Generation. Der demografische Wandel wird weniger Arbeitskräfte bescheren und mehr Leute, welche in Pension sind. Das hat zur Folge, dass ganz viele Branchen sehr stark unter dem Fachkräftemangel leiden und überlegen müssen, wie sie dem entgegenwirken können. Mehr ausbilden ist eine Möglichkeit, aber nicht die einzige. Der Vorstoss beschränkt sich nicht auf berufliche Grundbildung und die Lehre. Es wäre gut, wenn man in der Bildungspolitik das ganze Bild betrachten würde. Der Vorstoss zielt auch auf Ausbildungen auf tertiärer Stufe ab – das heisst höhere Fachschulen, Fachhochschulen und universitäre Ausbildungen, welche Praktika verlangen. Das ganze Bildungssystem nach der Stufe Sekundarstufe 2 ist also ins Auge gefasst. Als verantwortungsvolle Bildungspolitik*innen weiss man, dass wenn man heute Massnahmen entscheidet, dass die Wirkungen zum Teil erst in vier bis fünf Jahren oder noch später spürbar werden. Das heisst, wenn man ein Problem kommen sieht, und heute nichts macht, dann hat man es bereits verspielt. Es kann nicht sein, dass man sagt, man mache heute nichts. Das man das Gefühl hat, dass diese Ausbildungen, diese Praktika, die Verwaltung aufblähen ist ein komisches Bild. Denn bei Praktika machen Menschen Arbeit und müssen begleitet werden – das ist nicht einfach warme Luft, sondern Vorbereiten von Menschen, die eine Ausbildung machen möchten. Das Begleiten von Menschen in einer Ausbildung ist ein wichtiger und zentraler Job. Die Sprechende ist der Ansicht, dass man hier genug attraktive Möglichkeiten bietet. Ausbilden ist aufwendig, eine Ausbildung zu absolvieren ist aufwendig, die Sprechende versteht es überhaupt nicht, wenn man diesen Wert nicht sieht.

Elena Wiss: Die Berufsbildung ist ein zentrales Element für die Sicherung qualifizierter Fachkräfte. Indem die Stadt Luzern jungen Menschen praxisnahe Ausbildungen und vielfältige Einblicke in den Arbeitsalltag ermöglicht, leistet sie einen wertvollen Beitrag zur Arbeitsmarktintegration und Fachkräfteförderung. Sie kann sich dabei nicht nur als Ausbildungsbetrieb positionieren, sondern auch als fortschrittliche und attraktive Arbeitgeberin.

Das Anliegen der Motion ist aktuell und wichtig. In der Kommission wurde deutlich, dass die Stadt Luzern in diesem Bereich bereits aktiv unterwegs ist, und mit konkreten Massnahmen auf die Herausforderungen reagiert. Deshalb ist es sinnvoll, auf einen zusätzlichen Bericht zu verzichten – wenn rasch gehandelt wird. Die Mitte unterstützt, dass der Stadtrat die Motion als Postulat entgegennimmt.

Anna-Lena Beck: Es wird viel von KI gesprochen, aber dass auch KI bewirtschaftet werden muss, stellt man sich manchmal wohl etwas einfacher vor, als es wirklich ist. Man kann nicht für alles in der Stadtverwaltung ChatGPT verwenden. Die Sprechende versteht nicht viel von dieser Materie, aber die HSLU (Hochschule Luzern) bietet einen Studiengang an, bei dem man die künstliche Intelligenz studieren kann. Das bietet nicht nur die HSLU an, sondern das kann man auch an anderen Orten studieren. Aber man braucht dazu zuerst eine Lehre – eine Lehre und eine Berufsmatura.

Die Sprechende stellt noch klar, dass Praktika sehr oft unterbezahlt sind. Teils werden die Leute ausgebeutet. Der Staat ist oftmals der einzige Ort, an dem Praktikant*innen auch einen Lohn erhalten, von dem sie leben können, wenn sie keine zusätzlichen Stipendien erhalten oder von den Eltern unterstützt werden. Auch als junger Mensch kann man nicht gratis Arbeiten gehen.

Die gemachten Aussagen zur Teilzeitarbeit sind aus Sicht der Sprechenden veraltetes Denken. Das entspricht nicht der modernen Gesellschaft. Teilzeitarbeit ist eine Lebensrealität. Es fing damit an, dass Mütter Teilzeit arbeiten wollten, und mittlerweile teilen sich die Eltern das auch auf. Wenn ein Elternteil 80 Prozent arbeiten geht und jemand 60 Prozent – das ist sehr optimistisch – dann ist der Gesellschaft immer noch mehr geholfen, als wenn nur jemand 100 Prozent arbeiten geht. Die Leute, die Teilzeit arbeiten sind nicht einfach nur am «chillen». Dahinter steckt Carearbeit, oder es sind gesundheitliche Einschränkungen damit verbunden. Die mentale Gesundheit wird immer wichtiger und die Sprechende findet das eine gute Entwicklung. Die Leute arbeiten nicht weniger – gerade wenn man die Überstunden bei gewissen Stellen betrachtet – ist es eine Falschaussage.

Ein Kommentar zum Schluss: Die Lohnschere öffnet sich – das ist so – aber wenn es darum geht die Schuld auf die soziale Migration zu schieben, würde die Sprechende eher anderswo hinschauen. Der Arbeitgeberverband meinte bei der Diskussion zu den Mindestlöhnen, dass Arbeitgebende dazu verpflichtet werden sollen, existenzsichernde Löhne zu bezahlen. Wenn man dann von sozialer Migration spricht, hat das einen bitteren Nachgeschmack – als würde man gerne schlechte Löhne zahlen und den anderen die Schuld dafür geben. Wenn es darum geht, wer schlechte Löhne zahlt und wie man das legitimiert, würde die Sprechende an einem anderen Ort genauer hinschauen – als einfach zu sagen, die Leute arbeiten Teilzeit.

Yolanda Amman-Korner dankt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die vielen Lernenden, welche ausgebildet werden und die Praktikumsstellen, welche zur Verfügung gestellt werden. Die Sprechende hofft, dass die Auszubildenden nach Abschluss nicht in der Verwaltung «hängen» bleiben, sondern zurück in die Privatwirtschaft gehen.

Stadtpräsident/Bildungsdirektor Beat Züsli: Unbestritten ist, und da sind sich alle einig, dass der Fachkräftemangel eine Tatsache ist, und er mittlerweile praktisch alle Berufsfelder ergriffen hat. Gründe dafür wurden bereits genannt. Es sind der demografische Wandel und andere gesellschaftliche Entwicklungen, welche dazu einen Beitrag leisten. Die Stadt als Arbeitgeberin kann dem in drei Bereichen entgegenwirken oder Massnahmen treffen.

1. Man versucht attraktiv zu sein – im Konkurrenzkampf mit anderen Verwaltungen und zum Teil mit der Privatwirtschaft. Das muss die Stadt auch. Aktuell wird das Lohnsystem überprüft, und die Thematik von Benefits und der Arbeitsbelastung wird diskutiert.
2. Thema Digitalisierung und der Einsatz von KI. Das wird nötig sein, um gewisse Arbeiten effizienter zu gestalten oder sogar vollständig zu ersetzen – je nach Bereich. Aber, und das ist wichtig, es löst nicht alle Probleme.
3. Die Stadt ist gezwungen und hat den Auftrag, den Nachwuchs zunehmend selbst aus- und weiterzubilden, muss also Lehrstellen und Praktika-Plätze schaffen. Die Betreuung wird etwas sein, was auch in ferner Zukunft noch vorwiegend durch Menschen wahrgenommen werden muss. Das Tagesschulprojekt wurde bewilligt und man ist an der Umsetzung. Bis ins Jahr 2030 soll das umgesetzt werden. Das erfordert viele zusätzliche Fachpersonen und gerade in diesem Bereich wird der Stadtrat dem Parlament einen Bericht und Antrag vorlegen, wie man vorgehen möchte, damit genügend Fachpersonen entsprechend ausgebildet werden können.

Der Sprechende ist überzeugt, dass es diese drei Bereiche alle im Zusammenspiel braucht, und er dankt für die Überweisung dieses Vorstosses als Postulat.

Jürg Häcki fühlt sich gezwungen, nochmals gewisse erklärende Worte abzugeben. Selina Frey sagte, KI könne das nicht alles. Es geht nicht um KI, sondern um den Blick in die Zukunft. Es sind auch die humanoiden Roboter – es geht nicht um die aktuelle Situation. In diesem Jahr gab es eine Studie der ETH, welche aufzeigte, dass KI Menschen sechs Mal mehr beeinflussen kann, als ein anderer Mensch. Das ist extrem beängstigend. Der Sprechende kann sich gut vorstellen, dass in Zukunft ein Roboter auf

Kinder besser und neutraler als spezialisierte Ausbildungspersonen zugehen kann. Dem muss man ins Auge schauen. Das ist eine Studie der ETH und nicht die persönliche Meinung des Sprechenden. Adrian Häfliger gibt der Sprechende recht. Ja, Einwanderer sind nicht Schuld und der Sprechende hat nichts gegen Einwanderer. Seine Frau ist auch keine Schweizerin. Allein Schuld sind die Politiker. Der Sprechende gibt keinem einzigen Einwanderer die Schuld – es ist wichtig das festzuhalten. Der demografische Wandel ist fakt – darüber muss man nicht diskutieren. Der Sprechende sieht ihn aber eher als Chance, anstatt als Risiko.

Zum Thema Teilzeitarbeit: Der Sprechende sagte nicht, dass die Stadt schuld sei. Auch die Wirtschaft fördert sie. Aber es ist ein Fakt. Wenn gewisse Leute weniger Prozent arbeiten, braucht es mehr Leute. Der Blick in die Zukunft ist divergierend. Der Blick des Sprechenden in die Zukunft mag unglaublich erscheinen. Man war aber noch nie in einer so umwälzenden Situation, welche mit einem solchen Tempo vorausgeht. Die Zukunft wird zeigen, wo man in fünf bis zehn Jahren steht.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 379 als Postulat.

- 12 Postulat 28, Adrian Häfliger und Monika Weder namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Anna-Lena Beck und Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion, Luzi Meyer und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion, Patricia Lang und Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion, Chantal Brauchli und Anna-Sophia Spieler sowie Timo Lichtsteiner und Jürg Häcki namens der SVP-Fraktion vom 17. Dezember 2024:**
Chancen von Open Source Software nutzen

Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Adrian Häfliger: Der Stadtrat schlägt vor, dass Postulat teilweise entgegenzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben. Im Postulat wurden vier Forderungen formuliert, keine einzige dieser wird in der Antwort des Stadtrates aufgenommen. Warum das trotzdem als teilweise Entgegennahme bezeichnet wird, ist ein Rätsel. Die Kombination der zwei Teilanträge: Teilweise Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung ist an sich bereits bemerkenswert. Wenn man etwas teilweise entgegennimmt, heisst es doch, dass man sich verpflichtet etwas dazu zu machen – sonst müsste man es ja ablehnen. Aber mit der Abschreibung wird gleichzeitig gesagt, dass es nichts mehr zu tun gibt. Das ist ein Widerspruch. Aber es ist ziemlich durchsichtig, wie es dazu kommt und warum man dieses Manöver macht. Bei der sehr breiten Unterstützung des Postulats durch alle Fraktionen kann sich der Stadtrat gar nicht erlauben, das Postulat abzulehnen. Weil aber offenbar trotzdem keine Lust da ist, auf die Forderungen einzugehen, ist die teilweise Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung ein Versuch, die Forderungen möglichst schnell und unauffällig aus der Welt zu schaffen. Die Postulant*innen lassen sich damit nicht abspeisen und halten an der vollständigen Überweisung fest.

Patricia Lang: In den letzten beiden Wochen standen wohl alle einmal vor einem halbleeren Milchprodukte-Regal in der Migros. Die Migros kann nicht viel mehr machen, als zuzuschauen und zu hoffen, dass das deutsche Softwareunternehmen SAP die IT-Probleme des Migros-eigenen Milchverarbeitungsbetriebs Elsa Group, welche bei der Umstellung einer SAP-Software entstanden, so bald wie möglich lösen kann. Dieses Fallbeispiel zeigt auf, welche Probleme durch die Abhängigkeit der Softwareindustrie entstehen können. Einfach die Software zu wechseln ist in der Regel keine Option. Entscheidet man sich bei der Digitalisierung der Prozesse für eine Software, unter anderem mit dem Ziel rascher, besser und günstiger als die Konkurrenz zu arbeiten, verpflichtet man sich für eine Nutzung über mehrere Jahre und es kostet sehr viel Geld, sich wieder aus dieser Abhängigkeit zu lösen. Das ist ein klassischer Vendor-Lock-in-Effekt.

Open Source Software ist kein Wundermittel, aber im Bereich der Unabhängigkeit von internationalen Softwarefirmen bietet sie grosses Potenzial. «Die Schweiz hängt am Tropf von Microsoft», schreibt die Republik in ihrem Artikel «Es knallt in den Kantonen» vom 16. Juni. Der öffentliche Sektor kauft – laut Aussagen des Verwaltungsdigitalisierungsexperten Matthias Stürmer zu schätzungsweise 98 Prozent

beim amerikanischen IT-Riesen ein. Die Klammer Datenschutz öffnet die Sprechende an dieser Stelle bewusst nicht, verweist aber gerne auf den eben erwähnten Artikel der Republik. In der Antwort des Stadtrats auf dieses Postulat wird nicht klar, in welchem Ausmass die Stadt OSS (Open Source Software) bereits nutzt und ob das Potenzial damit aktuell und auch in Zukunft optimal ausgeschöpft wird. In Anbetracht der zuvor genannten Zahlen liegt die Vermutung nahe, dass mehr möglich ist. Weiter gibt die Stadt in ihrer Antwort zu bedenken, dass die Office-Schnittstellen von geschäftskritischen Applikationen meist so konzipiert sind, dass sie nur mit den Office-Produkten von Microsoft bearbeitet werden können, was den Einsatz von OSS limitiert. Aber genau das ist ja das Problem bei kostenpflichtigen Software-Lösungen. OSS-Lösungen sind häufig flexibler, was die Verträglichkeit mit anderen Applikationen und die Anbindung an Schnittstellen angeht. Wenn eine Schnittstelle nicht verfügbar ist, gibt es eher eine Möglichkeit, diese einzubauen.

Die SP/JUSO-Fraktion ist überzeugt, dass es sich lohnt abzuklären und in einem strategischen Leitfaden festzuhalten, wo und wie ein Ausbau der Nutzung von OSS sinnvoll sein kann, damit die Stadt digital in kleinen Schritten souveräner wird. Die SP/JUSO-Fraktion hält darum an der vollständigen Überweisung des Postulats fest.

Jürg Häcki: Auch die SVP-Fraktion hat ihre Zweifel, ob eine Umstellung auf Open Source in allen Bereichen wirklich die richtige Lösung ist. Das ist der Grund, warum die Fraktion die vollständige Überweisung wünscht. Damit man das richtig prüfen kann und es danach vom Tisch ist. Das Postulat wurde von allen Parteien unterstützt. Insofern ist es umso wichtiger, dass der Stadtrat sich dem wirklich annimmt und das vollständig entgegennimmt.

Chantal Brauchli hat dieses Postulat mitunterzeichnet – nicht im Namen der Fraktion –, weil sie das Potenzial von Open Source Software grundsätzlich sieht. Open Source kann mehr Transparenz schaffen, die Wiederverwendbarkeit von Lösungen fördern und längerfristig zur Unabhängigkeit von grossen Softwareanbietern beitragen.

Doch die Antwort des Stadtrates zeigt: In der Stadt Luzern wird Open Source dort eingesetzt, wo es heute schon sinnvoll und wirtschaftlich ist – wie es auch in anderen grösseren Städten gemacht wird. Die Sprechende weiss: Das Thema ist technisch und komplex – und sie behauptet, dass es hier im Parlament wenige gibt, welche wirklich Expertinnen oder Experten im IT-Bereich sind.

Es handelt sich um ein sehr operatives Thema, das stark von den realen Möglichkeiten der Verwaltung abhängt. Gerade deshalb sollte man sich mit politischen Vorgaben zurückhalten, die in der Praxis nicht umsetzbar sind.

Die Stadt Luzern entwickelt keine eigenen Fachanwendungen. Sie beschafft Software, die am Markt verfügbar ist – so wie viele andere Städte auch. Und für kommunale Fachanwendungen gibt es heute kaum funktionierende Open-Source-Alternativen.

Noch wichtiger ist aber der personelle Aspekt: Die Zentrale Informatikdienste (ZID) der Stadt Luzern beschäftigen keine Softwareentwicklerinnen oder -entwickler. Diese Ressourcen fehlen – nicht nur in Luzern, sondern schweizweit. In einer Zeit des akuten IT-Fachkräftemangels ist es nicht realistisch, diese Kapazitäten kurzfristig aufzubauen.

Ein strategischer Leitfaden, wie ihn das Postulat verlangt, würde Ressourcen binden – aber ohne konkrete Entwicklungsprojekte fehlt ihm die praktische Wirkung. Er wäre gut gemeint, aber würde ins Leere laufen.

Die FDP-Fraktion steht für digitale Innovation, aber auch für Effizienz, Augenmass und eine realistische Priorisierung von personellen und finanziellen Mitteln. Mit einer vollständigen Überweisung des Postulats ist sie deshalb nicht einverstanden.

Adrian Häfliger dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Antwort auf das Postulat. Das meint der Sprechende ganz ehrlich, auch wenn er zuvor den Antrag scharf kritisierte. Die Antwort an sich ist differenziert und sehr umfangreich. Für den Sprechenden enthält sie alle wichtigen Argumente, welche für eine Überweisung des Vorstosses sprechen.

In der Antwort wird geschrieben, dass bereits relativ verbreitet mit Open Source Software gearbeitet wird – und das wird durchaus und ausschliesslich positiv geschildert. Bis heute ist dies aber vor allem im Server Infrastruktur Bereich der Fall. Aber es zeigt, dass es möglich ist, mit Open Source Software zu

arbeiten. Daraus abzuleiten, dass man nichts unternehmen sollte für mehr Open Source ist für den Sprechenden merkwürdig. Viel mehr könnte man genau studieren, was die Geling-Bedingungen sind, für die erfolgreichen Einführungen dieser Projekte und das als Vorbild nehmen, für weitere solche Projekte in anderen Bereichen. Weiter wird in der Antwort erwähnt, dass Open Source Software im Bereich Sicherheit Vorteile bietet, weil der Quellcode unabhängig überprüft werden kann. Der Sprechende spitzt das noch etwas zu: Eine wirkliche Sicherheitsprüfung ist nur möglich, wenn der Quellcode offengelegt wird. In der Antwort wird das aber eingeschränkt und es wird erklärt, dass es nur sicher ist, wenn die Prüfung dann auch tatsächlich durchgeführt wird. Das ist eine offensichtliche Wahrheit. Das ist wie, wenn man sagen würde, ein Hochsicherheitstresor sei nur sicher, wenn man die Türe auch zumacht. Aus dem würde man ja auch nicht schliessen, dass man keinen Tresor anschaffen sollte. Sicherheitsprüfungen und generell die Einführung und Wartung von Open Source Software braucht gut ausgebildetes Personal. Dass das bei der ZID (Zentrale Informatik Dienste der Stadt Luzern) nur beschränkt vorhanden ist, wird in der Antwort auch erwähnt. Das hat sicher auch mit dem von Chantal Brauchli erwähnten Fachkräftemangel zu tun. Aber eine Forderung des Postulats lautet ja, aufzuzeigen und zu prüfen, wie man Kompetenzen, dazu gehören auch die personellen Ressourcen, aufbauen könnte. Es braucht nicht unbedingt Programmiererinnen und Programmierer, es geht auch nicht darum, Software neu zu entwickeln, sondern es geht darum, bewährte Open Source Software anzuwenden. Das Braucht wie gesagt keine Programmiererinnen und Programmierer, sondern Leute mit technischem Know-how. Aber das sollte man vom Personal der ZID auch erwarten. Auch hier gilt: Kompetenzen sind auch in diesen Bereichen, wo Open Source bereits eingeführt wird oder eingesetzt ist, nicht einfach so vom Himmel gefallen, sondern wurden Schritt für Schritt sorgfältig aufgebaut. Nach diesem Vorbild könnte man auch in weiteren Bereichen die personellen Ressourcen oder Kompetenzen aufbauen.

Weiter wird in der Antwort mit Hinweis auf eine Studie gesagt, dass die Umstellung auf Open Source Software nur funktionieren kann, wenn alle Behörden, auf allen Ebenen zusammenarbeiten. Dem stimmt der Sprechende voll und ganz zu. Aber das Postulat verlangt ja nicht, dass die Stadt Luzern das alles im Alleingang machen soll und schon gar nicht, dass sie das von heute auf morgen machen soll. Es werden auch keine Kurzschlüsse oder kurzfristigen Lösungen verlangt, sondern eine langfristige Strategie. Die Postulant*innen verlangen, dass die Stadt prüft, was sie zu dieser Entwicklung beitragen kann. Dazu kann auch gehören, dass die Stadt aufzeigt, wo sie an ihre Grenzen stösst, wo sie Unterstützung durch andere Behörden und Ebenen benötigt, wie diese Zusammenarbeit aussehen könnte. Die Antwort auf derartige Fragen müsste in einem strategischen Leitfaden festgehalten werden. Das klarste Argument für den Handlungsbedarf liefert die Antwort, wenn beschrieben wird, dass die Schnittstellen der wichtigsten Applikationen so gemacht sind, dass sie nur mit Microsoft Office funktionieren und viele Programme nur über Windows-Plattformen bereitgestellt werden. Wie kann man noch deutlicher beschreiben, wie weit fortgeschritten und wie verheerend so eine Abhängigkeit ist. Das man aber gerade aus dem die Begründung «bastelt», warum man eben nichts ändern sollte, ist schlichtweg nicht erklärbar. Alle Argumente, welche für eine Überweisung dieses Postulats sprechen, sind in der Antwort des Stadtrates aufgeführt. Trotzdem möchte der Stadtrat nichts machen. Daraus spürt man, dass nicht einfach der Stadtrat aber die Verwaltung, welche es sich wahrscheinlich gemütlich eingerichtet hat, im Status quo, nun aufgefordert wird, sich zu bewegen. Das kann man verstehen. Die Verwaltung, bzw. die ZID ist operativ tätig und es ist nicht ihre Aufgabe, Visionen zu entwickeln. Es ist aber die Aufgabe der Politiker, diese Visionen zu entwickeln, und den Behörden klare Aufträge und klare Erwartungen mitzugeben. Daher hält die GRÜNE/JG-Fraktion an der vollständigen Überweisung fest und wird einstimmig Ja stimmen.

Luzi Meyer: Die Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche, klare und differenzierte Antwort, welche gut abbildet, welche Massnahmen am Laufen sind, und welche Strategie verfolgt wird. Auch wenn gewisse Punkte bereits umgesetzt werden, bzw. noch nicht umsetzbar sind, verlangt die Mitte-Fraktion aufgrund der abschliessenden Stellungnahme seitens Stadt die vollständige Überweisung, damit der Stadtrat am Thema dranbleibt und zukünftig gegebenenfalls Lösungen gefunden werden können, um die Abhängigkeiten von Monopoldienstleister zu vermeiden.

Daniel Lütolf: Die GLP-Fraktion sagt: Open Source? Open Mind! Denn wer offen entwickelt, entwickelt weiter, transparenter, nachhaltiger und oft auch günstiger.

Vieles wurde schon gesagt. Es gibt diverse Städte und Verwaltungen, welche das schon etabliert im Einsatz haben – wie München, Barcelona oder Rom. Warum also nicht auch Luzern?

Der Sprechende ist dafür, dass dem Thema Raum gegeben wird, und man die Chance prüft und das Potenzial nutzt.

Die GLP-Fraktion ist für eine vollständige Überweisung. Denn wer die Quelle offenlässt, spart sich später viele Probleme.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub stellt zu Beginn klar, dass der Stadtrat nichts gegen Open Source Software hat. Das wurde nie so geschrieben, jeder kann das nachlesen. Die Stadt Luzern, die Dienstabteilung Zentrale Informatikdienste und der Stadtrat sind sehr wohl für Open Source Software und Open Source ist auch bereits im Einsatz. Irgendwo entstand wohl ein Missverständnis.

Die Sprechende muss sich klar distanzieren von Vorwürfen, man habe eine faule Verwaltung mit faulen Mitarbeitenden, welche sich im stillen Kämmerlein ausruhen, nicht weiterbewegen und ohne Strategie unterwegs sind. Das ist beleidigend für kompetente und engagierte Menschen in der Verwaltung, welche sich mit solchen Themen intensiv auseinandersetzen.

Was bedeutet das parlamentarische Instrument, eine teilweise Überweisung oder Entgegennahme?

Betonen möchte die Sprechende, dass es noch nicht überwiesen ist, sondern nur von der Mehrheit der Fraktionen unterzeichnet wurde. Selbstverständlich kann man sagen, dass es somit so gut wie überwiesen ist, aber es wurde noch nicht überwiesen. Es handelt sich nicht um ein «Manöver». Das ist eine unfaire Aussage. Man nimmt etwas entgegen und beantragt gleichzeitig die Abschreibung in der Meinung, dass es sich um einen Dauerauftrag handelt. Wir haben nicht vor, nichts zu machen. Es wird nicht wahrer, nur weil man mehrfach wiederholt, der Stadtrat habe nicht vor, etwas in diesem Bereich zu machen. Das stimmt einfach nicht. Man ist daran und in der Antwort wurde dargelegt, woran man arbeitet. Aber wenn etwas eine Daueraufgabe ist, dann ist die Frage: wann würde man den Vorstoss dann abschreiben? Gerade heute wurde der halbjährlich wiederkehrende Bericht und Antrag zur Abschreibung von Motionen und Postulaten behandelt und man diskutierte, ob etwas erfüllt wurde oder nicht. Wann wäre dann dieser Vorstoss erfüllt? Wenn ganz Europa keine Microsoft-Produkte mehr braucht? Oder wann ist er dann erfüllt? Zum Thema MS 365 ist ein separater Vorstoss pendent – über diesen wird heute nicht diskutiert.

Zum Inhalt: Open Source Software ist bereits Teil der städtischen IT-Infrastruktur. Man möchte Koordination anstatt Alleingang. Open Source ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck. Die Stadt legt den Fokus auf Stabilität, Interoperabilität und Sicherheit. Sicherheit ist eine Frage der Umsetzung und nicht der Lizenz. Man möchte Standardisierung aufgrund der Grösse anstatt Individualentwicklungen.

Die Stadt Luzern setzt bereits heute gezielt Open Source Software dort ein, wo es technisch und organisatorisch sinnvoll ist – insbesondere auch in den Rechenzentren und auch bei verschiedenen Büroarbeitsplatzlösungen. Man beobachtet intensiv und ist auch bei Arbeitsgruppen des Bundes bereits mit dabei, bei denen man versucht, die Abhängigkeit von Microsoft zu reduzieren – welche heute einfach gegeben ist – und zwar bei allen. Es geht nicht nur um Microsoft, sondern auch um SAP etc. Aber wenn man meint, wenn man eine Lösung wähle, welche individuell sei, hätte man Sicherheit, täuscht man sich. Es kann auch anfälliger sein, es kann ein Sicherheitsthema sein. Im letzten Jahr erlebte man in der Stadtverwaltung den Fall, dass eine Schweizer Firma für Rekrutierungssoftware Konkurs ging. Es war eine riesige Übung mit Leuten, welche fast Tag und Nacht drei Wochen durchgearbeitet haben, um die Daten dieses Schweizer Produktes zu retten und auf eine neue Standardlösung zu überführen. Einzelentwicklungen sind nicht immer besser. Manchmal hat man eben mehr Sicherheit mit grösseren Lösungen.

Der Stadtrat beobachtet aktiv Pilotprojekte, welche es auf allen Staatsebenen gibt (auf Bundesebene, Kantonsebene und zum Teil im Ausland). Zum Vergleich mit München und Barcelona: Diese Städte haben auch U-Bahnen – und Luzern ist immer noch eine Stadt mit weniger als 90'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Man sollte schon schauen, was sich eine IT-Abteilung mit 50-60 Personen leisten kann und was nicht. Solche Vergleiche sind schwierig. In der Luzerner Gemeindelandschaft ist die Stadt

Luzern die einzige, welche eine eigene IT-Abteilung hat. Alle anderen kaufen das ein. Man ist weit weg von München aber auch anders als die anderen Luzerner Gemeinden.

Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass ein koordinierter Ansatz bei diesen Themen zwingend ist.

Alleingänge sind sehr aufwendig und kostspielig. Das kann sich die Stadt nicht leisten.

Open Source ist kein Selbstzweck. Die Stadt Luzern setzt OSS (Open Source Software) dort ein, wo es funktional ist, wirtschaftlich sinnvoll, nicht ideologisch, sondern pragmatisch, und so oft wie möglich, aber einfach nicht aus Prinzip, mit Fokus auf Stabilität und Interoperabilität.

Man hat geschäftskritische Anwendungen, welche bei den praxistauglichen OSS-Alternativen nicht gegeben sind – wo auf dem Markt nichts entsprechendes verfügbar ist. Und es wurde bereits gesagt: Die Stadt hat keine eigenen Entwickler. Folgenden Punkt hätte die Sprechende bereits einleitend nennen sollen: Warum nimmt der Stadtrat das Postulat nicht vollständig entgegen? Es betrifft einen einzigen Punkt. Es geht darum, dass ein strategischer Leitfaden erarbeitet werden soll. Das würde dann Sinn machen, wenn man Eigenentwicklungen hätte. Aber das hat die Stadt Luzern im Moment nicht. Die übrigen Ziele teilt der Stadtrat alle.

Für die Stadt ist die Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton extrem wichtig. My.lu war bereits Thema heute. Wenn man dort angebunden sein möchte, braucht das immer Schnittstellen. Darum ist die Zusammenarbeit extrem wichtig. Man muss gemeinsam auf diesen Weg gehen und nicht städtische Eigenlösungen forcieren.

Von den 55 Mitarbeitenden sind es acht, welche intensiv in OSS geschult sind. Warum ist das so? Die ZID ist ein interner ICT-Dienstleister, welcher ein breites Aufgabengebiet hat. Es gibt Applikationsmanager, Datenbankadministratoren, ICT-Sicherheitsspezialisten, Servicedesk-Mitarbeitende, vor Ort Supporter, ICT-Techniker, Kundenbetreuer und Projektleiter für die Einführung neuer Programme. Weiter gibt es Beschaffungsspezialisten – beim Staat muss man jede Software und jede Hardware ausschreiben. Dann gibt es Service-Manager für die einzelnen Services, System-Engineer, und es braucht auch in jeder Abteilung kaufmännische Mitarbeitende und Mitarbeitende im Rechnungswesen. Die ZID sorgt auch für den Postdienst in der Stadt Luzern, inkl. dem physischen Verträgen der Post. Es gibt ICT-Architekten, Daten-Architekten und Lehrlingsausbildner. Intensiv mit dem Thema OSS beschäftigen sich die wie gesagt acht System-Engineer und nicht alle anderen. Luzern ist eben nicht München oder Barcelona – sie hat rund 50 Leute zur Verfügung.

Es spricht nichts dagegen, den Grossteil des Postulates zu Überweisen. Man ist auf dem gleichen Weg, man möchte das gleiche machen, es gibt keinen Alleingang, sondern man ist mit den Partnern auf dem Weg, die Abhängigkeiten zu reduzieren und situativ OSS zu prüfen. Was der Stadtrat nicht machen möchte, ist ein Leitfaden, welcher abstrakt ist von dem, was man bisher bereits macht, weil Luzern keine Eigenentwicklungen macht.

Die Mehrheit unterstützt das Anliegen, es handelt sich um ein Postulat und man ist auf dem Weg – daher versteht die Sprechende nicht, warum solche Vorwürfe gemacht werden.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 28 entgegen dem Antrag des Stadtrates vollständig. Das Postulat wird entgegen dem Antrag des Stadtrates nicht abgeschrieben.

**13 Interpellation 25, Mirjam Fries und Luzi Andreas Meyer namens der Mitte-Fraktion vom 5. Dezember 2024:
Entwicklung des öffentlichen Raumes im Stadtteil Littau**

Luzi Meyer verlangt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Luzi Meyer: Die Antwort auf die Interpellation zeigt auf, dass die Stadt doch einiges tut, nur sieht man aber noch nicht viel davon. Seit der Einreichung der Interpellation 25 wurde der Bericht und Antrag 3/2025 Littau Zentrum behandelt. Da wurde aufgezeigt, dass der Stadtrat handeln will, dass das aber lange dauern wird. Das kann man durchaus positiv würdigen. Generell zeigt die Antwort der Stadt auf die

Interpellation gut auf, was und wo die Stadt alles plant. Es ist nichts Neues, aber das Dokument gibt einen guten Überblick.

Was die Grünzonen betrifft, so ist Littau nicht grundsätzlich unterversorgt und es ist tatsächlich so, dass die weitere Planung im Längweiher und Grenzhof grosszügige Freiraumgerüste vorsieht. Es gibt aber noch Gestaltungsspielraum, und diesen will die Stadt nutzen. Unverständlich ist, dass dies bei der bisherigen Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurde. Es handelt sich zwar um private Grundstücke, hat wohl aber zu wenig hingeschaut bei Gestaltungsplänen. Bei den eigenen Grundstücken hat die Stadt mehr Spielraum, und diesen soll und wird sie auch nutzen. Besonders positiv sei hier der Siedlungsraum Längweiher / Udelboden genannt: Die Gestaltung des Landschaftsparks soll schnell und unabhängig der Wohnzone umgesetzt werden. Der Betrachtungsperimeter Längweiher / Udelboden in Bezug auf die siedlungsinternen Begegnungsräume wird hierbei weit gefasst und umschliesst auch die Planungen an der Luzernerstrasse, dem Zentrum St. Michael und dem neu zu entwickelnden Quartierzentrum im Bereich Coop Luzernerstrasse / St. Michael. Die Planung ist mit einem qualitätssichernden Verfahren ab 2028 vorgesehen.

Die angedachten Planungen im Bereich Freiraum im Gebiet Grenzhof, der Waldpark am Hang, sehen vielversprechend aus. Die grosse Abhängigkeit von weiteren Projekten, namentlich dem Schulhausprovisorium sind verständlich. Dass für die weitere Planung keine Zeitangabe gemacht werden kann, ist aber bedauerlich. Der geplante Umgang mit dem Gebäude Grenzhof wird begrüsst.

Auch erfreulich ist, dass die Erhöhung der Aufenthaltsqualität mit verschiedenen Massnahmen, namentlich Spielplätzen und Parkanlagen, sowie der Sanierung und Erweiterung des Waldschwimmbads Zimmeregg, umgesetzt wurden. Weitere Projekte sind in der Pipeline, dürften aber erst gegen Ende des Jahrzehnts spruchreif werden.

Der Stadtrat verneint, dass es sich um eine Schlafstadt handelt. Mit dem REK (Raumentwicklungskonzept) hat die Stadt ein wirkungsvolles Werkzeug zur Hand, um Zitat: «Die Themen Siedlung, Freiraum und Mobilität sorgfältig aufeinander abzustimmen». Das mag sein, aber der Anteil Wohnungen nimmt überproportional zu. Der Mitte-Fraktion ist es ein Anliegen, dass nicht nur die Versorgung (Siedlung, Freiraum, Mobilität), sondern auch der soziale Aspekt stärker berücksichtigt wird und den Themen Wohnen, Arbeiten und Freizeit die notwendigen Voraussetzungen eingeräumt werden, damit lebendige Quartiere entstehen oder erhalten bleiben. Vor allem vor dem Hintergrund, weil die Belebung und Nutzung des öffentlichen Raums vornehmlich von privaten Grundeigentümerschaften und privaten Nutzenden abhängt, ist es wichtig, dass die rechtlichen und strategischen Rahmenbedingungen seitens Stadt dementsprechend gegeben und gewährt sind.

Alles in allem begrüsst und bedankt die Mitte-Fraktion die Antwort des Stadtrates und wird diese Themen für den Stadtteil Littau / Reussbühl weiterhin beobachten.

Patricia Lang: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine ausführliche und differenzierte Antwort auf diese Interpellation. Mit einer Grafik aus der «Freiraumversorgungsanalyse 2024» zeigt der Stadtrat auf, welche Gebiete in der Stadt aktuell über zu wenig private und/ oder öffentliche Freiflächen verfügen – die in der Interpellation genannten Gebiete gehören mehrheitlich nicht dazu, wobei der Stadtrat jedoch anerkennt, dass sich das Verhältnis aufgrund der grossen Wohnbauprojekte künftig verschieben wird. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass besonders die grösseren Wohnbauprojekte in Littau und allgemein die Dynamik der Entwicklungen eine sorgfältige Planung des öffentlichen Raums durch die Stadt Luzern verlangen. Dort wo die Stadt den notwendigen Handlungsspielraum hat, treibt sie die Entwicklung entsprechend voran, beispielsweise beim geplanten Quartierzentrum St. Michael und dem Landschaftspark Udelboden. Die Entwicklungsstudie Längweiher/ Udelboden ist unter Einbezug der Quartiervertreter*innen erstellt worden und im Herbst 2024 hat man zudem eine Nutzer*innen-Erhebung durchgeführt, damit der geplante Freiraum vielseitig, attraktiv und naturnah weiterentwickelt und entsprechend den Bedürfnissen der angrenzenden Quartiere und deren Nutzer*innen ausgestaltet werden kann.

Zur in der Interpellation geäusserten Angst, dass Littau zur «Schlafstadt» wird, verweist der Stadtrat auf das Raumentwicklungskonzept, welches weiterhin als strategische Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung dient und auf die Chancen der zusammengeführten Bauzonenordnung, welche das Ziel des Erhalts der Nutzungsvielfalt verfolgt. Er hält aber fest, dass die effektive Nutzung und die Belebung des öffentlichen Raums unter anderem auch von der Bevölkerung abhängen. Um der befürchteten

Entwicklung entgegenzuhalten sind auch die Einwohnerinnen und Einwohner gefordert, dieses Engagement gezielt zu fördern und sich als Privatpersonen in den Quartieren entsprechend zu engagieren.

Chiara Peyer: Die GRÜNE/JG-Fraktion dankt den Interpellant*innen für die Fragen und es ist ihr ein grosses Anliegen, dass allen Bewohnenden der Stadt Luzern genügend Freiraum und insbesondere öffentlicher Freiraum zur Verfügung steht. Der Stadtrat verweist hier auf die Freiraumversorgungsanalyse. Aus der Antwort des Stadtrates lässt sich herauslesen, dass die Versorgung mit öffentlichem Freiraum bis auf wenige Quartiere im Stadtteil Littau gegeben ist. In den Gebieten Reussbühl und Littau Dorf hinkt man beim Zugang zu öffentlichen Flächen noch etwas nach. Die GRÜNE/JG-Fraktion ist auch gespannt auf den Controlling-Bericht zur Stadtraumstrategie. Bei dieser Gelegenheit wird man sicher auch mehr Zeit finden, die Freiraumversorgungsanalyse eingehender zu diskutieren.

Die GRÜNE/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die ausführlichen Antworten, welche sehr schlüssig sind. Es gibt viele Projekte, welche aufgelegt sind und die Antwort des Stadtrates gibt einen guten Überblick darüber. Trotzdem erscheint es wichtig, bei diesem Thema aufmerksam zu bleiben, damit ein attraktiver und begrünter öffentlicher Freiraum im Stadtteil Littau und auch in den anderen Quartieren, welche in der Freiraumanalyse violett, also unterversorgt sind, also insbesondere das Gebiet Neustadt, sichergestellt werden kann.

Baudirektorin Korintha Bärtsch dankt der Mitte-Fraktion für die Fragen zum öffentlichen Raum und zur Entwicklung des Stadtteils Littau. Mit den Antworten auf die Fragen konnte der Stadtrat aufzeigen, dass er am gleichen Strick zieht und die gleichen Absichten verfolgt, welche auch im Raumentwicklungskonzept 2018 dargelegt wurden. Man konnte auch aufzeigen, dass man mit dem Instrument der Freiraumanalyse einen guten Indikator hat, mit welchem man immer wieder aufzeigen kann, wie der aktuelle Stand des Freiraums ist – in der ganzen Stadt, nicht nur im Stadtteil Littau. In den nächsten Tagen erscheint der Controlling-Bericht zur Stadtraumgestaltung, welcher schon lange versprochen wurde, und auch dort wird nochmals aufgezeigt, wie es mit der Freiraumversorgung in der Stadt Luzern aussieht.

Der Landschaftspark Längweiher ist eines der grossen Bijous, welcher im Stadtteil Littau gemacht werden kann, wenn dort die Überbauungen angegangen werden. Patricia Lang sagte es schön: Da wo man Handlungsspielraum hat, ist man dran. Man ist aber auch da dran, wo man nur beschränkten Handlungsspielraum hat. Das konnte auch im Bericht und Antrag zur Motion Fanghölfi-Erweiterung und Luzernerstrasse aufgezeigt werden – mit dem Betriebs- und Gestaltungskonzept, bei welchem man von unten bis oben prüfte, wie man den Strassenraum quartiercharaktermässig besser gestalten kann und nicht Gefahr läuft, dass es eine Strassenschlucht mit einer hohen Geschwindigkeit hat.

Es handelt sich um eines der grossen Entwicklungsgebiete – die Strasse hinauf links und rechts. Gerade gestern Abend fand ein Workshop mit der Genossenschaft statt. Es ist wichtig, dass man nicht einfach die Strasse in der Mitte hat und links ein Quartier und rechts ein Quartier. Man muss eine Verknüpfung von der einen zur anderen Seite erreichen. Es darf keine Strassenschlucht geben, welche eine Trennwirkung behält, wie es heute ist. Das ist auch die Absicht der Stadt.

Zum «Schlafstadt»-Gedanken: Einerseits, das wurde in der Interpellation auch angesprochen, geht es um die Verdichtung – dass höhere Häuser auch in den heute ein- bis zweistöckigen Quartieren gebaut werden. Wie die ansässige Bevölkerung mit dieser Verdichtung umgehen wird, wird auch ein Thema sein, welches man angehen muss. Weiter werden 600 bis 800 neue Wohnungen auf einmal entstehen – hier ist die Stadt auch daran, sich zu überlegen, wie man hier allenfalls Zwischennutzungen einrichten könnte, damit die neuen Quartiere bereits belebt werden können, damit man nicht in eine «Schlafstadt» gerät. Damit man etappenweise mit Zwischennutzungen in das Gebiet einwirkt und es so belebt.

**14 Interpellation 31, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion und Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 19. Dezember 2024:
Wie stehts um die Begegnungszonen auf Antrag der Bevölkerung?**

Claudio Soldati: Begegnungszonen auf Antrag demokratisieren den öffentlichen Raum und stärken den Zusammenhalt im Quartier – gerade für Menschen, welche keinen eigenen Garten vor dem Haus haben. Die Luzernerinnen und Luzerner nehmen diese Möglichkeit gerne in Anspruch. Seit dem Jahr 2020 entstanden neu 28'000 m² Begegnungszone. Das sind vier Fussballfelder oder zwei Vögeligärtli. Das Projekt funktioniert sehr gut und der Sprechende dankt den zuständigen Personen aus der Verwaltung und richtet einen besonderen Dank an die aktiven Quartierbewohner*innen.

**15 Postulat 68, Elias Steiner, Chiara Peyer und Judit Aregger namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 16. April 2025:
Berechnung der abzubauenden Parkplätze**

Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Elias Steiner dankt dem Stadtrat, dass die Antwort so schnell kam, obwohl sich der Grosse Stadtrat an der letzten Sitzung gegen die Dringlichkeit aussprach. Dem Inhalt der Antwort kann der Sprechende aber leider nicht folgen. Die Argumentation ist schwammig und nicht besonders logisch. Es ist eigentlich nicht die Art des Sprechenden, aber er ist für einmal fast ein wenig empört. Wahrscheinlich geht es ihm fast mehr um die Mathematik als um die Parkplätze. Aus der Medienmitteilung entnimmt der Sprechende, dass man die Parkplätze Ende 2024 frisch zählte und merkte, dass man in der Vergangenheit von zu vielen Parkplätzen ausging. An dem ist nichts Schlimmes und es ist loblich, wenn man solides Datenmaterial beschafft. In einem weiteren Schritt wurde hochgerechnet, was das für den für die Parkplatzreduktion in der Klima- und Energiestrategie relevanten Wert, des Jahres 2018, bedeutet. Und so kommt man auf eine tiefere Zahl – nämlich auf ein Total von 6'461 anstelle von 7'255 Parkplätzen im Jahr 2018. Also eine Reduktion um 794 – fast 800. Auch das ist soweit nachvollziehbar. Aber das wirklich einzig logische, was man jetzt machen kann, ist, den neuen Ausgangswert zu halbieren und zu einem neuen Zielwert für die Anzahl öffentlicher Parkplätze in der Stadt zu kommen. So wie es in der Klima- und Energiestrategie verlangt wird. Das heisst, man baut nun Total nur noch 3'231 Parkplätze a, anstatt wie bisher 3'628. Alles andere ist doch politisch motiviertes Zahlenjonglieren und Verwirrung stiften. In der Stellungnahme zum Postulat führt der Stadtrat drei Argumente auf, warum er das aber dennoch nicht machen möchte. Keines davon ist einleuchtend – alle scheinen irgendwie vorgeschoben, um ein ganz komisches Vorgehen, nach dem es aufgefliegen ist, doch noch zu rechtfertigen. Trotzdem versucht der Sprechende, nicht ganz so kurz, auf diese Argumente einzugehen.

1. Argument: Bei der früheren Zählung zählte man fälschlicherweise einige private Parkplätze, auf Privatstrassen als öffentliche. In diesem Argument fehlen aber diverse wichtige Angaben. Zuerst einmal wäre der Zeitraum relevant. Wenn das vor dem Jahr 2018 passierte, ist das Argument so oder so nichtig. Die Klima- und Energiestrategie verlangt unmissverständlich, eine Halbierung der öffentlichen Parkplätze auf Basis der Anzahl Parkplätze im Jahr 2018. Das heisst, wenn die Zahl für das Jahr 2018 nicht korrekt war, muss man die neue Zahl nehmen und diese halbieren. Wenn das aber nach dem Jahr 2018 passierte, ist ja nicht das Total falsch, wie es in der Medienmitteilung steht, sondern dann müsste ein Satz stehen wie: «Eine Neuzählung der Parkplätze ergab, dass seit dem Jahr 2018 794 Parkplätze auf privaten Strassen in der Stadt Luzern von öffentlich zugänglichen zu privaten Parkplätzen mutierten. Diese Mutationen waren der Stadt bisher nicht bekannt und konnten nun, den bereits abgebauten Parkplätzen zugerechnet werden.» In diesem Fall könnte der Sprechende nachvollziehen, dass man die Parkplätze als abgebaut zählen würde. Gleichzeitig scheint das aber nicht plausibel, weil die Stadt doch von diesen Mutationen etwas mitgekommen hätte. Die müssen doch gemeldet werden? Und andererseits scheint das schlicht von den Zahlen her nicht realistisch. Das «einige, und vereinzelt», in der Wortwahl des Stadtrates, kann sich doch nicht auf fast 800 Parkplätze beziehen, bei denen solche Mutationen stattgefunden haben sollen. In der Medienmitteilung steht, dass die Stadt 641 Parkplätze abbaute, seit

Inkrafttreten der Klima- und Energiestrategie. Private hätten also klammheimlich recht viel mehr als das einfach selber umgewidmet. Und falls das doch so wäre, wäre es doch die Pflicht des Stadtrates, über diese recht extreme Entwicklung transparent zu informieren. Das ginge nämlich total gegen den Spirit der Klima- und Energiestrategie und würde ganz sicher massiv Fragen aufwerfen. Es kann ja nicht sein, dass die Zielerreichung in erster Linie daraus besteht, dass Parkplätze einfach von öffentlich in private umgewidmet werden. Und wenn das in Einzelfällen passierte, und es gerechtfertigt ist, dass man diese als abgebaut zählt – ja nu, es ist ein Postulat es lässt einen gewissen Spielraum zu. Die Argumentation des Stadtrates ist total intransparent. Es wird irgendetwas mit Zahlen jongliert. Eine neue Datenerhebung wird instrumentalisiert, um politisch beschlossene Massnahmen abzuschwächen. So darf man nicht vorgehen.

Der Sprechende kann sich vorstellen, dass einige Leute hier im Grossen Stadtrat geneigt sind, das Postulat abzulehnen. Weil sie gegen den Parkplatzabbau sind und hier eine vom Volk beschlossene Massnahme abschwächen könnten. Der Sprechende bittet diejenigen, das nicht zu tun. Der Sprechende hat nichts gegen eine gute Parkplatzdiskussion, aber dann macht einen Vorstoss und lanciert eine Initiative und argumentiert mit Argumenten. Wenn man Zahlen einfach irgendwie dreht, um ans Ziel zu kommen, kommt es nicht gut. Es gibt viele Leute, für die ist der Parkplatzabbau von hoher Priorität. Die sind schon frustriert, wenn es nicht schneller vorwärtsgeht. Wenn nun einfach mit den Zahlen jongliert wird, schadet das massiv dem allgemeinen Vertrauen in die Politik und in die Verwaltung. Das kommt nicht gut.

Argument 2: Man sollte den Zielwert nicht nach kurzer Zeit anpassen. Auch das ist nicht logisch. Der Zielwert aus der Klima- und Energiestrategie besteht aus zwei Werten: 3'628 Parkplätze werden abgebaut und 3'628 Parkplätze bleiben. Der Sprechende ist kein Fachexperte, aber kann sich gut vorstellen, dass die Verantwortlichen in der Verwaltung 3'628 Parkplätze suchen, welche man gut abbauen kann, und nicht 3'628, welche man erhalten kann. Der Zielwert, mit dem gearbeitet wird, verändert sich also so oder so. Man könnte ja auch argumentieren, dass man nun nicht weniger als 3'628 Parkplätze abbauen sollte. Denn auf das arbeitet die Verwaltung hin. Und das Ziel wird von der Bevölkerung erwartet. Also die einzige Konstante sollte doch der politisch wirklich gewollte Wert von 50 % sein. Und zwar auf der Basis des verlässlichsten Wertes, welchen man für das Jahr 2018 hat. Wenn man neuere verlässlichere Zahlen hat, nimmt man einfach ab sofort überall diese. Alles andere kommt nicht gut. Um eine Verschärfung der Ziele, wie es der Stadtrat unterstellt, geht es wirklich nicht.

Argument 3: In der Zukunft werden verschiedene Strategien erarbeitet, wo man dann immer noch die Zahlen anpassen kann. Aber das widerspricht doch dem Postulat nicht. Die Postulant*innen fordern, dass man mit den aktualisierten Zahlen sauber arbeitet. Das explizit im Planungsbericht zum Parkplatzabbau, aber natürlich auch bei allen anderen Strategien, welche in Zukunft ausgearbeitet werden.

Die GRÜNE/JG-Fraktion hält vehement am Postulat fest und der Sprechende bittet alle Mitglieder des Grossen Stadtrates eingehend, ihnen zu folgen. Der Sprechende möchte die Parkplatzdebatte hart weiterführen, mit Argumenten, wenn es sein muss auch einmal mit einem lauten Ton. Wenn aber auf so eine intransparente und unnachvollziehbare und doch irgendwie durchschaubare Art an Zahlen herumgeschraubt wird, ist es doch die Pflicht der Parlamentarier genau hinzuschauen und das zu stoppen.

Roland Z'Rotz: Im Bericht und Antrag zur Klimastrategie 2021 steht klar und wörtlich: «Bis im Jahr 2040 sollen 50 % oder 3'628 der aktuell 7'255 Parkplätze auf öffentlichem Grund aufgehoben bzw. umgenutzt werden.» Die Betonung liegt aus Sicht der GLP-Fraktion auf der Zahl 50 %. Und nicht auf der Zahl 3'628 – denn diese Zahl ergibt sich aus den 50 % und berechnet sich auf einer falschen Basis. Fakt ist also, dass die Bevölkerung die Klima- und Energiestrategie im Jahr 2021 genehmigte und damit besteht ein klarer Auftrag an den Stadtrat, genau diese 50 % der Parkplätze abzubauen oder umzunutzen. Somit ist eigentlich alles klar. Um dem Vorurteil gerecht zu werden, dass die GLP die Partei der Akademiker ist, hält sich der Sprechende nüchtern und sachlich an die Mathematik, was auch Elias Steiner bereits versuchte. Auch die GLP-Fraktion überprüfte die Rechnung und kommt zum Ergebnis, dass die korrekte Zahl 2'590 ist – genau wie es Elias Steiner auch sagte. Fazit: Der Stadtrat versucht sämtliche der falsch gezählten Parkplätze vom Abbausoll abzuziehen. Das ist nicht richtig bzw. entspricht nicht dem Volkswillen. Daher wird die GLP-Fraktion auch für eine vollständige Überweisung stimmen.

Patrick Zibung: In der Klima- und Energiestrategie wollte der Sprechende nachlesen, wie oft von den 50 % geschrieben wird oder eben von 3'628 – er fand es nicht heraus und hat wie der Stadtrat nicht die genauen Zahlen. Subjektiv ist der Sprechende der Meinung, dass eher der Zielwert von 3'628 zu berücksichtigen ist und nicht die 50 %. In der kurzen Zeit, in der der Sprechende in der Strategie nach diesen zwei Richtwerten suchte, fand er die 50 % nur einmal und die 3'628 doch mehrere Male. Der Sprechende fühlt sich im Moment wie an der Fleischtheke, wo es manchmal heisst: Darf es auch etwas mehr sein? Aber anders als an der Fleischtheke lehnt die SVP-Fraktion dieses Angebot hier ab. Es geht nämlich nicht um etwas Genussvolles, sondern um das Gegenteil. Wer mit dem Auto in der Stadt dem Genuss frönen möchte, wird künftig aus der Stadt ausgeschlossen und mit dem Postulat wird das noch verschärft. Und mit Genuss meint der Sprechende nicht, man hockt irgendwo in eine Beiz oder in ein Strassencafé, sondern man macht Besorgungen in der Stadt und auch Besorgungen, welche man nur hier machen kann, und man gibt Geld aus. Die Stadt möchte ja genau diese Funktion – weil damit Geld verdient wird. Sie möchte die Zentrumsfunktion innehaben. Man möchte immer noch ein Stadttheater im Zentrum von Luzern, man möchte aber auch ein breites Angebot an Gewerbebetrieben, Gastrobetrieben oder auch am kulturellen Angebot haben. Von dem lebt eine Stadt ja auch. Damit dieses Angebot bestehen bleiben kann, braucht es eine gewisse Frequenz, bei welcher die SVP-Fraktion der Überzeugung ist, dass diese nicht mit den lokalen Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht werden kann. Es braucht Leute, die von ausserhalb in die Stadt kommen. Natürlich ist es gut, wenn sie das mit dem ÖV oder mit dem Velo machen, aber es gibt auch viele Leute, die das mit dem Auto machen möchten oder auch müssen. Bereits heute ist ein Rückgang spürbar. Die Leute kommen nicht mehr so gerne in die Stadt – zumindest die, die das mit dem Auto machen möchten. Für die Linken mag das auf den ersten Blick noch gut sein. Was sie aber vergessen ist, dass Geschäfte und Dienstleister deswegen wegziehen. Und auch das kann nicht im Sinne der Linken und Grünen sein. Eine Stadt lebt nicht nur von ein paar wenigen veganen Cafés und alternativen Angeboten. Zumal die Linken auch nicht so gerne den Konsumzwang haben – aber es braucht Leute, welche von ausserhalb kommen und konsumieren und eben auch Geld ausgeben. Nun kommt man, und möchte die aus Sicht der SVP-Fraktion masslosen Ziele der Klima- und Energiestrategie noch weiter verschärfen, in dem man einfach behauptet, es wäre ein anderer Ausgangswert oder man habe über etwas anderes abgestimmt. Der Sprechende schaute es noch einmal nach: Es steht die Zahl 3'628 als Zielwert, die Ausgangszahl ist 7'255. Über das wurde abgestimmt. Es ist offenbar eine völlig falsche Zahl. Dem Vorgänger von Stadtrat Baumann ist das vorzuwerfen, und es ist wirklich peinlich, dass man nicht einmal eine Ahnung hat, über was man die Leute abstimmen lässt. Es ist schlicht unseriös – und nun hat man den Salat – den Zahlensalat. Wer hat nun recht, wer hat unrecht? Für die SVP-Fraktion ist ganz klar, es braucht zu diesem Thema noch einmal einen klaren Volksentscheid. Man ist dran, die Grundlagen zu erarbeiten und es wird über die korrekte Anzahl diskutiert. Die SVP-Fraktion würde bei einer allfälligen erneuten Abstimmung auch Hand für einen Kompromiss bieten, aber im Vordergrund ist wichtig, dass ein klarer Entscheid des Volkes besteht, welchen man dann entsprechend umsetzt. Der Sprechende ist überzeugt, dass die Bevölkerung den masslosen Abbau nicht möchte und daher auch nicht noch mehr Abbau möchte. Er ist ganz klar überzeugt, aufgrund der Diskussionen, welche in letzter Zeit auch in der Öffentlichkeit geführt wurden, z. B. in Bezug auf die Winkelriedstrasse, dass es wirklich so ist, dass es die Bevölkerung so nicht möchte. Es ist zwar nicht repräsentativ, aber zentralplus machte einmal eine Umfrage zum Thema Parkplatzabbau und da war klar nicht der Tenor, dass man noch mehr Abbau möchte, sondern dass wenn man schon einen masslosen Abbau möchte, dass man wenigstens bei den 3'628 stoppt und nicht unter diesen Schwellenwert kommt. Ironisch an der ganzen Sache ist, dass genau die Grünen die Unklarheit kritisieren, aber es war genau ihr Stadtrat, welcher die Misere einbrockte. Und Elias Steiner erahnte es richtig: Die SVP-Fraktion ist sehr geneigt, das Postulat abzulehnen, weil sie gegen den masslosen Parkplatzabbau ist – und sie macht es auch: Sie SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Daniel Gähwiler ist erstaunt, wie viele Emotionen solche Zahlen auslösen können, und bleibt selbst auf der Ebene der Zahlen. Das Schuljahr neigt sich dem Ende zu und die Badi-Nachmittage beginnen an den Schulen überhandzunehmen. Trotzdem: Dieser Dreisatz der stadträtlichen Parkplatzberechnung würde auch in der aktuellen Sommerhitze in keiner Mathe-Prüfung durchkommen. Die Postulant*innen haben es sehr schön nachgerechnet und man kann erahnen – der Sprechende auch. Die Berechnung von Elias Steiner ist korrekt. Dem stellt der Stadtrat seine Punkte entgegen und den Sprechenden überzeugen

diese nicht. Einerseits der erste Punkt, dass diese Parkplätze fälschlicherweise als öffentliche gezählt wurden, obwohl sie auf Privatstrassen liegen. Hier gilt, als öffentlich aufgehoben, weil auf Privatgrundstück. Das ist eine Wortklauberei, weil die Frage doch ist, und das wird aus der Klima- und Energiestrategie deutlich: Werden auf diesen Flächen noch Autos parkiert oder nicht? Die Stimmbevölkerung sagte Ja zum Abbau dieser Parkplätze, und zwar mit Blick aufs Klima und nicht mit Blick ins Grundbuch. Gemäss Massnahme M03 der Klima- und Energiestrategie besteht der Auftrag, dass private Parkplatzangebot ebenfalls klimaverträglich anzupassen. Hier stellt sich zudem die Frage der Bewirtschaftung dieser Parkplätze, welche plötzlich privat sind. Der Sprechende hofft, dass der Stadtrat im angekündigten Planungsbericht auf solche Fragen eine Antwort liefert. Der zweite fragwürdige Punkt des Stadtrates ist, dass gemäss Massnahme M02, explizit der Zielwert von 3'628 Parkplätze festgelegt worden sei. Explizit. Da einige die entsprechenden Massnahmen nicht mehr präsent haben, zitiert es der Sprechende noch einmal: Die Massnahme M02 auf Seite 122 der Klima- und Energiestrategie sagt: «Bis im Jahr 2040 sollen 50 % oder 3'628 der aktuell 7'255 Parkplätze auf öffentlichem Grund aufgehoben bzw. umgenutzt werden.» Wie man hier explizit einen Zielwert herauslesen möchte, erschliesst sich dem Sprechenden nicht. Im Gegenteil sind hier zwei verschiedene Interpretationen lesbar. Entweder 50 % aller öffentlichen Parkplätze werden aufgehoben – wie es auch schon gesagt wurde, oder 3'628 Parkplätze werden aufgehoben. Ein Zielwert lässt sich, wenn überhaupt, nur indirekt ablesen. Wenn man aber so weit ist, dass man für verschiedene Definitionen und Begrifflichkeiten hin und her wegen muss, orientiert man sich besser an den übergeordneten Grundsätzen. In der Klima- und Energiestrategie wäre das der strategische Grundsatz gemäss Gemeindestrategie, welcher Anfangs erwähnt wird. Der sorgsame Umgang mit den Lebensgrundlagen pflegen, heisst es so schön. Zitat: «Die Stadt Luzern und ihre Bewohner*innen sorgen dafür, dass die Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen erhalten bleiben.» Dazu sagten alle Ja. Gemäss diesem Leitsatz und mit dem Abstimmungsergebnis aus dem Jahr 2022, ist der Auftrag an den Stadtrat klar. Auch wenn es das vorliegende Postulat leider als Erinnerung daran braucht. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Postulat daher zu – für eine transparente Parkplatzplanung auf solider Grundlage.

Anna-Sophia Spieler: Patrick Zibung erwähnte es bereits: Was lange versäumt wurde, holte der Stadtrat nun endlich nach: Die Erhebung der tatsächlichen Anzahl öffentlicher Parkplätze. Das eine verlässliche Datengrundlage erst vier Jahre nach der Verabschiedung der Klima- und Energiestrategie vorliegt, ist unbefriedigend. Die bisherigen Parkplatzzahlen basieren auf veralteten, teils fehlerhaften Daten. Wer nun fordert, dass neue Datengrundlagen zu einer Verschärfung der Ziele führen sollen, stellt das Prinzip der evidenzbasierten Politik auf den Kopf. Bei der Abstimmung zur Klima- und Energiestrategie im Jahr 2021 ging man von 7'255 öffentlichen Parkplätzen aus. Allerdings wurden damals auch Parkplätze auf privaten Strassen fälschlicherweise zu den öffentlichen Parkplätzen gezählt. Obwohl sie der Allgemeinheit gar nie zur Verfügung standen. Es ist daher sachlich und methodisch korrekt, dass der Stadtrat die jetzt aus der Statistik entfernten 794 Parkplätze, als Teil des bereits erfolgten Abbaus wertet. Denn was nie hätte einberechnet werden dürfen, kann heute nicht als zusätzliches Reduktionspotenzial behandelt werden. Die Bereinigung ist kein Rückschritt, sondern ein überfälliger Fortschritt. Sie stärkt letztlich die Glaubwürdigkeit der politischen Zielsetzung. Die Forderungen der Postulanten laufen ins Leere. Das Ziel der Halbierung der öffentlichen Parkplätze bis ins Jahr 2040 steht und wird aktiv verfolgt. Und auch inhaltlich bringt das Postulat keinen Mehrwert. Der Stadtrat kündigte bereits an, bis Ende 2025 einen umfassenden Planungsbericht vorzulegen, welcher genau das leisten soll, was die Postulanten verlangen: Eine transparente, nachvollziehbare und methodisch saubere Grundlage für den weiteren Parkplatzabbau. Das Postulat wiederholt damit nicht nur bereits bekanntes, sondern ignoriert bewusst die laufenden Arbeiten. Der Vorwurf die heutige Zielsetzung sei zu wenig ambitioniert, greift nicht. Der Stadtrat hat den Reduktionspfad definiert – mit Planungshorizont und mit Rücksicht auf die rechtlichen, sozialen und verkehrstechnischen Rahmenbedingungen. Wer diesen Pfad nun einseitig verschärfen möchte, untergräbt die laufenden politischen Prozesse und riskiert auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Eines ist klar: Wer Parkplätze abbaut, muss auch erklären, wie Mobilität, Logistik und soziale Teilhabe künftig funktionieren sollen – und zwar für alle. Die FDP-Fraktion lehnt daher das Postulat klar ab.

Roger Sonderegger fand es bisher spannend zum Zuhören – es ist eine spannende Diskussion. Zum Thema privat, halböffentlich, bzw. öffentlich zugänglich und öffentlich: Daniel Gähwiler rief verdankenswerterweise noch einmal das in Erinnerung, was die Grundlage für diese Diskussion bildet: Die Forderung, oder die Massnahmen 02 in der Klima- und Energiestrategie. Verkehrlich gesehen ist ein privater Parkplatz etwas ganz anderes als ein öffentlicher Parkplatz. Er generiert viel weniger Verkehr. Er wird entweder zum Wohnen oder zum Arbeiten genutzt. Ein öffentlicher Parkplatz wird dauernd neu benutzt und generiert dementsprechend viel mehr Verkehr. Die öffentlich zugänglichen Parkplätze, sind ähnlich wie die öffentlichen Parkplätze. Die findet man in einem Parkhaus, bei einem Einkaufszentrum auch draussen. Die sind zwar privat im Eigentum, aber verkehrlich gesehen mit den öffentlichen fast gleichzustellen. Daher müsste man sich in dieser Diskussion darauf besinnen, was die Grundlage dieser Massnahme war. Die Grundlage las Daniel Gähwiler vor: Es geht um die öffentlichen Parkplätze, das ist auch richtig, weil der Staat nicht hingehen und die öffentlich zugänglichen, aber privaten Parkplätze halbieren kann. Für das müsste die halbe Stadt enteignet werden. Der Sprechende findet das eine spannende Überlegung.

Im Grossen Stadtrat hört man den Vorwurf, der Stadtrat nehme Vorstösse schwammig entgegen. Das kann man ihm hier nicht vorwerfen. Der Sprechende liest auch noch etwas vor – und zwar die Forderung des Postulats: «Der Stadtrat wird aufgefordert, in der in Aussicht gestellten Strategie zum Parkplatzabbau, das vom Volk beschlossene Ziel einer Reduktion der Parkplätze auf öffentlichem Grund weiterhin zu Verfolgen. Allenfalls mit aktualisierten Zahlen.» Harmloser geht es kaum. Die Forderung ist es: Macht das, was bereits vom Volk in Auftrag gegeben wurde. Klar hat der Sprechende das nun etwas zu sehr «abtemperiert», klar steckt hinter dem vermeintlich harmlosen Satz eine Parkplatzdiskussion und somit auch etwas Zündstoff. Ganz ohne Emotionen geht es also nicht.

In der Mitte-Fraktion gibt es zwei Haltungen. Die erste sieht so aus: Die Zahlen zu den öffentlichen Parkplätzen waren fehlerhaft – das Ziel ist trotzdem klar: Die Hälfte soll abgebaut werden. Wenn die Zahl falsch war, nimmt man einfach die richtige Zahl. Die Zielsetzung verändert sich nicht – auch wenn die Grundlage falsch war. In der Politik macht man schliesslich Strategie – also Ziele und nicht Grundlagen. Abgebaut wird die Hälfte der richtigen Zahl.

Für die anderen in der Fraktion steht etwas anderes im Vordergrund. Sie können den Argumentationen des Stadtrates folgen. Es müssen nicht mehr Parkplätze abgebaut werden als nötig, und das sind so oder so bereits sehr viele. Die Argumente dazu, warum es keine gute Idee ist, lieferten Patrick Zibung und Anna-Sophia Spieler bereits im Detail. Ausserdem, die Parkplätze, welche nicht mehr öffentlich verfügbar sind und nun auch weniger Verkehr generieren, muss man nicht mehr abbauen. Dieser Teil der Fraktion wird eine Ablehnung des Postulats unterstützen.

Der Sprechende ist der Ansicht, dass sich eine Überweisung des Postulats abzeichnet und ist gespannt, wie der Stadtrat mit diesem Prüfauftrag, was ein Postulat ja ist, umgehen wird. Der Bericht dazu, wird im Herbst erwartet.

Benjamin Gross: Die SVP-Fraktion spricht von einem massiven Parkplatzabbau. In Luzern hat es 68'000 Parkplätze. 15'000 davon sind öffentlich nutzbar. Öffentlich nutzbar auf öffentlichem Grund sind es nur 3'600, also da, wo man pro Parkplatz auch zu zwölf an einem Tisch ein Bier trinken könnte — der Sprechende hat das mal ausprobiert und fotografiert – von denen ist die Rede. Das ist ein Zwanzigstel aller Parkplätze. Der Sprechende bittet, nicht von einem massiven Parkplatzabbau zu sprechen. Parkplätze gibt es immer mehr. Sogar schön gedeckte und geschützte. Die Autos haben eine sichere Unterkunft in jedem Parkhaus und fast bei jedem Neubau. Unter fast jedem Neubauhaus gibt leider auch eine grosse Garage, welche dann halb leer steht und die Autos sicher parkiert werden können. Der Sprechende ist emotionaler als geplant, aber er wollte einfach darauf hinweisen. Die Parkplatzdiskussion müsste man eigentlich ummünzen in eine Diskussion über mehr Zugang für die Leute zum Biertrinken auf öffentlichem Grund.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann: Parkplätze und nüchterne Betrachtung sind jetzt nicht zwei Begriffe, die der Sprechende in der Vergangenheit in Verbindung gebracht hat. Aber schön, dass die Diskussion mit Mathematik versachlicht werden konnte oder es jedenfalls versucht wurde.

Wie der Stadtrat in der Stellungnahme ausführte, bedauert er es, dass sich die ursprünglich ausgewiesenen Parkplatzzahlen als fehlerhaft erwiesen haben und damals bei der Diskussion zur Klima- und Energiestrategie, wie auch zur Mobilitätsstrategie falsche Grundlagen bestanden haben. Und der Sprechende bedauert es auch, dass nun auch die Glaubwürdigkeit leidet, denn egal welcher Zielwert jetzt definiert wird, jemand fühlt sich nun nicht ernst genommen. Das ist sehr schade. Trotzdem ist der Stadtrat aber froh, dass die Parkplatzzahlen in der Zwischenzeit mit einem hohen Aufwand bereinigt und digitalisiert werden konnten. Jetzt ist eine solide Datenbasis vorhanden, um die Diskussion rund um den angestrebten Parkplatzabbau auf Basis fundierter Grundlagen führen zu können. Nach welchen Grundsätzen der Abbau bis ins Jahr 2040 erfolgen soll, wird im Planungsbericht aufgezeigt, welcher Ende Jahr vorgelegt wird.

Die Berechnung des Stadtrates hat anscheinend für Verwirrung gesorgt, deshalb möchte der Sprechende diese Überlegungen erklären: In der Klima- und Energiestrategie war die Massnahme ausgewiesen, dass bis 2040 eine Halbierung der Parkplätze auf öffentlichem Grund bzw. ein Abbau von 3'628 Parkplätzen angestrebt werden soll. Somit verbleiben 3'628 Parkplätze, die als Endbestand für das Jahr 2040 definiert wurden, und ja das ist ein Dreisatz, aber einer, den auch Primarschülerinnen und -schüler hinbekommen. Ein entsprechender Zielpfad wurde intern definiert. Aktuell wird stark daran gearbeitet, dass der entsprechende Zielpfad eingehalten wird. Es gibt immer wieder kritische Rückmeldungen, was zeigt, dass der Abbau wahrgenommen wird.

Nun hat sich aufgrund der Neuzählung gezeigt, dass ein Delta besteht. Es betraf 794 Parkplätze, welche in den Daten gefunden wurden, aber nicht in der Realität. Man ging dann auf die Suche und klärte ab, was das für Parkplätze sind. Die grössten Abweichungen entstanden auf privaten Strassen. Der Stadtrat geht davon aus, dass diese einmal öffentlich zugänglich waren und genutzt wurden und daher fälschlicherweise in den Daten abgebildet waren. Es gab aber auch Mutationen, welche nicht gemeldet wurden. Der Sprechende ist mit dem Grossen Stadtrat einig, dass das nicht passieren dürfte. Aber in der Realität passiert es ab und zu, dass man mit Strassenprojekten gewisse Parkplätze aufhebt, und es vergessen geht, dies zu melden. Der Sprechende gibt dem Sprechenden der GRÜNE/JG-Fraktion recht, dass der Stadtrat teilweise nicht weiss, wann diese Mutationen entstanden sind – weil sie eben auch nicht gemeldet wurden.

In der Zwischenzeit existieren diese nicht mehr oder werden nur noch privat genutzt. Deshalb können diese als Abbau bzw. Umnutzung der öffentlichen Parkplätze gewertet werden. Der Sprechende der Mitte-Fraktion sagte es zu Recht: Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen öffentlichen Parkplätzen und privaten Parkplätzen, nämlich, dass die privaten Parkplätze nur für den privaten Nutzen zur Verfügung stehen und nicht für andere Zwecke benutzt werden dürfen. Das bedeutet, dass sie keinen grossen Mehrverkehr generieren und dadurch auch weniger Fahrten und CO₂-Ausstoss – und um das ging es bei der Klima- und Energiestrategie.

Der Stadtrat ging davon aus, dass der grosse Teil des Delta aufgrund der privaten Strassen entstand und weil diese Parkplätze nicht mehr der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, können sie zum Abbau der 3'628 Parkplätze gezählt werden. Das ist jetzt die Knacknuss und wo unterschiedliche Auffassungen bestehen. Zählt man das oder nicht? Je nach dem kommt man zu einem anderen Zielwert, bzw. zu tieferen Endbestandzahlen.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass der End-Zielwert für das Jahr 2040 weiterhin bei den 3'628 Parkplätzen liegen und nicht auf 3'231 reduziert werden soll. Er empfiehlt das Postulat darum zur Ablehnung. Die vorgeschlagene Zählweise der Postulantinnen und Postulanten stellt eine Verschärfung des Zielwerts dar und hätte zur Folge, dass bis 2040 knapp 400 Parkplätze mehr abgebaut werden müssten. Für einen berechenbaren und breit abgestützten Parkplatzabbau ist es entscheidend, die kommunizierten Zielwerte nicht nach kurzer Zeit zu ändern bzw. zu verschärfen. Es zeigt sich nun aber, dass eine Mehrheit eine Verschärfung wünscht. Wenn der Grosse Stadtrat dem Postulat heute zustimmt, wird im Planungsbericht Ende Jahr aufgezeigt, wie die 2'590 Parkplätze bis 2040 aufgehoben werden.

Der Grosse Stadtrat überweist entgegen dem Antrag des Stadtrates das Postulat 68.

16 Interpellation 43, Marta Lehmann und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion vom 10. Februar 2025:
Evaluation der Fortschritte bei der Umsetzung der Massnahmen aus dem B+A 17/2018
«Planungsbericht Pflegeversorgung» in der Stadt Luzern

Marta Lehmann verlangt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Marta Lehmann dankt dem Stadtrat für die differenzierte und umfassende Darstellung der Fortschritte in Bezug auf den Planungsbericht Pflegeversorgung aus dem Jahr 2018. Die Ausführungen zeigen, dass die Stadt Luzern ihre Alterspolitik zielgerichtet weiterentwickelt und dabei auf eine nachhaltige Umsetzung setzt. Erfreulich sind die Fortschritte bei der Unterstützung betreuender Angehöriger im Demenzbereich und bei einem integrierten Pflegeverständnis. Besonders hebt die Sprechende die neuen oder angepassten Leistungsvereinbarungen mit Partnerorganisationen hervor, wie z. B. mit der Genossenschaft Zeitgut Luzern, aber auch die finanzielle Unterstützung der fachlichen Weiterentwicklung der Spitex-Teamstrukturen. Die Fortschritte markieren wichtige Etappen auf dem Weg einer zukunftsgerichteten Alterspolitik in der Stadt Luzern. Doch sie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass zentrale Herausforderungen weiterhin bestehen bleiben. Die sind komplex, drängend und längst bekannt. Die Sprechende geht auf ein paar wichtige Punkte ein, auf welche der Stadtrat eine Antwort gab. Der Stadtrat verweist zwar in seiner Antwort auf die ausserordentliche Unterstützung der Ausbildungstätigkeit, das sowohl im stationären wie auch im ambulanten Bereich aus dem Jahr 2023/2024, doch der Fachkräftemangel bleibt eine der grössten Herausforderungen in der Pflege und gefährdet zunehmend die Versorgungssicherheit. Laut BAG werden bis 2029 rund 45'000 diplomierte Pflegefachpersonen auf Tertiärstufe und 30'000 auf Sekundärstufe 2 benötigt. Da geht es zwar nicht um Lehrstellen in der Verwaltung, aber auch hier: Gepflegt wird nicht mittels KI und auch nicht mittels Roboter. Was es weiterhin braucht, liegt auf der Hand. Deutlich mehr und finanziell attraktivere Ausbildungsplätze, insbesondere auch auf der Tertiärstufe und ja, auch im Langzeitbereich. Zudem präsentierte der Bundesrat vor kurzem den Entwurf zum neuen Bundesgesetz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege. Das aber ohne zusätzliche Bundesmittel. Anstatt einer Entlastung, droht eine weitere Mehrbelastung, des ohnehin bereits sehr belasteten Pflegepersonals. In diesem Zusammenhang richtet die Sprechende einmal mehr ein grosses Dankeschön an alle Pflegemitarbeitende für ihre wertvolle Arbeit bei VIVA Stadt Luzern und allen privaten Organisationen. Auch wenn die Umsetzung der Pflegeinitiative beim Kanton liegt, soll die Stadt weiterhin ihren Handlungsspielraum auch auf kommunaler Ebene ausschöpfen. Parallel dazu ist auch auf struktureller Ebene weiteres Engagement gefordert. Damit der Grundsatz ambulant vor stationär oder besser ambulant und stationär erhalten bleibt, müssen bestehende Angebote, wie zum Beispiel das Gutscheinsystem, besser gestärkt werden. Es entlastet betreuende Angehörige und kann Heimeintritte verzögern oder verhindern. Leider wird dieses Instrument zu wenig genutzt. Mehr Sichtbarkeit und niederschwelliger Zugang sind deshalb nötig. Zudem schlägt der Stadtrat eine zentrale Koordinations- bzw. Triagestelle vor, um Fehlplatzierungen zu vermeiden. Das ist ein wichtiger Schritt. Abschliessend geht die Sprechende noch auf zwei besondere, dringliche Entwicklungen ein: Laut mehreren Studien, darunter auch Alzheimer Schweiz, wird sich die Zahl der Menschen mit Demenzerkrankungen bis 2050 verdoppeln. Trotz guter Entwicklung in der Stadt Luzern braucht es künftig noch mehr Tages- und Nachtstrukturen, noch verstärkte Aufsuchende Beratung und gezieltere Entlastung von Angehörigen. Ein Bericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) zeigt, dass auch der psychiatrische Versorgungsbedarf zwar regional sehr unterschiedlich ist, aber insgesamt stark zunimmt. Gerade in Bezug auf Gerontopsychiater fehlen spezialisierte Angebote und geschultes Personal. Gerontopsychiater gibt es fast nicht und sie sind auch nicht gewillt, überall Konsultationen anzubieten. Aber auch das Pflegepersonal aus dem psychiatrischen Fachbereich fehlt. Bei der Spitex wird das angeboten, aber bei der Langzeitpflege findet man das nicht. Die kantonale Versorgungsplanung Langzeitpflege 2026 bis 2035 bietet da hoffentlich auch auf kommunaler Ebene die Möglichkeit, klar Stellung zu beziehen. Der Stadtrat sieht aktuell keinen Anlass für einen neuen Planungsbericht. Die Sprechende tat sich etwas schwer damit. Aber ja, die Stadt Luzern hat in der

Pflegeversorgung bereits viel erreicht. Mittelfristig braucht es aber wegen dem demografischen Wandel doch eine datengeschützte Weiterentwicklung, um so auch auf künftige Herausforderungen gut vorbereitet zu sein.

Marco Müller dankt der SP/JUSO-Fraktion für die umfangreichen Fragen und der Verwaltung für die vielen Antworten. Es hatte fast bereits den Umfang eines Berichts und Antrags. Es ist also fast eine Versorgungsplanung Light mit einem Rückblick, was läuft jetzt und einem Ausblick. Gerade vor dem Kontext, dass aktuell die Pflegeplanung 2026 bis 2035 im Kanton Luzern am Laufen ist, ist es sehr spannend.

Der Sprechende geht auf ein paar Punkte der Interpellation ein: Zuerst auf die zwei wichtigsten Passagen in der Antwort, dann ein Blick von 2018 bis heute, etwas zum Thema Finanzen und am Schluss ein kurzer Ausblick.

Die erste wichtige Passage, Zitat aus dem Bericht und Antrag: «Das Potenzial für die ambulante Pflege ist nach wie vor gross», «Um ungewünschte Heimeintritte zu verhindern oder hinauszuzögern, muss gute Betreuung gewährleistet werden.», «gleichzeitig braucht es genügend bezahlbaren altersgerechten Wohnraum.» Das ist alles nichts Neues, aber die erste Quintessenz aus dieser Antwort.

Die zweite wichtige Passage, Zitat: «Aus Sicht der Stadt wäre eine übergeordnete Koordination- und Triagestelle für ambulante und stationäre Angebote sinnvoll, um wiederkehrende oder ungeeignete Platzierungen zu vermeiden. Dies ist auch ein Anliegen der Organisationen und der Akutspitäler.» Ja, das braucht es unbedingt. Die Stadt Kriens macht vor, in welche Richtung das gehen könnte und wie wertvoll es ist. Wertvoll für die betroffenen Menschen und schlussendlich auch für die Stadt als Restfinanziererin ein Instrument, welches sehr wirksam ist, weil man mitsteuern kann. Es geht nicht nur um die Finanzen. Irgendwann wird es zu wenig Pflegeplätze haben, und irgendwann wird man zu wenig Spitex-Mitarbeitende haben. Es ist wichtig, dass eine Stelle sagen kann, dass nicht die Person, welche am meisten Geld hat oder am lautesten schreit, am meisten Leistung bekommt, sondern dass man das gut steuert und bedarfsgerecht einsetzt.

2018 bis heute: Im Bericht und Antrag aus dem Jahr 2018 waren keine Massnahmen, nur Schwerpunkte (Demenz, die Unterstützung von Angehörigen und integrierte Versorgung) enthalten. Im Rückblick zeigt sich, dass es ein Fehler war, dass keine Massnahmen darin enthalten waren. Fast alles, was zwischen 2018 und heute im Bereich Demenz, Unterstützung von Angehörigen und integrierte Versorgung aufgelegt und umgesetzt wurde, entstand durch Vorstösse aus dem Parlament. Es ist toll, wenn man Vorstösse einreichen kann, welche Mehrheiten finden, aber wenn man eine Versorgungsplanung macht, und keine Massnahmen definiert, dann passiert leider auch nicht viel. Das ist auch ein Schwachpunkt des vorliegenden Entwurfs der Versorgungsplanung des Kantons. Der Bericht umfasst 70 Seiten und etwa 60 Seiten sind Analyse und dann kommen noch auf ein paar Seiten einzelne Massnahmen, welche nicht so konkret sind.

Zum Thema psychische Erkrankungen: Im Jahr 2018 sagte man, dass kein grosser Bedarf bestehe, und man gut genug aufgestellt sei. Covid, die veränderte Weltlage und weitere Entwicklungen zeigen ganz klar auf, dass eine Unterversorgung im Bereich der Psychiatrie besteht. Es geht zwar vor allem um spezialisierte stationäre Plätze, aber es geht auch um Tagesstruktur und ambulante Angebote. Hier kommt es regelmässig vor, dass man lange Wartezeiten hat oder keine Dienstleistungen findet.

Auch die Thematik der gassennahen, suchtmittelerkrankten Menschen ist ein Thema. Wer am Tag der offenen Tür beim Jobdach war, erfuhr, dass die Pflege- und Bereuungsunterstützung von Menschen auf der Gasse etwas ist, was auf uns zukommt, weil die Menschen älter werden und sie nur bedingt in einem Setting eines Alterszentrum versorgt werden können. Und auch hier ist geeigneter, niederschwelliger Wohnraum ein Thema.

Zu den Finanzen: Fair ausfinanzierte Tarife sind für alle Leistungserbringenden, sei es ein kleiner Verein, welcher eine Betreuung anbietet, oder eine grosse Institution, welche Pflege- und Betreuungsdienstleistungen anbietet, elementar. Im Moment schrieben viele Spitäler massive Verluste und haben nicht sauber ausfinanzierte Tarife. In den letzten Jahren fing das auch bei den Spitex-Organisationen und in den Heimen an.

Man darf aus der Pflege keinen Gewinn machen, das ist richtig, aber ein Heim, eine Spitex oder eine private Organisation, hat Projekte, hat nicht verrechenbare Leistungen und wenn man nicht genug sauber ausfinanziert ist und auch keine Innovationen finanzieren kann, kann man längerfristig nicht überleben. In

der Antwort auf die Interpellation wird einmal mehr auf die kantonale und nationale Verordnung hingewiesen, nämlich, dass Pflege effizient und günstig sein muss. Das wird immer wieder ins Feld geführt, wenn es darum geht, für alle Organisationen im Bereich der Pflege in der Stadt Luzern Tarife festzulegen. Die Organisationen finden es ermüdend. Es ist nicht ermüdend, dass man die Frage stellt, ob etwas korrekt ist oder nicht, aber wenn man das Gefühl hat, dass man richtig darum kämpfen muss. Der Sprechende ist sich sehr sicher: Wenn man in der Stadt Luzern jemanden, der eine Betreuung in einem Heim oder von der Spitex in Anspruch nimmt, fragt, ob die Pflege effizient wirtschaftlich, sprich sauber und sicher sein soll, oder ob sie eine gute sein soll, oder wenn man die Mitarbeitenden fragt, ob sie in einer Organisation arbeiten möchten, bei welcher Wirtschaftlichkeit, Effizienz und günstige Leistung immer wieder Thema sind, oder ob sie in einer Organisation arbeiten möchten, wo man sehr wohl darauf achtet, aber es nicht im Vordergrund steht, sind die Antworten wohl relativ klar.

Die Stadt hat in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz einen Spielraum. Steuergelder sollen effizient eingesetzt werden, aber manchmal ist es auch effizient, eine Demenzabteilung zu schliessen, weil sie im Moment nicht gut ausgelastet ist, aber im Sinne der Versorgung und der Planung ist es nicht das, was man möchte.

Nun zum Blick nach vorne: Es gibt drei Versorgungslücken: 1. Psychische Gesundheit, 2. ärztliche Versorgung, denn es wird zunehmend schwierig für Menschen mit psychischen Erkrankungen, für Heime und Spitex, Klienten aufzunehmen, welche keinen Hausarzt haben und das sind komplexe Fälle und 3. Intermediäre und quaternäre Betreuung.

Der Sprechende erachtet folgende fünf Punkte dazu als wichtig:

1. Gute Betreuung für Menschen mit Unterstützungsbedarf, wobei man Betreuung und Pflege nicht einfach so trennen kann.
2. Eine verstärkte Zusammenarbeit aller Leistungserbringenden. Das findet bereits statt und ist gut. Unter Moderation der Stadt mit Fokus auf das Stadtgebiet, mittelfristig aber auch in den K5-Gemeinden oder in der Planungsregion.
3. Fair ausfinanzierte Tarife
4. Pflegenähe und bezahlbare Wohnungen und betreutes Wohnen. Das hat viel mit dem Thema zu tun, denn 50 % der Menschen, welche in einem Heim leben, beziehen Ergänzungsleistungen. Wenn sie keine bezahlbare Wohnung finden, gehen sie in ein Heim, weil es dort finanziert wird.
5. Eine klare Steuerung, Triage und Case Management durch eine neutrale Stelle, die selbst nicht Leistungen erbringt und die Menschen zum passenden Angebot führt. Die Stadt Zug hat kürzlich ein Pilotprojekt mit dem Namen «Pflegelotsen» beschlossen.

Zum Schluss stellt der Sprechende noch eine Frage an die Sozial- und Sicherheitsvorsteherin Melanie Setz: Was ist die Haltung der Stadt zur kantonalen Anhörung der neu erarbeiteten Pflegeversorgung im Kanton Luzern?

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz dankt für die spannenden Fragen und findet es wichtig, den Planungsbericht oder die Weiterentwicklung weiterzuverfolgen. Die Interpellation bot auch die Möglichkeit, etwas ausführlicher zu werden. Der Stadtrat fand es wichtig, konkrete Antworten geben zu können. Einige wichtige Punkte wurden bereits angesprochen. Bei der Pflegeversorgung, sei das im ambulanten oder stationären Bereich, sieht man das Problem beispielsweise im psychiatrischen Bereich. Es ist scheinbar kein so ein attraktives Fachgebiet. Es gibt wenig Ärztinnen und Ärzte, und Pflegefachpersonen, welche sich dieser Thematik annehmen, aber es ist ganz klar ein Thema, welchem man sich annehmen muss. Zwingend sogar.

Andererseits wurde der Fachkräftemangel ausführlich angesprochen, bei dem die Stadt natürlich darauf angewiesen ist, dass der Bund und die Kantone, aber auch die Institutionen sich dafür einsetzen, dass attraktive Ausbildungsplätze vorhanden sind.

Auch die Finanzierung wurde angesprochen. Im letzten Jahr wurde darüber abgestimmt. Die einheitliche Finanzierung der ambulanten und stationären Pflege wird eingeführt. Die Sprechende ist sehr gespannt, was dabei herauskommt und ob die Hoffnungen auch erfüllt werden, damit gerechtere oder kostendeckendere Tarife auch möglich sein werden. Das ist nötig – nicht nur in der Pflege.

Die Versorgungsplanung Langzeitpflege wurde kürzlich im Stadtrat besprochen. In den nächsten Tagen wird die Antwort der Stadt publiziert. Der Stadtrat hat den Eindruck, dass diese gut gemacht wurde, Probleme wurden auch wirklich erkannt. Bei den Massnahmen ist der Stadtrat zum Teil geteilter Meinung

– gerade im Bereich ambulant vor stationär. Der Stadtrat hat zusammen mit der Planungsregion ausgeführt, dass es unbedingt ambulant **und** stationär sein soll. Es gibt einfach Menschen, welche nicht länger allein zu Hause bleiben möchten – Pflegeheime können auch der Einsamkeit entgegenwirken – oder sie haben schlicht und einfach keine bezahlbare Wohnung mehr. Sie werden also quasi fast gezwungen, in ein Pflegeheim einzutreten, auch wenn sie noch keine hohe Pflegestufe erreicht haben. Es ist also wichtig, beide Angebote wirklich aufrechtzuerhalten. Auch in der Planungsregion wird es teilweise so gesehen.

Der Stadtrat schliesst sich dem Normszenario Deutschschweiz an. Wie soll man weiter vorgehen? Der Kanton Luzern ist traditionell nicht so stark in der ambulanten Betreuung – nicht die Stadt Luzern ist nicht so stark, aber vor allem ländlichere Gebiete. Es gibt Gemeinden im Kanton Luzern, die haben erst seit zwei Jahren eine Spitex. In der Stadt Luzern machen die Organisationen eine sehr gute Arbeit für die Bevölkerung.

Was auch wichtig erscheint, gerade wenn man von Planungen spricht, ist, dass man die Planungsregionen stärken kann. Der Kanton Luzern nahm sich bisher etwas zurück. Er gibt vor, wie viele Betten man z. B. anbieten muss und das muss man mit der demografischen Entwicklung erhöhen, aber die Planungsregionen sind relativ auf sich allein gestellt. Die Stadt Luzern hat das Glück, dass sie eine grosse Stadt ist, viel Fachwissen hat und das dementsprechend umsetzen kann. Aber kleine Gemeinden haben das nicht und müssen sich bei solchen Fragen irgendwie durchschlagen. Der Stadtrat erwartet hier vom Kanton, dass er administrativ und organisatorisch Verantwortung für die Planungsregion übernimmt, damit man das gemeinsam stemmen kann.

In den nächsten Tagen wird die komplette Antwort des Stadtrates zur Anhörung aufgeschaltet. Der Stadtrat ist nicht überall einverstanden, was der Kanton ausführt, aber gerade im Bereich Monitoring ist die Stadt einverstanden, dass es ein besseres Monitoring geben muss.

Süchtige ältere Menschen wurden noch angesprochen. Hier muss man ein Auge darauf haben und es liegen gute Vorschläge der Institutionen vor, wie man das angehen könnte. Es stellen sich zwar wieder Fragen der Finanzierung, aber es ist breit bekannt, dass man hier etwas machen muss. Süchtige Menschen werden älter als sie das vor 20 Jahren noch wurden. Das ist gut so, aber man muss Plätze für sie finden, die ihnen entsprechen.

Ein Planungsbericht allein macht noch keine Weiterentwicklung. Daher sah der Stadtrat von einem weiteren Planungsbericht ab, weil es ihm wichtig ist, mit allen Playerinnen und Playern in diesem Gebiet zusammenzusitzen und immer aktiv zu schauen, was es braucht, um auch einmal schnell reagieren zu können.

Der Stadtrat behält die Entwicklung zusammen mit den anderen Staatsebenen, mit allen Institutionen und Organisationen in der Gesundheitsversorgung weiterhin im Auge. Nächsten Montag findet wieder ein «Netzwerk Alter»-Treffen statt, bei dem die integrierte Versorgung oder auch eine Koordinations- oder Triagestelle Thema sein werden.

Der Stadtrat möchte nicht zu wenig Pflegeheimplätze, zu wenig ambulante und stationäre Betreuung oder zu wenig bezahlbaren Wohnraum oder zu wenig Fachkräfte – Nein, die Stadt möchte mitgehen mit der demografischen Entwicklung und aktiv mitgestalten.

Verabschiedung Claudio Soldati

Ratspräsident Simon Roth: Es ist jetzt ziemlich genau 17 Jahre her, als der Sprechende und Claudio Soldati sich hier vor dem Rathaus kennengelernt haben, um gemeinsam der Vereidigung von einem JUSO-Grossstadtrates teilzunehmen. Nach der Vereidigung nahmen die beiden noch am Apéro vom Rolf Hilber teil, welcher an dieser Sitzung als Ratspräsident gewählt worden war. Und seither haben sie gemeinsam Politik gemacht. Zuerst in der JUSO, dann in der SP.

Vor 13 Jahren wurde Claudio Soldati Präsident der städtischen SP und hat seither an allen SP-Fraktionssitzungen teilgenommen. Vier Jahre später wurde er in das Parlament gewählt, und hatte so bereits mit einem grossen Erfahrungsrucksack starten können. Von Anfang bis zum Schluss war er in der

Sozialkommission. Dort hat er neben der politischen auch noch seine grossen beruflichen Erfahrungen einbringen können.

Neun Jahre lang war Claudio Soldati ein äusserst engagiertes Mitglied in diesem Rat. Er hat zahlreiche Vorstösse eingereicht und wickelte keiner Debatte aus. Seine Interessen haben in erster Linie der Sozialpolitik gegolten. Aber er hat sich auch um viele weitere Themen gekümmert. Niemand in diesem Rat hat sich beispielsweise intensiver mit der Postversorgung auseinandergesetzt. Und auch die Infrastruktur verschiedener Bäder war ihm ein Anliegen.

Jetzt wird Claudio Soldati aus familiären Gründen auf Anfang September aus diesem Rat zurücktreten. Ihn heute zu verabschieden, fühlt sich für den Sprechenden persönlich beinahe nach einem Epochenende an.

Im Namen der Stadt Luzern dankt der Sprechende ganz herzlich für den jahrelangen Einsatz für die Bevölkerung der Stadt Luzern. Für den Sprechenden war das gemeinsame Politisieren eine Ehre und ein grosses Vergnügen.

Zum Abschied erhält Claudio Soldati einen City-Gutschein. Der Sprechende dankt seinem Genossen.

Applaus.

Ratspräsident Simon Roth: Die nächste Sitzung findet am 4. September 2025 im Rathaus am Kornmarkt statt. Es wird die konstituierende Sitzung für das Ratsjahr 2025/2026 sein. Sie wird voraussichtlich um 16.30 Uhr beginnen.

Am 8. Juli sind die Mitglieder des Grossen Stadtrates eingeladen, gemeinsam ein Spiel der Women's EURO 2025 in Luzern zu schauen. Die Tickets werden von der UEFA rund zwei Tage vor dem Match-Tag zugestellt. Bei Fragen im Zusammenhang mit den Tickets steht die Stadtkanzlei zur Verfügung. Und bereits am 3. Juli findet die traditionelle Legislaturreise statt, bei der der Jurapark besucht wird. Treffpunkt ist um 7.00 Uhr beim Parkplatz an der Landenbergstrasse. Pünktlich um 7.30 Uhr wird abgefahren. Unterwegs einzusteigen ist nicht möglich und Velos können nicht mitgenommen werden. Es wird ein heisser Tag und man ist viel draussen: Hitze- und Sonnenschutz nicht vergessen! Voraussichtlich um zirka 19.30 Uhr endet der Ausflug wieder in Luzern.

Für den Sprechenden war es die letzte Sitzung, die er leiten durfte. Er hofft, er erfüllte die Aufgabe als Ratspräsident zur allgemeinen Zufriedenheit und wünscht allen einen schönen Sommer.

Schluss der Sitzung: 15.30 Uhr

Luzern, 11. September 2025

Die Protokollführerin:


Nadine Mathis

Eingesehen von:


Michèle Bucher, Stadtschreiberin